DJV NRW
02_2026

JOURNAL



Foto: Bernd Arnold

SO VERTRAUE ICH EUCH

WAS MEDIEN GLAUBWÜRDIG MACHT

KI-TOOLS
MIT KNOW-HOW MEHR RAUSHOLEN

WAHLVERSAMMLUNG
FACHAUSSCHÜSSE NEU BESETZT

Im Bild: Sönke Iwersen, Leiter Investigative Recherche beim Handelsblatt

JOURNALISTINNEN UND JOURNALISTEN SIND IM DJV.

www.djv-nrw.de

DJV NRW

Deutscher Journalisten-Verband
Gewerkschaft der Journalistinnen und Journalisten
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.

Editorial von Andrea Hansen

DAS NEUE ZUSAMMEN



Foto: Uwe Voelkner/ Fotoagentur FOX

Mit der Wahrnehmung ist das ja so eine Sache: Sind die Dinge wirklich so, wie ich sie gerade empfinde? Oder liegt es an mir und meiner aktuellen Gemütsverfassung, dass das so bei mir ankommt? Man kann sich da nie sicher sein, ob man gerade eine erwartungsbestätigende Erfahrung stärker verbucht oder ob etwas wirklich intensiver oder häufiger passiert als sonst.

Als alte Zweckoptimistin kommt es mir zum Beispiel seit kurzem so vor, als ob wieder mehr Menschen – vor die Wahl gestellt, sich nett oder doof zu verhalten, – die Entscheidung treffen, respektvoll und hilfsbereit zu sein. Ich unterstelle, sie haben keine Lust mehr, übellaunig und angriffslustig auf andere zuzugehen, weil das Echo dann ja meist entsprechend ausfällt. Und schwupp, komme ich mir weniger wie ein Sonderling vor, wenn ich Fremde anlächle, weil es mir gut geht.

Aber natürlich leben wir dennoch in einer sehr individualisierten Gesellschaft nach dem Muster „Wenn jeder an sich selbst denkt, ist an alle gedacht". Das ist für eine Organisation, deren Kernwert die Solidarität ist, nicht so toll. Gleichzeitig sehnen sich Menschen wieder mehr nach Gemeinschaft.

Gerade die junge Generation sucht Geborgenheit im Miteinander. Kirchen verbuchen neues Interesse. Menschen besuchen Silent Book Clubs oder Häkeltreffs, um etwas, mit dem sie sich allein beschäftigen könnten, gemeinsam zu tun. In dem Trend wittere ich Chancen!

Denn da stehen wir, perfekt selbstoptimiert und durchindividualisiert, und googeln nach „Gemeinschaft". Kann man machen. Erst haben wir gelernt, dass jede und jeder die eigene Marke ist, jetzt wundern wir uns, dass es im Ich-Konzern so hallt.

Vielleicht ist die neue Sehnsucht nach dem Wir kein sentimentaler Rückfall in Lagerfeuerromantik, sondern offenbart die Ego-Gesellschaft als Fehlentwicklung. Der Mensch ist durch Kooperation erfolgreich geworden und merkt, dass er als Soloprojekt schlecht skaliert.

Was können wir als DJV-NRW daraus lernen? Gewerkschaften waren mal die große Antwort auf die Zumutungen der Fabrikhalle: gemeinsam kämpfen statt einzeln buckeln, Widerspruch statt Achselzucken, Streik statt stiller Wut. Nur stehen heute weniger im Blaumann am Band mit offenkundig üblen Arbeitsbedingungen. Viele hocken im Homeoffice, befristet, hybrid, solo-selbstständig oder irgendwo dazwischen. Und merken nur langsam, dass es ihnen damit doch nicht so gut geht wie gedacht. Diese Menschen erreichen wir zu wenig. Unser altes Dach schützt noch, aber es knarzt im Gebälk. Wer da neue Gemeinschaft stiften will, muss die Statik prüfen: weniger Vereinsheim von gestern, mehr Andockstelle fürs neue Arbeiten. Wenn wir neue Leute überzeugen wollen, müssen wir sie an anderen Orten und auf frischen Wegen suchen. Seid ihr dabei? Würde mich freuen, eure Andrea

IMPRESSUM:

Nr. 2/26, 59. Jahrgang, Juli 2026. Offizielles Organ des Deutschen Journalisten-Verbands, Gewerkschaft der Journalistinnen und Journalisten, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.
40010 Düsseldorf, Postfach 10 19 62
Telefon: 0211/2 33 99-0; Telefax: 0211/2 33 99-11
zentrale@djv-nrw.de

Herausgeber:
Deutscher Journalisten-Verband, Landesverband NRW e.V.
Verantwortlich: Andrea Hansen (V.i.S.d.P.)
Redaktion und Koordination:
Corinna Blümel, Carmen Molitor
Anschrift der Redaktion:
40010 Düsseldorf, Postfach 101962
Telefon: 0211/2 33 99-36; Telefax: 0211/2 33 99-11
redaktion@djv-nrw.de

Verantwortlich für Sonderveröffentlichungen:
RDN Verlags GmbH (V.i.S.d.P., Adresse rechts)
Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als eine Stellungnahme des Landesvorstands des DJV-Landesverbands NRW gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des Verfassers dar. Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte.

Erscheinungsweise:
Quartalsweise, das Erscheinen der jeweils ersten Ausgabe des Jahres verschiebt sich in Abhängigkeit vom Termin der Gewerkschaftstags. Bei Verzögerungen oder Nichterhalt wenden Sie sich sofort an den DJV-Landesverband NRW. Adressänderungen bitte direkt an die Geschäftsstelle des DJV-Landesverbands NRW.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Verlag:
RDN Verlags GmbH
Anton-Bauer-Weg 6 | 45657 Recklinghausen
Telefon: 0 23 61/49 04 91-10; Telefax: 0 23 61/49 04 91-29

Anzeigen:
Schürmann + Klagges GmbH & Co. KG
Anzeigenberatung: Tobias Röhrig
Telefon: 0234/9214-114
tobias.roehrig@skala.de

Mediadaten zum Download unter journal-nrw.de/mediadaten

Druck:
Silber Druck oHG
Otto-Hahn-Straße 25 | 34253 Lohfelden

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Düsseldorf

journal-nrw.de

Nachhaltig gedruckt mit Ökofarben auf FSC-zertifiziertemPapier.



14 Wie das Handelsblatt Glaubwürdigkeit sichert

Foto: Bernd Arnold



07 KI-Tools als Assistenten

Illustration: Karl-Hermann Hildebrand

EDITORIAL

03 Das neue Zusammen

TARIFE

34 Tabubruch beim WDR

35 Meldung Deutsche Welle, Deutschlandfunk und Lokalfunk

TITELTHEMA

14 **Wie das Handelsblatt Glaubwürdigkeit sichert**

24 Interview Prof. Dr. Thomas Zerback

26 Radio: „Live“ ist nicht immer Live

29 Echt jetzt? Medien müssen besser erklären, wie sie arbeiten

TREND

07 KI-Tools als Assistenten

MEDIENPOLITIK

44 Meldungen: WDR-Gesetz, Gutachten zur Haftung von KI-generierten Inhalten in Suchmaschinen, IfG erhalten

45 Wo Medienregulierung notwendig ist



06 Der DJV beim CSD in Köln

Foto: Ferdinand Dörfler-Farthofer/aktivnews



40 Deutsche Welle unter Druck

Foto: privat



34 Tarife: Tabubruch beim WDR

Foto: privat

MEDIENSZENE

39 Reformen mit Gegenwind

40 Deutsche Welle unter Druck

42 Ticker Medienszene, unter anderem Funke, RTL und Sky, LfM NRW

46 PRESSESTELLEN

MEIN DJV

06 CSD in Köln

36 Wahlversammlung

54 U-Verein

58 Nachrufe: Prof. Dr. Hermann Meyn, Werner Alberts, Prof. Dr. Ulrich Pätzold

61 Vor Ort

UND SONST ...

10 Das Bild

12 Navigator

32 Grafik: Vertrauenslücke

53 Kennzeichnungspflicht für AI-Inhalte

56 Seminare

66 Letzte Seite

Bild rechts: Die DJV-Truppe vor dem Aufbruch.
Bild unten: Mariele Millowitsch feierte und tanzte auf dem DJV-Wagen mit.



Foto: Ferdinand Dörfler-Farthofer/aktivnews



Foto: Corinna Blümel

BUNT, FRÖHLICH, LAUT

Der DJV beim CSD in Köln

„Demokratische Rechte von Minderheiten stehen in unserer Gesellschaft heute ebenso unter Druck wie Toleranz, Pressefreiheit, Inklusion und Chancengleichheit. Vieles, was längst erstritten war, erlebt einen politischen Backlash, und wir müssen gemeinsam aufstehen, um eine vielfältige Gesellschaft zu bewahren." Für Landesvorsitzende Andrea Hansen ist es keine Frage, dass der DJV-NRW auch in diesem Jahr wieder Teil der Cologne Pride war, so der offizielle Name der CSD-Parade in Köln. Damit setze der DJV „ein sichtbares Zeichen der Solidarität mit queeren Menschen, die immer öfter Zielscheibe von Einschüchterung, Bedrohung und Hetze sind". Zum zweiten Mal ging es mit Demotruck und Fußgruppe viele Kilometer durch die Innenstadt – vom Start an der Deutzer Brücke bis zum Zielpunkt kurz vor dem Kölner Dom. Als prominente Gäste auf dem Wagen feierten und tanzten die Schauspielerinnen und Schauspieler Mariele Millowitsch, Walter Sittler, Renan Demirkan und Klaus Nierhoff mit sowie der Film-Produzent Bernd von Fehrn.

Auf Initiative des Bundesfachausschusses Chancengleichheit und Diversity beteiligt sich der DJV in diesem Jahr bundesweit an sieben Paraden anlässlich des Christopher Street Days. Der Auftritt in Köln wurde wie im vergangenen Jahr gemeinsam mit der Geschäftsstelle des DJV-NRW organisiert./



Andrea Hansen: „Gemeinsam gegen den Backlash aufstehen."

Foto: Ferdinand Dörfler-Farthofer/aktivnews

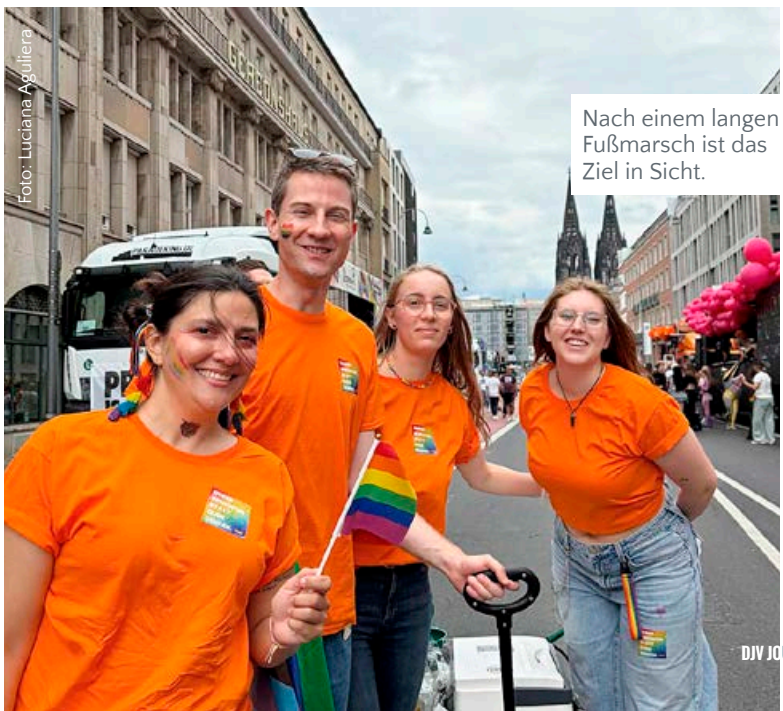


Foto: Luciana Aguliera

Nach einem langen Fußmarsch ist das Ziel in Sicht.

MIT KNOW-HOW MEHR RAUSHOLEN

Wie KI-Tools zu Assistenten werden

von Bettina Blaß

Claude Cowork, ChatGPT Bilder 2.0 oder besonders große Kontextfelder bei Google Gemini: Die Entwicklung der Large Language Models (LLMs) und Bildgeneratoren verläuft rasant. Wer sie nur als Ersatz für eine klassische Internetsuche nutzt, verpasst das Beste.

Während große Medienhäuser längst eigene KI-Strukturen aufbauen, sind Freiberufler und Freiberuflerinnen auf sich selbst gestellt: Welches KI-Tool soll man wofür nutzen? Wie arbeite ich möglichst datenschutzkonform? Und wie kann ich künstliche Intelligenz einsetzen, um meine eigenen Abläufe zu optimieren? Sich in alle diese Themen einzuarbeiten, ist zeitintensiv. Die Fülle der Tools und ihrer Funktionen mag zudem verwirrend sein. Aber: Kolleginnen und Kollegen, die sich mit dem Thema nicht auseinandersetzen, können schnell abgehängt werden.

Erste einfache Lösungen

Wer bisher mit Large Language Models überwiegend chattet und sich wundert, dass die Ergebnisse nicht besonders gut sind, sollte zunächst an den drei folgenden Schrauben drehen:

■ **Systemprompts** Die Tools ermöglichen es, einen sogenannten Systemprompt zu hinterlegen. Dahinter verbirgt sich eine Anweisung, die das Tool bei jeder Antwort berücksichtigt.

Die Einstellung dazu ist oft etwas versteckt. Bei ChatGPT klickt man auf den eigenen Nutzernamen links unten, dann auf „Personalisierung". Bei Google Gemini führt der Weg über „Einstellungen & Hilfe", „Persönlicher Kontext" und „Anweisungen für Gemini". Bei Claude gelangt man über das Profil zu den „Einstellungen" und gibt dort „Anweisungen" ein.

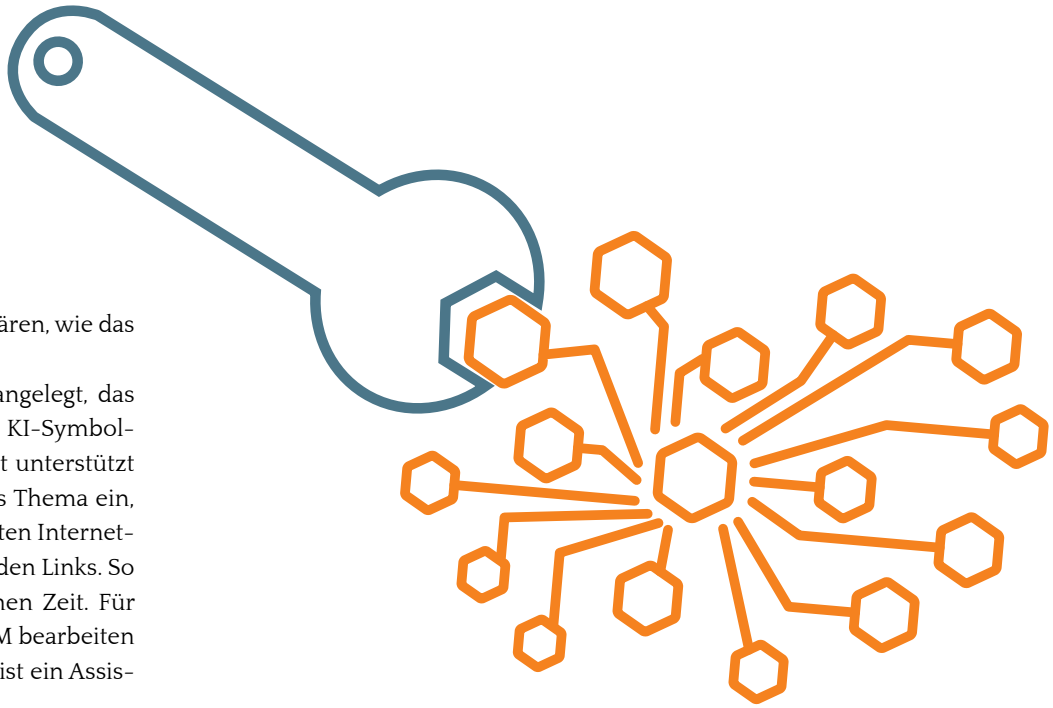
Ein solcher Systemprompt kann lauten: „Antworte immer skeptisch. Stelle Fragen, wenn die Informationen nicht ausreichen, die ich dir gebe. Verzichte auf Emojis und Aufzählungen."

■ **Projekte** Eine weitere Möglichkeit sind Projekte, die sich zum Beispiel bei ChatGPT und Claude anlegen lassen. Projekte eignen sich für Recherchen mit sehr vielen Dokumenten oder für langfristige Recherchen, beispielsweise für eine Serie, ein Dossier oder ein Buch. Der Vorteil: Man hat den gesamten Chatverlauf in diesem Projekt und muss ihn nicht immer wieder suchen.

Gleichzeitig lassen sich Halluzinationen verringern, indem man dem Tool sagt, es soll sich in seinen Antworten ausschließlich auf die dort gespeicherten Dokumente beziehen. Das heißt jedoch auch: Man legt am besten nur Dokumente dort ab, von denen man sicher ist, dass der Inhalt stimmt. Das Ergebnis muss man aber auch in diesem Fall prüfen.

■ **Assistenten** Es gibt Assistenten, die je nach Tool GPT, Gem oder Spaces genannt werden. Teilweise stehen sie nur zur Verfügung, wenn man einen Bezahlaccount hat. Die Assistenten werden für bestimmte Aufgaben individuell konfiguriert. So kann man sich etwa eine Routine bauen, die SEO-Überschriften immer nach demselben Muster schreibt, oder eine weitere, um Fachtexte in verständliche Sprache zu übersetzen.

Mit Assistenten gibt man dem System Arbeitsregeln, Stilvorgaben und Zielgruppen vor. Wer häufig ähnliche Aufgaben bearbeitet, muss im



Prompt nicht jedes Mal von vorne erklären, wie das Ergebnis aussehen soll.

Ich habe beispielsweise ein GPT angelegt, das auf Basis klassischer Fotografieregeln KI-Symbolbilder generiert. Ein anderer Assistent unterstützt mich bei der Recherche: Ich gebe das Thema ein, er recherchiert dazu auf fünf festgelegten Internetseiten und liefert mir die entsprechenden Links. So spare ich am Anfang vieler Recherchen Zeit. Für wiederkehrende Aufgaben, die ein LLM bearbeiten kann und für die es feste Regeln gibt, ist ein Assistent also eine gute Wahl.

Etwas komplizierter, oft günstiger

Alle Tools und auch die Modelle haben unterschiedliche Stärken. Google Gemini ist etwas analytischer, Claude bevorzugen viele, wenn es ums Schreiben geht, Mistral bietet als europäisches Unternehmen mit Vibe (früher Le Chat) einen höheren Datenschutz, Perplexity ist stark bei der Quellenrecherche. Der Trend geht darum mindestens zum Zweittool.

Doch weil die pauschale Monatsgebühr bei 20 bis 30 Euro liegt, gerät man mit mehreren Abonnements schnell an finanzielle Grenzen. Auch dafür gibt es eine Lösung: Das US-amerikanische Typingmind oder das deutsche Langdock funktionieren als eine Art Übertool. Solche Universaldienste arbeiten mit Schnittstellen, sogenannte APIs, zu den KI-Tools. Das heißt, man kann mit einem Übertool und über eine einzige Chatoberfläche mehrere LLMs und unterschiedliche Modelle nutzen. Man hat also für jede Aufgabe das richtige KI-Tool zur Hand.

In diesem Fall bezahlt man die unterschiedlichen LLMs nach Nutzung und nicht pauschal. Beispielsweise ChatGPT: Ich habe dort meine Kreditkarte hinterlegt und das automatische Aufladen des Guthabens deaktiviert. Von Anfang April bis Mitte Mai habe ich bei ChatGPT weniger als 5 Dollar verbraucht, das Monatsabo kostet mehr als 25 Euro.

Auch Google Gemini nutze ich sehr häufig, Dort fielen für den gleichen Zeitraum Kosten von 56 Cent an. Unter dem Strich hat man also für weniger Geld mehr Auswahl. Falls man das Universaltool mit dem Anbieter OpenRouter verbinden kann, muss man seine Kreditkarte nur einmal hinterlegen – und hat dann Zugriff auf mehr als 400 Modelle, von denen man jedoch nur einen Bruchteil nutzen wird.

Wem das Arbeiten mit einem Übertool zu aufwändig ist, der kann die Plus-Variante von Perplexity abonnieren. Die bietet Zugriff auf Modelle von ChatGPT, Claude oder Google Gemini. Die DSGVO-konforme Variante gibt es im Business-Konto ab 34 US-Dollar im Monat.

Stichwort DSGVO: Datenschutz bleibt ein großes Thema bei der Nutzung von KI (siehe auch Interview „Künstliche Intelligenz und Datenschutz“, Seite 9). Grundsätzlich fährt gut, wer beim Anbieter die Nutzung der eigenen Daten zu Trainingszwecken deaktiviert, einen Tarif nutzt, der DSGVO-konform ist, und vor allem keine sensiblen Daten in ein LLM eingibt. Noch sicherer wird die KI-Nutzung, wenn man sie lokal auf dem eigenen Rechner nutzt. Dazu installiert man ein Tool wie GPT4all oder Ollama und lädt dann das LLM herunter beziehungsweise stellt eine Verbindung über eine lokale Schnittstelle (API) her. Damit größere und schnellere Modelle laufen, benötigt man in der Regel leistungsstarke, also neue Computer.

KI einfach die Arbeit machen lassen

Neben Chats und Assistenten ist Automatisierung ein wichtiges Thema. Hier liegt der größte Vorteil des Microsoft Copilot darin, dass er bereits in die Office-Anwendungen PowerPoint, Word und Excel integriert ist. Es findet also kein Medienbruch statt, wenn man mit dem Tool arbeitet. Wer etwa nicht weiß, wie man die Summen auf verschiedenen Tabellenblättern automatisch auf einem weiteren addiert, der

Infos vertiefen

Im September gibt es beim DJV-NRW ein Seminar zum Thema „Journalistische Workflows automatisieren“. Näheres siehe Seite 57.

Illustration: Karl-Hermann Hildebrandt

fragt neben der Excel-Tabelle den Copilot – und bekommt die richtige Antwort. In PowerPoint lassen sich so zum Beispiel auch Folien im Stil der gewählten Vorlage hinzufügen.

Claude Cowork übernimmt ebenfalls lästige Arbeiten. Dazu lädt man die Claude-App herunter und schließt ein kostenpflichtiges Abo ab. Dann legt man einen Claude-Cowork-Ordner an, in dem man drei weitere Ordner erstellt. Einer ist für „Material", einer für „Ergebnisse", und ein „Kontext"-Ordner enthält wichtige Informationen in drei Dateien: Wer bin ich? Wie schreibe ich? Welche Arbeitsregeln gelten? Diese drei Dateien müssen die Endung „.md" haben.

Claude Cowork führt dann Aufgaben auf dem Computer aus. Beispiel: Ich lade ein Transkript der Audiospur meines Webinars hoch, ein PDF meiner Folien und ein bereits fertiges 20-seitiges Handout. Dann prompte ich, dass Claude Cowork das fertige Handout analysieren soll und im Anschluss ein zweites Handout in diesem Stil aus dem Transkript und den Folien erstellen soll. Das Ergebnis ist nahezu druckreif. Der Zeitaufwand liegt bei wenigen Minuten, mit Redigierrunde bei Stunden. Früher habe ich dafür Tage gebraucht. Anderes Beispiel: Wöchentlich verliere ich viel Zeit damit, meine Seminarfolien in PDFs zu komprimieren, die kleiner als 10 MB sind. Claude macht das in wenigen Minuten.

So verlockend es ist: Aus Datenschutzgründen würde ich Claude Cowork ohne Auftragsverarbeitungsvertrag (AVV) nicht den vollen Zugriff auf alle Dokumente, mein E-Mail-Postfach, den Kalender und die Kontakte erlauben.

Sich nicht treiben lassen

Künstliche Intelligenz ist heute viel leistungsfähiger als noch vor drei Jahren. Wer KI nur als schnelle Schreibmaschine versteht, spart vielleicht ein paar Minuten. Wer sie als strukturierte Arbeits_umgebung begreift, kann seinen Verwaltungsaufwand verringern. Dabei sollte sich niemand von FOMO, der Fear of Missing Out, treiben lassen. Wichtig ist jedoch, sich stetig mit den Möglichkeiten und Risiken der KI auseinanderzusetzen. Die Rede vom lebenslangen Lernen war nie so wahr wie heute.||

Künstliche Intelligenz und Datenschutz

Wie steht es mit dem Datenschutz beim KI-Einsatz? Die Fragen dazu hat Isabelle Stroot, Bereichsleiterin Datenschutz beim Digitalverband Bitkom, per Mail beantwortet.


Foto: Bitkom e. V.

JOURNAL: Reicht bei Claude Cowork die oft erwähnte Drei-Ordner-Struktur, um Daten beim KI-Einsatz zu schützen? Also die Einrichtung getrennter Ordner für die Rohdaten, die „Bibliothek" als strukturiertes Wissen und für den Output, also die generierten und bearbeiteten Dateien?
Isabelle Stroot: Diese Methode ist eine sinnvolle Arbeitsdisziplin, aber kein echter Schutz. Entscheidend ist insbesondere, ob das KI-Tool technisch tatsächlich nur auf freigegebene Bereiche zugreifen kann. Das sollte man bei jedem Tool prüfen.

JOURNAL: Worauf sollte man konkret achten?
Stroot: Vier Punkte: Erstens, kann der Datenzugriff des Tools eingeschränkt und widerrufen werden? Zweitens, wohin fließen Dokumente, Prompts, Daten und Logs? Unter Logs versteht man beispielsweise das Protokoll, wer wann welche Anfrage gestellt hat. Hinzu kommt: Wo werden die Anfragen bearbeitet? Sobald dies außerhalb der EU geschieht, gelten zusätzliche DSGVO-Regeln für internationale Datentransfers. Drittens braucht es mindestens einen Auftragsverarbeitungsvertrag und die Zusage, dass die Daten nicht fürs Training der Tools genutzt werden. Viertens muss die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten geprüft werden.

JOURNAL: Macht ein deutscher Server den Unterschied?
Stroot: Wenn im Hintergrund ein externes Sprachmodell außerhalb der EU die Arbeit übernimmt, reicht der deutsche Server allein nicht aus. Wirklicher Schutz entsteht erst, wenn die gesamte Verarbeitungskette – Speicherung, Modellaufruf, Logs – in der EU bleibt und vertraglich abgesichert ist.

Die Fragen stellte Bettina Blaß.



STILLER HILFERUF

Die Stimmung auf Demonstrationen treffend zu dokumentieren ist für Fotografinnen und Fotografen oft nicht leicht. Gut gelungen ist es hier **Michael Klarmann**, der in Aachen den Protest zum Internationalen ME/CFS-Tag am 12. Mai eingefangen hat. Rund um den Termin wurde deutschlandweit mit Liegend-Demos auf die Krankheit aufmerksam gemacht. Das Myalgische Enzephalomyelitis (ME) beziehungsweise das Chronische Fatigue-Syndrom (CFS) ist eine schwere neuroimmunologische Multisystemerkrankung, die bei Betroffenen zu einem hohen Grad an körperlichen Beeinträchtigungen führt. Unter anderem nahmen Verwandte sowie Freundinnen und Freunde stellvertretend für Betroffene teil, die zu schwach für eine Teilnahme sind.


MEHR GELD.
AUFKLÄRUNG
& FORSCHUNG
!!!
EIN BISSCHEN
REICHT NICHT
!!!



Stipendien der VG Bild-Kunst

Bewerbungsportal öffnet im September

Zur Kulturförderung gibt es bei der VG Bild-Kunst für die Berufsgruppe II (Fotografie, Illustration, Design) zwei Förderprogramme: Eines wird für Projekte vergeben, das zweite für Publikationen.
Anträge für die beiden Förderprogramme können zweimal jährlich – ausschließlich online – eingereicht werden. Die Bewerbungsfrist endet zum 15. Mai beziehungsweise zum 15. November.
Das Online-Portal für die Kulturförderung wird jeweils circa zwei Monate vor Bewerbungsschluss freigeschaltet. Für die nächste Antragsrunde wäre das also etwa Mitte September.
Über die Anträge entscheidet der Vergabebeirat der Berufsgruppe II. Ein rechtlicher Anspruch auf Förderung besteht nicht. Zu den weiteren Verfahrensbestimmungen sind die jeweiligen Förderrichtlinien zu konsultieren.
Weitere Informationen zur Projekt- und Publikationsförderung bei der VG Bild-Kunst:
https://t1p.de/nw34m

Gut investierte Mittel

Wie Gesellschaften von unabhängigen Medien profitieren

Journalismus stärkt Gesellschaften: Er unterstützt die Wirtschaftsentwicklung, die nationale Sicherheit und Resilienz. Zu diesem Schluss kommt die neue Metastudie „The Value of Journalism“, die auch Daten aus dem Globalen Süden berücksichtigt. Erstellt wurde die Studie im Auftrag der DW Akademie, des International Fund for Public Interest Media (IFPIM) und der Unesco. Alle drei sind Mitglieder der Media Viability Manifesto Initiative.
Bei einem Rückgang an Pressefreiheit sind wirtschaftlich spürbare Auswirkungen nachweisbar: Das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts fällt um ein bis zwei Prozent geringer aus. Umgekehrt macht investigativer Journalismus sich bezahlt: Jeder Dollar, der hierfür ausgegeben wird, kann der Öffentlichkeit einen Gegenwert von mehr als 100 Dollar einbringen. Die Einsparungen ergeben sich durch zurückgeforderte Mittel, durch verbesserte öffentliche Leistungen, eine fairere und transparentere Verteilung von Ressourcen und weniger Korruption.
Während Regierungen regelmäßig Milliarden in Militär, Cybersicherheit und Grenzkontrollen investieren, wird die Informationsunsicherheit zunehmend zu einer der größten Bedrohungen für demokratische Stabilität. Desinformation kostet Gesellschaften weltweit schätzungsweise 350 bis 500 Milliarden Dollar pro Jahr. Unabhängiger Journalismus ist eine der wirksamsten und am besten belegten Abwehrmaßnahmen dagegen.
Der gesellschaftliche Nutzen von Journalismus geht weit über das Wirtschaftliche hinaus, wie die Metastudie zeigt: Medienfreiheit senkt das Risiko für Konflikte, Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen deutlich. Zugleich erhöht unabhängige Berichterstattung den Umfang und die Geschwindigkeit internationaler humanitärer Hilfsmaßnahmen und hilft so, Leben zu retten.

Influencer immer wichtiger für junge Menschen

Überblicksstudie zeigt anderes Mediennutzungsverhalten

Junge Menschen sind weder pauschal nachrichtenfern noch politisch desinteressiert. Aber sie informieren sich sehr unterschiedlich, ordnen Quellen nicht immer trennscharf ein und orientieren sich online zunehmend an einzelnen Persönlichkeiten.
Das ist eine Erkenntnis einer umfassenden Synapse von wissenschaftlichen Studien der vergangenen sechs Jahre über die Mediennutzung junger Menschen in einem digitalen, plattformgesteuerten Medienumfeld.
Vorgelegt wird sie unter dem Titel „Was haben Nachrichten mit meinem Leben zu tun?“ von #usethenews und dem Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut. Entscheidend ist den Ergebnissen zufolge: Nicht die Plattformen allein bestimmen, was relevant wird, sondern das Bedürfnis nach Orientierung, Zugehörigkeit und Anschluss. „Für Journalismus und Bildung heißt das, junge Menschen differenziert anzusprechen, Informationsungleichheiten ernst zu nehmen und Angebote zu schaffen, die Vertrauen, Wissen und gesellschaftliche Teilhabe stärken“, sagt Dr. Leonie Alatassi, Autorin des Forschungsüberblicks.



Souverän. Menschlich. Vernetzt.

Besser Online 2026 am 5. September in Bremen

Im vergangenen Jahr hat Besser Online das 20. Jubiläum gefeiert. In den Anfangsjahren galt Onlinejournalismus als Nischenthema. Seitdem hat die jährliche Digitalkonferenz rund um das journalistische Arbeiten die Entwicklung der digitalen Anwendungen begleitet und sich mit den jeweils aktuellen Herausforderungen beschäftigt. In diesem Jahr widmet sich Besser Online drei zentralen Fragen:

- Wie stärken wir unsere digitale Souveränität gegenüber Big Tech, um unabhängiger zu arbeiten?
- Wie bringen wir Journalistinnen und Journalisten in erfolgreiche Kooperationen mit Medienhäusern?
- Wie können wir die wachsende Sehnsucht der Nutzerinnen und Nutzer nach analogen Begegnungen und menschlichen Marken erfüllen?

Informationen zum Programm und zur Teilnahme unter **besser-online.info**.

VG Wort: Kleinere Änderungen am Verteilungsplan

Hybride Mitgliederversammlung im Juni

Bei der hybrid veranstalteten Mitgliederversammlung der VG Wort am 6. Juni 2026 in Berlin stimmten die Mitglieder neben kleineren Ergänzungen im Wahrnehmungsvertrag 19 Änderungen im Verteilungsplan zu. Die meisten Regelungen treten zum 1. Januar 2027 in Kraft und gelten damit für die Ausschüttung 2028. Sie betrafen unter anderem Intranet-Nutzungen an Bildungseinrichtungen und die Sonderverteilung Bibliothekstantieme. Im Bereich Fernsehen wurde die Anrechnung der Fremdanteile bei nicht fiktionalen Filmwerken (= Dokumentationen) und bei Doku-Soaps angepasst. Im Bereich Wissenschaft wurden Regelungen zur Vergütung von Loseblattwerken und von Neuauflagen präzisiert.

Die METIS-Reform von 2025 wurde im Bereich Lyrik um eine Regelung ergänzt, die in der Zugriffsausschüttung eine maximale Zahl von Einzelwerken pro Kalenderjahr unabhängig vom Umfang regelt.

Ein weiterer Beschluss: Nachmeldungen für 2024 und 2025, die bis zum Ablauf der Meldefrist abgegeben werden, werden nach dem vormaligen Verteilungsplan vergütet. Diese beiden Neuregelungen zu METIS kommen bereits im Rahmen der Ausschüttung 2027 zur Anwendung.

Die VG Wort konnte zudem mit Bund und Ländern eine Einigung über die Vergütung von digitalen Semesterapparaten (§ 60a UrhG) an Hochschulen erzielen. Mit dem neuen Gesamtvertrag ist es gelungen, eine langjährige Auseinandersetzung beizulegen.

FOTOS EINREICHEN!

Für unsere Rubrik „Das Foto“ (siehe vorhergehende Doppelseite) suchen wir nach Bildern, die zeigen, was Fotojournalismus in NRW leisten kann. Überraschende Motive oder Blickwinkel, herausragende Ereignisse oder Events: Schicken Sie uns Ihre Bilder an *redaktion@djv-nrw.de*, Stichwort „Foto“. Sollte Ihr Bild für den Abdruck ausgewählt werden, gibt es natürlich Honorar.

DIE ZAHL

Nach **fünf** Monaten Haft in einem syrischen Gefängnis wurde die Kölner Journalistin Eva Maria Michelmann entlassen. Ende Juni konnte sie nach Deutschland zurückkehren. Michelmann hatte als registrierte Journalistin aus dem kurdischen Autonomiegebiet in Nordsyrien für kurdische Nachrichtenportale gearbeitet. Im Januar 2026 wurde sie beim Einmarsch von Truppen der syrischen Übergangsregierung in Raqqa festgenommen und verschleppt.

Quelle: WDR und andere Medien

PREISE & STIPENDIEN

Seit 2020 erinnert der **Daphne-Caruana-Galizia-Preis für Journalismus** an die getötete Bloggerin und Enthüllungsjournalistin aus Malta. Der vom Europäischen Parlament geförderte Preis wird für fundierte journalistische Arbeiten (audiovisuell, Print oder Online) verliehen. Die eingereichten Beiträge müssen von professionellen Journalistinnen und Journalisten verfasst und zwischen dem 1. September 2025 und dem 31. Juli 2026 in einem der 27 Mitgliedsstaaten der EU veröffentlicht bzw. ausgestrahlt worden sein. Sie sollen zur Förderung der Prinzipien und Werte der EU beitragen, die in der Europäischen Charta der Grundrechte verankert sind. Dazu zählen Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichstellung, Rechtsstaatlichkeit sowie Menschenrechte.

Der Preis ist mit 20 000 Euro dotiert.

Die Einreichfrist endet am 31. Juli 2026.

https://daphnejournalismprize.eu/

SICHERHEIT UND RESTRISIKO

Beim Handelsblatt arbeiten Investigativteam und Justiziariat eng zusammen

von Andrea Hansen



Foto: Bernd Arnold



Die gut eingespielte Zusammenarbeit zwischen dem Investigativteam unter Leitung von Sönke Iwersen (r.) und Justiziar Peter Koppe erlaubt der Handelsblatt-Redaktion starke Recherchen, erfuhr Andrea Hansen im Gespräch.

Glaubwürdigkeit ist ein scheues Reh. Hat man sie erstmal verschreckt, ist es schwierig, sie wieder einzufangen. Wie bewahrt man also das zerbrechliche Vertrauensverhältnis zwischen Medienmachenden und -nutzenden in diesen unruhigen Zeiten? Denn irgendwo zwischen Geschäftsmodellkrise, KI-Hype, Desinformation und Medieninkompetenz wird die Basis von Beruf und Branche gerade immer wieder aufs Neue erschüttert.

Donnerstagmorgen in der Zentrale des Handelsblatts in Düsseldorf. Wo wir zusammensitzen, ist Zufall, doch der Ort könnte nicht passender sein. Das Foyer, sonst präferierter Treffpunkt im Verlagshaus, ist durch eine Veranstaltung belegt. Also haben Peter Koppe (Leiter Recht & Compliance) und Sönke Iwersen (Leiter Investigative Recherche) in die Bibliothek geladen. Eingerahmt von vielen Büchern sprechen wir über Glaubwürdigkeit.

Journalist und Jurist in einem

Peter Koppe ist eine Rarität, denn er ist nicht nur Jurist, sondern auch ausgebildeter Journalist. Er hat nach Studium und freier Mitarbeit beim WDR volontiert, dort im Anschluss ein Jahr als Redakteur und danach drei Jahre im WDR-Justiziariat gearbeitet. Dann ging es in eine Kanzlei. Seit sechs Jahren bringt er sein Doppel-Wissen bei der Handelsblatt Media Group ein.

In seiner Brust schlagen also zwei Herzen, und in seinem Hirn gibt es zwei Kompetenzbereiche. Alle Texte aus Sönke Iwersens Investigativteam gehen über seinen Tisch. Für diese Vorgehensweise bekommt der Investigativleiter – für ihn völlig unverständlich – immer wieder Beileidsbekundungen von Kolleginnen und Kollegen. „Für uns ist diese enge Zusammenarbeit mit dem Justiziariat das genaue Gegenteil, nämlich ein absoluter Glücksfall", erklärt er. Jede angreifbare Formulierung oder nicht ausreichend belegte Tatsache, die der Kollege Jurist herausfischt, mache ihm keinen unnötigen Ärger: „Ein juristisches Nachspiel verursacht zehnmal so viel Arbeit wie eine sorgfältige interne Abnahme."

Andere Fragestellung

Erfahrung hat Iwersen mit beiden Arten juristischer Prüfung, auch mit der durch Personen, die noch nie selbst einen Artikel geschrieben haben. Einem Juristen klarzumachen, warum ein Journalist etwas so und nicht anders schreiben möchte, sei oft sehr kompliziert. Koppe reklamiert darum für sich, solche Diskussionen gar nicht erst anzufangen: „Ich halte mich aus Formulierungsfragen journalistisch raus. Ich passe nur aus juristischen Gründen an."

Was nicht heißen soll, dass Juristinnen und Juristen nicht auch mal publizistisch gute Ideen haben können. „Hatten wir gerade noch bei der Tesla-Geschichte", erzählt Iwersen (zu den erwähnten Handelsblatt-Recherchen siehe Kasten, Seite 17). Da hätte Professor Mann, der externe Anwalt, mit dem sie bei Klagen zusammenarbeiten, eine „grandiose Idee" gehabt: „Er schlug vor, eine Website zu schalten, über die Menschen in Erfahrung bringen konnten, ob sie in den Tesla-Files auftauchten. Das gab eine Riesenmasse an neuen Kontakten."

Beim Handelsblatt fährt der Journalisten-Juristen-Kollege Koppe auch mal mit zur Recherche. So gibt es nicht nur ein zweites Paar Augen, das auf eine Quelle mit draufschaut, sondern zugleich einen weiteren Blickwinkel.

Geburtsstunde der Investigativabteilung

Iwersen meldet sich generell gern früh beim Justiziar. Das sei sogar quasi die Geburtsstunde der Investigativabteilung gewesen, als er mit den ersten Infos zum Ergo-Party-Skandal bei Koppes Vorgänger vorstellig wurde und wissen wollte, wie die Beleglage aussehen müsse, um diese Geschichte bringen zu können. Die Haltung, es irgendwie auch ohne die Rechtsabteilung hinzubekommen, existiere bei ihnen in der Redaktion nicht: „Wir sitzen alle in einem Boot, wollen das Ding gemeinsam zur Aufführung bringen." Nur eben so gut wie möglich und nicht irgendwie.

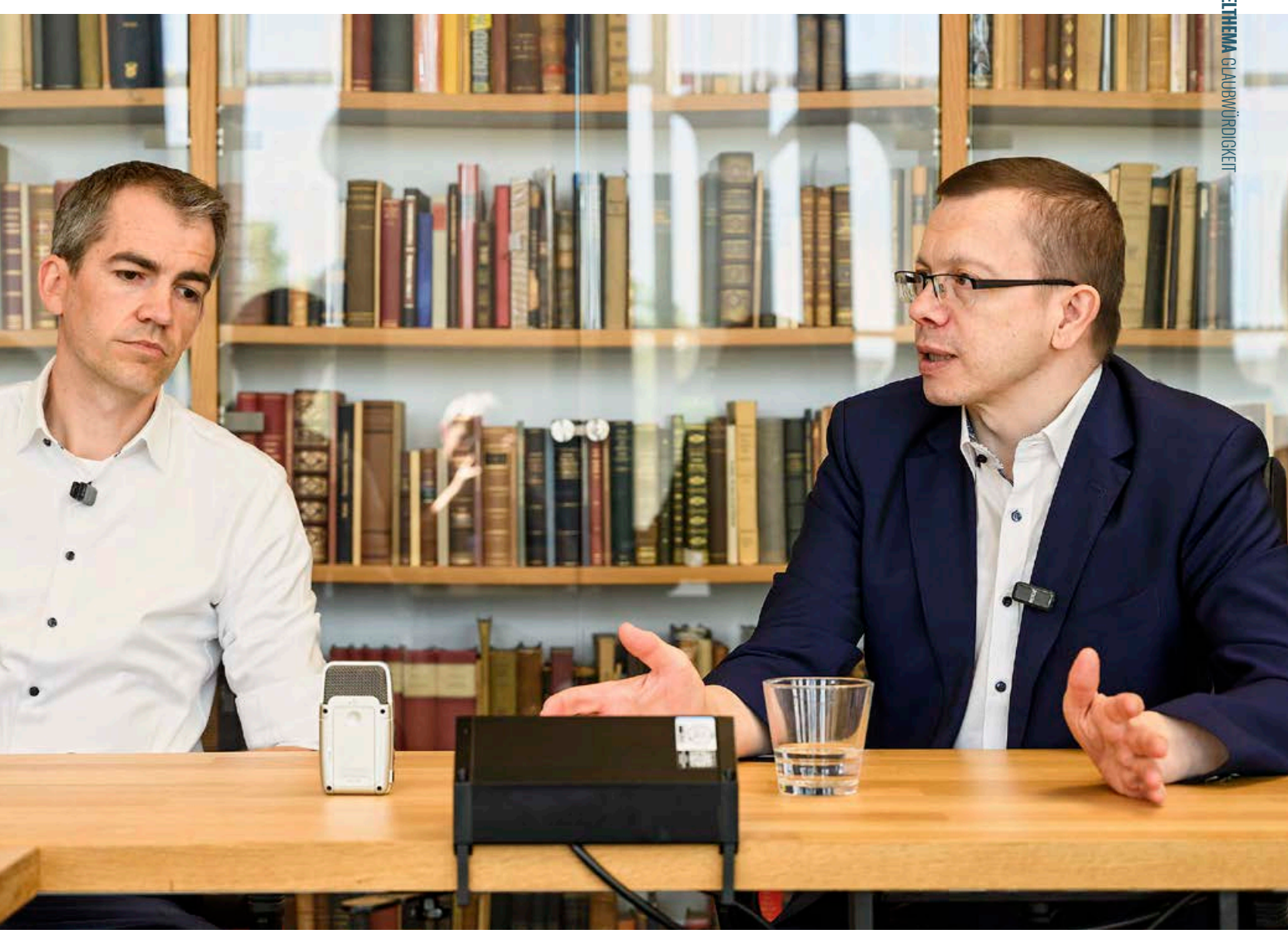
Andererseits: „Wenn wir mit der Attitüde an Stücke 'rangehen würden, dass bei uns nur veröffentlicht wird, was 100 Prozent rechtssicher ist, dann können wir den Laden zumachen, also zumindest die Investigativabteilung", erläutert Koppe. Das funktioniere nicht. Die Risiken seien da – und müssten manchmal auch eingegangen werden. Denn eine gewisse Risikobereitschaft stärke die Glaubwürdigkeit eben auch.

Notfalls durch alle Instanzen

Was sie beim Handelsblatt nicht wollen: Im schlimmsten Fall ein paar Tausend Euro zahlen



Foto: Bernd Arnold



Ein juristisches Nachspiel verursacht deutlich mehr Arbeit als eine sorgfältige interne Abnahme. Deswegen schätzt Sönke Iwersen (r.) die Expertise von Justiziar Peter Koppe, der auch einen journalistischem Background hat.

Die erwähnten Handelsblatt-Recherchen

Cum-Ex: Durch illegale Aktiendeals entstanden dem Staat Milliarden-Schäden. Bei Cum-Ex-Geschäften erschlichen sich Banken und Investoren die Erstattung von Steuern, die gar nicht gezahlt worden waren. Das Handelsblatt deckt seit 2014 die Hintermänner und Strukturen in diesem riesigen Steuerskandal auf und schildert insbesondere das Versagen von Politik und Justiz bei seiner Aufklärung.

Tesla-Files: Im November 2022 meldete sich ein Insider aus dem Reich von Elon Musk bei Sönke Iwersen. Es war der Beginn der größten Recherche in der Handelsblatt-Geschichte. Ein Team von bis zu vierzehn Redakteurinnen und Redakteuren recherchierte Sicherheitsmängel, Missmanagement und eine erschreckende Arbeitskultur. 2025 veröffentlichten Iwersen und sein Kollege Michael Verfürden den Spiegel-Bestseller „Die Tesla-Files".

Triton: Das Handelsblatt veröffentlichte 2024 eine Recherche über die internen Zustände beim Finanzinvestor Triton Partners. Im Kern standen Anzüglichkeiten und Alkoholexzesse, weitere Berichte handelten von umstrittenen Finanztransaktionen, bei denen Triton den eigenen Investoren wichtige Details verschwiegen haben soll.

Wirecard: Nach dem Zusammenbruch des ehemaligen Dax-Konzerns betrieb das Handelsblatt hohen Aufwand, um die Details des Betrugs plastisch zu machen. Im November 2021 veröffentlichte es den geheimen Wambach-Report über das Versagen der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EY. Das Handelsblatt Crime Team führt die letzten Stunden von Wirecard sogar auf Bühnen auf und war damit schon in Berlin, Hamburg, Frankfurt und München auf Tour. **/cbl**



Foto: Bernd Arnold

„Wenn es nur jemand sagt, hat es für mich nicht denselben Wert, als wenn es einen Beleg gibt.

Sönke Iwersen, Leiter Investigative Recherche beim Handelsblatt

und einen Text offline nehmen müssen. „Wir haben keine Kriegskasse und verletzen nie leichtfertig Persönlichkeitsrechte." Wenn sie veröffentlichen, dann in dem Bewusstsein, alles getan zu haben, dass die Geschichte vor Gericht Bestand hat – wenn es sein muss, durch alle Instanzen.

Better safe than sorry gilt aber noch aus einem anderen Grund, unterstreicht der Jurist: „Wir haben die Glaubwürdigkeit unserer Marken, und wir haben die Glaubwürdigkeit unserer Autoren als Assets. Beides ist schneller zerstört als aufgebaut. Darum passen wir so gut darauf auf."

Neue Formate mit neuen Herausforderungen

Früher musste nur auf Printprodukte „aufgepasst" werden. Doch mittlerweile ist die Handelsblatt Media Group auch mit Podcasts und Live-Journalismus sehr erfolgreich. Die neuen Tätigkeitsfelder für Journalistinnen und Journalisten sowie für Juristinnen und Juristen bringen andere

Herausforderungen mit sich. Klar, es existiert ein Skript, aber logischerweise leben Audio- und Bühnenjournalismus auch von der Interaktion der Beteiligten und einer gewissen Spontaneität.

Deswegen sitzen Peter Koppe oder seine Kollegin Marie Wollschlaeger mittlerweile bei der Aufnahme mit im Studio. Dabei haben sie ihre Arbeitsweise an die Erfordernisse des Mediums angepasst: „Ein Text lässt sich deutlich leichter im Nachgang korrigieren als ein Audio", sagt Iwersen. Und darum lässt er sich lieber unterbrechen, wenn alle noch im Flow sind.

Ein „mutmaßlich" reicht nicht

Aber ganz so easy, wie es klingt, ist die Arbeit im Dienste der Glaubwürdigkeit nicht: „Solange man ‚mutmaßlich' oder ‚offenbar" davor schreibt, wird schon alles gut werden? Das ist ein weit verbreiteter Irrglaube", stellt Koppe klar. Es geht um zerbrechliche Güter, und in diesem Bewusstsein arbeiten sie als Team. Auch Chefredakteur Sebastian Matthes ist oft früh mit an Bord. Gemeinsam wird dann abgewogen: Reichen die Belege? Ist die Quelle glaubwürdig, ihr Vortrag glaubhaft? Passt die Formulierung so und nicht anders?

Doch ein Restrisiko bleibt. Letztlich ist Jura auch eine Textauslegungswissenschaft, und Richterinnen und Richter sind nur Menschen. Sie kommen halt beim selben Sachverhalt schon mal zu unterschiedlichen Urteilen. Es ärgert Koppe, dass es in anderen Medienhäusern die Haltung gebe, wenn es vor Gericht gehe, müsse auch ein Fehler passiert sein: „Dem würde ich ausdrücklich widersprechen: Wo gehobelt wird, fallen eben Späne." Man dürfe nicht aufgeben, wenn man eine einstweilige Verfügung bekommt, findet Koppe: „Das Spiel muss man dann mitspielen."

Schuld ist für ihn darum auch keine Kategorie bei der Arbeit, weil man ja vorher im Team alles gemeinsam geprüft habe. Iwersen betont, dass es andererseits auch nicht sein dürfe, dass Journalisten es sich hinter dem Urteil des Juristen bequem machten und dann alle Verantwortung von sich wiesen.

Falls eine Recherche Koppe bei der telefonischen Erstberatung noch nicht überzeugt, hilft Dranbleiben: „Wenn die Kollegen sich nicht zu schade sind, einfach mal einen Textentwurf rüberzuschicken, dann schaue ich mir das Ganze genauer



Foto: Bernd Arnold

Melina Maria Oder, Friseurmeisterin

„Ich beobachte, dass sich in der heutigen Medienlandschaft populistische Berichterstattung oft durchsetzt, weil sie emotionaler ist und schneller Aufmerksamkeit generiert – das ist für mich aber weniger glaubwürdig. Deshalb prüfe ich Berichte meist selbst durch Gegenrecherche und das Einholen verschiedener Perspektiven. Wenn Studien und Quellen verlinkt sind, erhöht das für mich die Glaubwürdigkeit.

Da ist Medienkompetenz der Schlüssel, und ich wünsche mir mehr Bildung, auch schon in der Schule, damit Menschen besser lernen, Quellen einzuordnen, zwischen Fakten und Meinung zu unterscheiden und Interessen hinter Inhalten zu erkennen.

Gerade durch die rasante Entwicklung von Künstlicher Intelligenz und Deepfakes ist diese Fähigkeit wichtiger denn je. Auch im Arbeitsalltag im Salon erlebe ich, wie überfordert viele Menschen, besonders die ältere Generation, durch die Informationsflut sind. Um hier entgegenzuwirken, halte ich klarere Regelungen für sinnvoll: mehr Transparenz bei Lobby- Verbindungen, eine konsequente Kennzeichnungspflicht für KI-Inhalte und eine stärkere Verantwortung der Plattformbetreiber.

Ich wünsche mir, dass wir als Gesellschaft dahin kommen, Medieninhalte kritischer zu hinterfragen, statt sie ungeprüft zu übernehmen. Das Ziel sollte sein, dass Menschen mehr Sicherheit im Umgang mit Informationen haben, statt sie nur zu konsumieren.||

Aufgezeichnet von Marie Illner.

an und komme durch die konkretere Vorlage nicht selten zu einer anderen Einschätzung."

Ein Aushandlungsprozess

Sie diskutierten generell sehr viel – vorher und nachher. Man dürfe sich das nicht so vorstellen, dass der Jurist von der Redaktion einen Text auf den Tisch geknallt bekomme und nur fix seinen Haken dran mache. Es sei ein Hin und Her, ein Geben und Nehmen, ein Aushandlungsprozess und stets vom Ende her gedacht: Was brauchen wir, damit die Recherche draußen Bestand hat? Iwersen investiert lieber vor der Veröffentlichung mehr Zeit. Eine Recherche nachträglich zu verteidigen, mache viel mehr Mühe und Frust: „Da weiß ich, das schreibe ich jetzt nur für ein bis zwei Leser - unseren und vielleicht noch den anderen Anwalt."

Sie diskutieren aber nicht nur den rechtlichen Rahmen, sondern auch den presseethischen. So gibt es eine Geschichte, in der das Handelsblatt den Namen eines Gutachters in Cum-Ex-Fällen nennt. Andere Medien berichten über denselben Fall nur anonym: „Sein guter Name war das Geschäft in diesem Fall", begründet Iwersen die Entscheidung: „Da finde ich es besonders glaubwürdig, diesen Namen auch aufzuschreiben."

Koppe ergänzt, dass es eben immer zwei Blickwinkel gebe. Juristisch könnte man oft viel vertreten, aber es müsste auch immer eine journalistische Begründung geben, jemanden zu exponieren: „Wenn wir zu dem Ergebnis kommen, dass es für die Glaubwürdigkeit der Geschichte entscheidend ist, nennen wir den Namen. Ist es das nicht, lassen wir ihn auch weg." Name-Dropping aus Prinzip müsse nicht sein.

Die Standards gelten trotz Eile

Das Gleiche gilt für Geschwindigkeit: Wenn ihnen klar ist, dass auch andere an einer Story dran sind, drücken sie nicht zu Lasten von Gründlichkeit und damit der Glaubwürdigkeit auf die Tube. Es gelten dieselben Standards. Immer. Das sei simples Handwerkszeug, sagt Koppe: „Ich sehe es auch als meinen Job, darauf zu achten. Wenn wir dadurch eine Geschichte nicht zuerst haben, dann ist das so."

Ruhig bleiben sei generell wichtig im Investigativressort. Manche Anwaltskanzleien schreiben die Journalistinnen und Journalisten auch direkt an, manchmal sogar, bevor der erste Satz veröffentlicht ist: „Bei der Triton-Geschichte kamen von elf verschiedenen Kanzleien Reaktionen und Drohungen – direkt als wir die Konfrontationen rausgeschickt hatten", erinnert sich Iwersen. In solchen Fällen ist er schon froh, das Justiziariat an seiner Seite zu wissen: „Ich habe gerade erst von einer anderen Zeitung gehört, dass diese die

Xiaojun Henke, Verkäuferin, als Erwachsene aus China nach Deutschland gekommen

„Ich bin in China geboren und habe das Land 1999 verlassen. Seit 2011 lebe ich in Deutschland. In China gibt es – anders als in Deutschland – Parteimedien. Diese „dienen der Partei" und übernehmen bewusst eine lenkende Rolle in der öffentlichen Meinung. Als ich in China lebte, gab es noch kaum Internet, und man informierte sich nur über Zeitungen und Fernsehen – die Glaubwürdigkeit ließ sich also nicht gut überprüfen.

Heute bedeutet glaubwürdige Berichterstattung für mich, dass der Öffentlichkeit der tatsächliche Verlauf der Ereignisse dargestellt wird. Um da ein möglichst genaues Bild zu bekommen, lese ich immer Berichte verschiedener Medien über ein und dasselbe Thema – oft auch aus verschiedenen Ländern.

Besonders wertvoll finde ich es auch, mal in die Kommentarspalte zu schauen, zum Beispiel bei den Nachrichten der ARD. Oft sind die Kommentare der Leserinnen und Leser für mich wertvoller als die Nachrichten selbst. Denn dort liest man die Sichtweise von Menschen aus verschiedenen sozialen Schichten und Ländern auf denselben Bericht.

Manchmal erscheint mir die Berichterstattung in Deutschland zu einseitig und dadurch weniger glaubwürdig. Inzwischen ist mir bewusst, dass schon ein einziges Wort die Wahrnehmung der Zuschauer beeinflussen kann. Sprache hat für mich also auch viel mit Glaubwürdigkeit zu tun. Die Einseitigkeit fällt mir besonders bei der Berichterstattung über Menschen mit Migrationshintergrund auf. Dort geht es oft zu sehr um einzelne Menschen und zu wenig um die Länder, die Wirtschaft und die Kultur. Viele Deutsche waren noch nie in Asien – ihr Bild von Asien stammt ausschließlich aus den Medien.

Wichtig für die Glaubwürdigkeit finde ich auch, dass der Kontext eines Ereignisses ausreichend beleuchtet wird. Ein Ereignis ist oft nicht nur das Ereignis selbst. Die zusammenhängenden Faktoren sollten beleuchtet werden. Oft bekommt man nur ein rundes Bild, wenn man viele Berichte liest.

Aufgezeichnet von Marie Illner.

Aus persönlichen Gründen wollte die Person nicht fotografiert werden.



> *„Wenn wir durch Sorgfalt eine Geschichte nicht zuerst haben, dann ist das so.*
>
> ***Peter Koppe, Leiter Recht & Compliance beim Handelsblatt***

Foto: Bernd Arnold

Jonas Klingelmann (Name geändert), Polizist

„Glaubwürdig ist Journalismus dann, wenn Informationen möglichst sachlich, nachvollziehbar und vor allem ohne unnötige Emotionalisierung dargestellt werden. Fakten sollten sauber von Meinungen getrennt werden. Wenn Schlagzeilen nur provozieren, werde ich skeptisch. Um die Glaubwürdigkeit einzuschätzen, achte ich darauf, ob verschiedene Sichtweisen gezeigt werden und ob Quellen genannt werden.

Durch meinen Beruf als Polizist weiß ich, dass die erste Meldung oft nicht die ganze Wahrheit ist. Besonders prägend waren für mich daher Berichterstattungen über Einsätze, bei denen ich selbst dabei war oder zumindest wusste, wie komplex die Lage tatsächlich ist. Da haben manche Medien Situationen sehr stark vereinfacht oder früh bewertet, obwohl viele Informationen zu dem Zeitpunkt noch gar nicht feststanden. Gerade bei Einsätzen sollte man abwarten, bis Fakten geklärt sind. Kritik sollte auf Fakten basieren und nicht auf schnellen Emotionen oder einzelnen Ausschnitten aus Videos. Oft fehlt mir die Perspektive darauf, unter welchem Druck Entscheidungen getroffen werden.

Negative Vorfälle bei der Polizei bekommen deutlich mehr Aufmerksamkeit als der normale Alltag. Die meisten Einsätze laufen professionell und ruhig ab, sodass ich es als unfair empfinde, wenn ein grundsätzlich negatives Bild der Polizei entsteht. Manchmal habe ich auch das Gefühl, dass Konflikte stärker hervorgehoben werden, weil sich das besser verkauft. Das kann dazu führen, dass das Vertrauen in die Polizei insgesamt leidet, obwohl einzelne Vorfälle nicht automatisch die Arbeit aller Beamten widerspiegeln.

Wichtig für Glaubwürdigkeit ist für mich außerdem ein offenerer Umgang mit Fehlern. Wenn Medien Fehler transparent kommunizieren und sichtbar korrigieren, stärkt das eher das Vertrauen, als wenn man versucht, Dinge kleinzureden oder einfach weiterzugehen.||

Aufgezeichnet von Marie Illner.

Aus persönlichen Gründen wollte die Person nicht fotografiert werden.

Rechtsabteilung abgeschafft haben. Um Gottes Willen …“

Investigativ arbeiten erfordert Mut

Ins Investigative zu investieren, erfordere Mut bei allen Beteiligten – in der Rechtsabteilung und der Redaktion, aber auch noch weiter oben: „Wenn du wie bei den Tesla-Files über den reichsten Mann der Welt schreiben willst, musst du durchdenken, was alles passieren könnte. Wir haben zum Glück mit Dieter von Holtzbrinck einen starken Verleger“, meint Iwersen: „Das würde nicht jeder so mitmachen, glaube ich.“

Bei der Tesla-Recherche habe er am Freitag mit dem Whistleblower gesprochen, am Montag dem Chefredakteur davon erzählt. Sie hätten beide angenommen, dass nicht sein könne, was der da berichtete. Aber sie waren sich auch einig, dass die Geschichte zu gut sei, wenn sie stimme, als dass man sie ignorieren dürfe: „Und dann hat er uns genehmigt, dass wir ein halbes Jahr an dieser Geschichte arbeiten, ohne ein Wort zu drucken.“

Vor dem Hintergrund dessen, was sie aufgedeckt haben, ärgert den Reporter umso mehr, dass viele immer noch jede neue Ankündigung von Elon Musk für bare Münze nehmen: „In so und so viel Jahren sind wir auf dem Mars oder können hinten in unser Auto einsteigen und es fährt uns überall hin. Da muss man doch nur ins Archiv gehen und gucken, wie oft er so etwas schon gesagt hat und es nicht eingetreten ist.“ Das sei ja kein Weg mehr, das habe man heute doch direkt auf dem eigenen Bildschirm. „Diese Naivität gegenüber den ganz großen Leuten der Tech-Branche finde ich ein bisschen seltsam.“ Wenn ein deutscher Politiker oder eine deutsche Politikerin den Mund aufmache, ordne man die Aussage ja auch ein.

Auf die Frage, wann sie als Leser eine journalistische Arbeit glaubwürdig fin-



Foto: Bernd Arnold

Daniela Giertz, Krankenschwester

„Glaubwürdiger Journalismus bedeutet für mich, dass alle Informationen bestens in Erfahrung gebracht worden sind, also korrekt und verlässlich. Es ist mir sehr wichtig, nachvollziehen zu können, woher die Informationen genau stammen. Das macht einen Artikel auf jeden Fall glaubwürdiger. Im Alltag vertraue ich dabei offiziellen Webseiten der klassischen Medien und Nachrichtenportalen. Besonders skeptisch bin ich aber bei politischen Reportagen.

Zugegebenermaßen hat die Corona-Zeit für mich in Sachen Glaubwürdigkeit einiges durcheinandergebracht. Im Fernsehen wurde aus meiner Sicht zwar viel darüber berichtet, was in Krankenhäusern los ist, aber über viele andere Themen wurde in dieser Zeit kaum noch berichtet. Beispielsweise hatten viele Kinder in der Zeit das RSV-Virus, die Stationen waren voll mit kranken Kindern. In den Medien wurde darüber aber kaum berichtet.

Insgesamt wird meiner Meinung nach über den Bereich Pflege schon ausreichend berichtet, und die Missstände, die in den Kliniken herrschen, werden realistisch dargestellt. Was aus meiner Sicht allerdings oft nicht ausreichend berichtet wird: Es würde genug Pflegekräfte geben, wenn die Einrichtungen angemessen bezahlen würden oder die Arbeitsbedingungen anpassen würden. Beispielsweise können viele Mütter mit Kindern nicht im Schichtsystem arbeiten. Es gibt solche Modelle, aber vielen Einrichtungen ist das einfach zu teuer. Darüber müsste meiner Meinung nach ausführlicher berichtet werden. Es heißt immer nur, dass es Personalmangel gibt – aber warum genau, das wird nicht glaubwürdig berichtet.||

Aufgezeichnet von Marie Illner.

den, kommen beide zu dem gleichen Schluss: wenn sie gut dokumentiert ist. Nach so vielen Jahren im Journalismus sei das eine berufsbedingte Schädigung: „Wenn jemand etwas nur sagt, hat es für mich nicht denselben Wert, als wenn es einen Beleg gibt", räumt Iwersen ein.

Dass sich der Journalismus dahingehend verändert habe, erklärt er auch immer den Volontärinnen und Volontären: „Früher hat man jemanden angerufen, etwas gefragt und so ein Zitat gehabt. Anführungszeichen, Abführungszeichen, fertig." Die Geschichten, die er und sein Team heute machen, seien in der Regel vollständig dokumentiert durch interne Chats oder E-Mails, Gutachten, Protokolle und manchmal auch Tonaufnahmen.

„Irre, was die Leute heute schreiben"

„Uns Journalistinnen und Journalisten gerät zum Vorteil, dass die Menschen jetzt anders kommunizieren als früher. Das ist ja irre, was sich die Leute heute alles schreiben", sagt Iwersen verwundert. Das hätten sie bei Volkswagen, Wirecard und Cum-Ex gesehen. Und die neueste Version dieser dokumentierenden Kommunikation sei das Versenden von Sprachnachrichten: „Das ist natürlich auch ein Dokument, das bleibt."

Menschen rufen ihn nicht mehr an, obwohl man seine Nummer relativ leicht finden könne: „Heute kriegt man bei Instagram eine Sprachnachricht von einem Rapper: Kool Savas war eingeladen auf der Tesla-Weihnachtsfeier." Diese Nachricht habe ihnen später ermöglicht, daraus so zu zitieren, dass es unangreifbar war: „Der hat sich zwar einen Anwalt genommen, und der hat auch getönt. Aber da ist nichts nachgekommen, nachdem ich es geschrieben hatte."||



Foto: Udo Geisler

Andrea Hansen
ist Vorsitzende des DJV-NRW. Sie arbeitet als freie Journalistin und Moderatorin.

Sechs Tipps: Was sich vom Handelsblatt lernen lässt

Was für Investigativreporterinnen und -reporter Alltag ist, ist für andere Ausnahmezustand. Wie funktioniert journalistische Arbeit mit juristischem Cross-Check am besten? Hier die Top-Tipp-Liste:

1.) Besser früh als spät
Je früher juristische Expertise in die Recherche einbezogen wird, desto besser für die Endabnahme. Die rechtzeitige Einbindung des Justiziariats als Sparringspartner vermeidet Frust. Wenn erst am Ende klar wird, was fehlt, ist das schlecht für alle und alles.

2.) Jede/r macht, was er oder sie am besten kann
Rollenklarheit verhindert Konflikte – ganz gleich wie gut ein Jurist schreiben kann, er kümmert sich nur um die Formulierungen, die aus juristischen Gründen problematisch sind. Aber: Wechselseitiges Verständnis für den Job des anderen hilft.

3.) Better safe than sorry
Ein juristisches Nachspiel verursacht viel mehr Arbeit, Ärger und Kosten als eine sorgfältige Abnahme. Aber: Wenn es ein juristisches Nachspiel gibt, sollten Medienhäuser nicht direkt aufgeben, sondern zur Recherche stehen und sie auch vor Gericht verteidigen.

4.) Nie ohne meinen Justi
Wer knifflige Recherchen veröffentlichen will, sollte juristischen Beistand mit Expertise in Presserecht haben. Journalistinnen und Journalisten sollten das nicht lästig und Medienmanager nicht zu teuer finden.

5.) Es dauert so lange, wie es dauert
Geschwindigkeit in der Recherche darf nie zu Lasten von Gründlichkeit und Glaubwürdigkeit gehen. Sorgfalt geht vor Schnelligkeit, und Standards gelten, ganz gleich, ob die Konkurrenz auch an der Geschichte dran ist oder nicht.

6.) Wer schreibt, der bleibt
Interne Chats oder E-Mails, Gutachten, Protokolle, Anklageschriften oder Tonaufnahmen (so sie legal zustande gekommen sind) sowie Sprachnachrichten sichern die Recherche ab: Belege „befördern" eine Information von der Behauptung zur Tatsache./**AH**

MEDIEN UND IHRE INHALTE SIND VERTRAUENSGÜTER

Wie häufig kommen junge Menschen mit Desinformation in Kontakt und wo? Wie bewerten sie den Wahrheitsgehalt? Dazu hat Dr. Thomas Zerback, Professor an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf, ein Projekt zum Thema Politische Desinformation gestartet.

von Andrea Hansen

JOURNAL: Wann halten Menschen ein Medium für glaubwürdig und wann nicht?
Thomas Zerback: Medien selbst und auch die Inhalte, die sie verbreiten, sind Vertrauensgüter. Den Wahrheitsgehalt dessen, was eine Journalistin oder ein Journalist schreibt, kann der einzelne Rezipient oder die einzelne Rezipientin ja nur im Ausnahmefall aufgrund eigener Erfahrungen bewerten. Das heißt, ich muss das, was Medien mir berichten, hinsichtlich Glaubwürdigkeit und Wahrheitsgehalt bewerten. Da bedienen sich Menschen verschiedener Mechanismen, um diese Wahrheitsurteile vorzunehmen.

JOURNAL: Welche Mechanismen sind das?
Zerback: Ein Hinweis auf Glaubwürdigkeit ist für viele der sogenannte Multiple-Source-Effekt. Wenn Menschen die gleiche Information aus mehreren Quellen wahrnehmen – und das müssen nicht unbedingt mediale Quellen sein – steigt in ihren Augen der Wahrheitsgehalt der Information.
Ein weiterer Hinweis sind die eigenen Einstellungen. Heute liefert die große Auswahl die Möglichkeit, nur Medien zu nutzen, die den eigenen Einstellungen entsprechen. Das heißt, dass meine eigene Einstellung zu einem Thema wichtiger geworden ist. Welche Medien schaue ich mir überhaupt an? Aber auch, und das ist dann der ausschlaggebende Punkt: Wie interpretiere ich diese Inhalte? Das ist heute viel stärker einstellungsabhängig. Wer eine starke Voreinstellung zu einem Thema hat, tendiert nicht nur dazu, Medien auszuwählen, die die eigene Sicht stützen, sondern wertet Informationen, die der eigenen Sicht widersprechen, eher ab und zieht sie in Zweifel.
Die eigene Einstellung ist beim Zu- oder Absprechen von Glaubwürdigkeit ein entscheidender Faktor in der heutigen Zeit.

JOURNAL: Ist das ein neues Phänomen? Oder haben wir es früher nur nicht mitbekommen?
Zerback: Das gab es schon immer. Menschen versuchen, ihre Einstellungen zu schützen, insbesondere wenn sie ihnen wichtig sind, wenn sie zum Beispiel Teil ihrer Identität sind. Das gehört sozusagen zur menschlichen Natur.
Aber die Einflüsse auf solche Einstellungen haben sich fundamental geändert. Ich kann mir heute ein komplettes Medienmenü zusammenstellen, das nur meine Einstellung stützt. Das war früher nicht in dem Ausmaß möglich.

JOURNAL: Was macht das mit dem früher so wichtigen Prädikat der Exklusivität?
Zerback: Nehmen wir mal an, ein Politiker oder eine Politikerin hat sich etwas zuschulden kommen lassen. Dann hängt die Glaubwürdigkeit für den, der das liest, zunächst einmal von seiner politischen Einstellung ab – wie stehe ich zu der Person grundsätzlich? Wenn es wegen der Exklusivität zunächst keine weiteren Quellen zur Bestätigung gibt, zählt das Vertrauen, das die Person in Journalismus allgemein, aber auch in ein spezielles Medium setzt.

JOURNAL: Was führt noch dazu, dass Menschen sich von Medien hinter die Fichte geführt fühlen?
Zerback: Wo kommt das Medienvertrauen eigentlich her? Es scheint, als ob Menschen, die grundsätzlich anderen Menschen oder Institutionen wie zum Beispiel der Demokratie vertrauen, auch eher den Medien vertrauen. Das nennt man generalisierbares Vertrauen. Das ist sozusagen eine Persönlichkeitsprädisposition.
Es gibt aber auch performancebezogene Urteile. Wenn ich den Eindruck habe, die Medien machen ihren journalistischen Job vor allem mit Blick auf ihre gesellschaftliche Funktion gut, dann



Foto: Bernd Arnold

Prof. Dr. Thomas Zerback, Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf. Seine Forschungs- und Lehrtätigkeit in der Abteilung für Kommunikations- und Medienwissenschaft konzentriert sich auf politische Kommunikation, Medienvielfalt und Medieneffekte.

vertraue ich ihnen eher, als wenn ich diesen Eindruck nicht habe.

JOURNAL: Welche Art von Fehlerkultur braucht es, um Vertrauen zu reparieren oder zu stärken, obwohl man Fehler gemacht hat?
Zerback: Das Komische ist: Studien haben gezeigt, dass einzelne krasse Fehlleistungen eigentlich keinen Effekt auf das Vertrauen in Medien haben. Es bleibt quasi davon unberührt. Warum ist das so? Es werden im Prinzip zwei Erklärungen angeführt: Die erste ist, dass die Leute es schlicht vergessen. Sie erinnern – wenn überhaupt – den Fall, aber nicht mehr die Details. Die zweite Erklärung, und die trifft wahrscheinlich auf viele Leute zu, ist, sie gewichten es nicht so stark. Sie sehen das also als Ausrutscher und generalisieren es nicht auf die gesamte Arbeit eines Mediums oder der Medien generell. Es spricht relativ viel dafür, dass die Leute da vergleichsweise nachsichtig sind. Tritt allerdings die Nutzung sogenannter Alternativmedien hinzu, sieht das Ganze anders aus. Leute, die den klassischen Medien weniger oder gar nicht vertrauen, nutzen häufiger Alternativmedien und umgekehrt.

JOURNAL: Was sind gute Mittel, um Glaubwürdigkeit zu stärken?
Zerback: Vertrauen in Medien entwickelt sich langfristig. Ich glaube, die Medien müssen den Rezipientinnen und Rezipienten gerade in der heutigen Zeit einen Mehrwert bieten. Und das können sie ja eigentlich, denn das Bewusstsein in der Bevölkerung wächst, dass die Unsicherheit bezüglich des Wahrheitsgehalts von Informationen immer größer wird. Viele Menschen sind verunsichert bezüglich dieser digitalen Desinformation. Das heißt, sie brauchen eine Instanz, die ihnen hilft, den Wahrheitsgehalt von Informationen zu bewerten. Und das hat Journalismus schon immer gemacht, das war und ist seine Kernaufgabe. Den Menschen muss aber verstärkt bewusst gemacht werden, was Journalismus macht und kann. Da sind Medien in der Pflicht, aber ich sehe auch ganz stark Schulen in der Verantwortung. Kinder sollten früh lernen, was Medien sind und was Journalistinnen und Journalisten machen: Wie arbeiten die, wozu gibt es die überhaupt? Sie sollten begreifen: Es gibt eine Instanz, die mir hilft, mich zu orientieren. Und dafür haben wir in den Schulen meines Erachtens bisher zu wenig Inhalte in den Lehrplänen. Es ist ein Irrglaube, dass sich Kinder und Jugendliche nicht für politische und gesellschaftliche Fragen interessieren. Aber wenn in Sachen Medienkonsum ein elterliches Vorbild fehlt, müssen Journalistinnen und Journalisten sich in dieser Altersgruppe das Vertrauen heute anders erarbeiten, weil es den jungen Menschen nie so richtig beigebracht wurde – zumindest nicht in der Schule.||

Medienkompetenz stärken

Medienkompetenz – für alle Altersgruppen – ist ein Thema, für das sich der DJV-NRW seit langem engagiert. Dazu gehört die Kooperation mit dem Projekt Journalismus macht Schule, das Medienprofis in Schulen, aber auch in Volkshochschulen bringt – vor Ort oder digital. Mehr unter **www.djv-nrw.de/aktuelles/djv-macht-schule/**

„LIVE“ IST NICHT IMMER LIVE

Erschüttern technische Möglichkeiten die Glaubwürdigkeit des Radios?

von Sascha Fobbe

„Wir müssen uns von der romantischen Vorstellung verabschieden, dass Radio live ist.“ Das sagte Tim Laut, Geschäftsführer der Radio Group, beim Journalistentag 2025 des DJV-NRW. Hintergrund sind die zunehmend schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen: Wenn kein Moderator mehr im Sendestudio steht, wird Arbeitszeit eingespart. Mit Technik lassen sich vorab erstellte Sendungen abändern oder ergänzen. So können etwa mehrere Lokalradios in NRW eine gemeinsame Sendung mit lokalen Inhalten füllen oder – ganz neu – sogar die Mantelprogrammstunden von Radio NRW.

Technisch ist heute also vieles möglich. Aber was bedeutet diese Entwicklung im Empfinden der Hörerinnen und Hörer? Merken sie, wenn eine Live-Situation nur vorgetäuscht ist? Und wenn es ihnen auffällt: Erschüttert das die Glaubwürdigkeit von Berichten und Interviews?

Aufgezeichnete Antworten

Bei den Lokalradios in NRW war noch nie alles live, was sich live anhört. Die dpa-RUFA liefert ein Kollegengespräch zu einem Thema, die Antworten der Korrespondentin sind aufgezeichnet, die Moderatorinnen und Moderatoren stellen live die Fragen und spielen die Antworten aus dem Computer ab.

Timo Fratz, Chefredakteur von Radio Bielefeld, verweist auf ein organisatorisches Problem: Eine Korrespondentin oder ein Korrespondent kann schlecht gleichzeitig bei 30 Sendern on air sein und auch nicht nacheinander alle live bedienen. „Es ist eine Frage der Darstellung, ob ich wirklich sage, der Korrespondent ist live zugeschaltet, wenn es nicht stimmt.“ Jedes Mal zu erwähnen, dass ein Gespräch nicht live ist, sei allerdings zu sperrig.

Die Initiative „Fair Radio“ kritisierte diese Praxis schon vor Jahren und verabschiedete 2010 den sogenannten Tutzinger Appell. Darin heißt es unter anderem: „Was nicht wirklich live ist, wird auch nicht als live verkauft.“ Rein formal ist dieser Anspruch auch bei den Hauptnachrichten im WDR nicht mehr erfüllt, die seit 2016 aufgezeichnet und wortgleich auf WDR 2, WDR 3, WDR 4 und WDR 5 ausgespielt werden. Dadurch könnten die Nachrichten besser in die Musik- und Programmabläufe der einzelnen Wellen eingebunden werden, heißt es von der WDR-Pressestelle.

Auch Radio NRW zeichnet die Weltnachrichten inzwischen auf, damit sowohl der eigene DAB+-Sender Radio Mixtape als auch die Lokalradios beliefert werden können.

Radio gilt als besonders vertrauenswürdig

Nach wie vor ist Radio ein glaubwürdiges Medium – das zeigen mehrere Studien aus dem Jahr 2025, etwa „Vertrauen in Medien: Welche Quelle ist glaubwürdig“ (IU Internationale Hochschule) und „Glaubwürdigkeit der Medien“ (Infratest dimap). Im Forsa-Ranking aus demselben Jahr wird Radio als „das vertrauenswürdigste Medium in Deutschland“ geführt, 47 Prozent der Deutschen sagen das.

Für Mediennutzende ist wichtig, dass sie neutral und sachlich informiert werden. Inwiefern der Einsatz von KI-Stimmen

> *„Radio ist ein unmittelbares Medium. Dieses Unmittelbare braucht es für Glaubwürdigkeit.*
>
> *Timo Fratz, Chefredakteur Radio Bielefeld*



oder die Vorproduktion ganzer Sendestrecken die Glaubwürdigkeit beeinflussen, wurde bislang nicht untersucht.

Kostendruck treibt Nutzung an

Aufgrund des Kostendrucks werden jedenfalls mehr und mehr technische Möglichkeiten genutzt, um Personal einzusparen. Ein Beispiel sind „Near-to-Live"-Sendungen, wie es sie im Lokalfunk schon länger gibt: Der Moderator oder die Moderatorin spricht die Texte für mehrere Lokalradios zu unterschiedlichen Beiträgen ein, Musik, Beiträge und Werbeblöcke werden in den einzelnen Sendern im Computer zusammengesetzt und gesendet. Oder die einzelnen Lokalradios füllen eigene Trailer oder zum Beispiel Veranstaltungstipps ohne Anmoderation in den Sendelaufplan ein.



Foto: Radio Bielefeld

Diese Technik wird oft aus finanziellen Gründen eingesetzt, erklärt Fratz: Kleinere Sender sparen bei der Moderation, die Hörerinnen und Hörer bekommen trotzdem lokale Beiträge, die auch wirklich nur lokal relevant sind. Dennoch ist Fratz ein großer Verfechter der Livesendungen, bei denen eine Moderatorin oder ein Moderator auf aktuelle Geschehnisse reagieren kann, live etwas zum Wetter sagt und das Tempo der Moderationen an die Musik anpasst.

Die Lokalsender in NRW und ihr Mantelprogrammanbieter sind bei „Near-to-Live" technisch inzwischen schon eine Stufe weiter: Im Mai stellte Radio NRW die cloudbasierte Technik Smart Radio vor. Früher schalteten Lokalradios in den Stunden, in denen sie kein eigenes Programm machten, das Mantelprogramm per Satellitentechnik auf und verbreiteten es lokal über UKW. Mit Smart Radio werden alle Inhalte, also Musiktitel, fertige Moderationen und Beiträge, von Radio NRW direkt in die Sendesysteme vor Ort kopiert. Damit können die Lokalradios auch für die Stunden, in denen sie nicht selbst senden, im Mantelprogramm lokale Inhalte wie Wetter und Verkehr oder auch Beiträge an jedem Sendeplatz ausspielen. Bislang ging das nur in vorher genau festgelegten Zeitfenstern. Allerdings sind die Sendungen eben nicht mehr live, weil die Elemente den Lokalradios vorab zur Verfügung gestellt werden müssen. Das gilt auch für die Redebeiträge der Moderatorinnen und Moderatoren.

Vorproduzierte Nachtsendungen

Dank der technischen Möglichkeiten produziert Radio NRW nun auch die Nachtsendungen vor und gibt als Grund an, dass auch nachts bekannte und beliebte Stimmen zu hören sein sollen. Vorher wurden nachts meist freie Moderatorinnen und Moderatoren eingesetzt. Ein anderer Grund dürften geringere Personalkosten sein.

In der Nacht „fährt" niemand mehr die Sendungen, wie es im Fachjargon heißt, und es sind auch keine Nachrichtenredakteurinnen oder -redakteure zugegen, denn zu diesen Stunden übernimmt Radio NRW seit geraumer Zeit die Nachrichten der dpa-RUFA. Deswegen kommt im Lokalfunk beim Verkehrsservice nachts KI im Einsatz: „NRW-Verkehr. Euer KI-Navigator – aktuell und schnell". Hier wird allerdings nicht nach den Sendegebieten der Lokalradios unterschieden, sondern der landesweite Verkehrsservice ausgespielt. Dass die Nachtsendungen nicht live sind, erfahren die Hörerinnen und Hörer nicht.

Eine Verkehrs-KI gibt es auch bei WDR 2 in den gemeinsamen Abend- und Nachtsendungen mit den anderen ARD-Popwellen: Hier werden regiona-

lisierte Verkehrsmeldungen mit einer KI-Stimme ausgespielt. Der Vorteil: Die Landesrundfunkanstalten spielen nur die für ihr Sendegebiet relevanten Verkehrsnachrichten aus statt wie früher die bundesweiten. Da heißt es dann „WDR 2 - Verkehrsservice. KI-unterstützt. Geschrieben von unseren Redaktionen. Von der KI für eure Region sortiert und gesprochen."

Vorproduzierte Inhalte gibt es beim WDR ebenfalls. Zwar wird versucht, alle Gespräche live zu führen, aber das ist nicht immer möglich. Die Moderatorinnen und Moderatoren weisen darauf hin, wenn ein Interview vorab aufgezeichnet wurde. Teilweise werden aber auch ganze Sendungen vorproduziert, zum Beispiel die Sonntagmorgen-Strecken von WDR 2 und WDR 4. Der WDR-Pressestelle zufolge geschieht das, „weil es hier schlicht schwierig bis unmöglich ist, einen Live-Gast zu bekommen". Auch längere Musiksendungen bei WDR 3 und WDR 5 werden vorproduziert, ohne dies im Programm kenntlich zu machen.

Was die Sender dazu sagen

Weder der WDR noch Radio NRW sehen in dieser Praxis ein Glaubwürdigkeitsproblem. Der WDR weist darauf hin, dass „Vorproduktionen kenntlich gemacht werden, wenn dies von publizistischer Relevanz ist". Die Forschung zur Akzeptanz und damit auch zur Glaubwürdigkeit von KI im Radio werde derzeit entsprechend angepasst.

Von Radio NRW heißt es: „Live mit einer hohen Glaubwürdigkeit und Near-to-Live oder aufgezeichnet als nicht glaubwürdig gleichzusetzen, ist mit Blick auf die Veränderungen der Produktionsweisen aller Medien zu eng gefasst. Glaubwürdigkeit entsteht durch Authentizität, und die ist nicht abhängig von der Produktionsweise, sondern von den Menschen, die das Programm gestalten."

Inzwischen gibt es Privatsender, die trotzdem ganz auf menschengemachte Moderationen verzichten: Die Audiotainment Südwest startete 2023 mit bigGPT einen Sender mit KI-generierten Stimmen und Inhalten. Auch „Absolut Radio AI" ging 2023 an den Start. Beide Programme sollen technische Möglichkeiten aufzeigen, die gesendeten Inhalte werden von Menschen überwacht.

Der österreichische Sender Life Radio hat während des Urlaubs einer Moderatorin ihre KI-Stimme auf den Äther geschickt. Der Sender wollte ausprobieren, „wie glaubwürdig und alltagstauglich ein Voice-Cloning im Live-Radio sein kann". Viele Hörerinnen und Hörer sollen den Unterschied gar nicht gemerkt haben, das Feedback fiel angeblich positiv aus.

In einem Forschungsprojekt von Bachelorstudierenden der Technischen Hochschule Nürnberg wurden Hörerinnen und Hörer befragt, wie sie zu KI im Radio stehen. Die meisten würden KI bei Wetter und Verkehr akzeptieren, gefolgt von der Musikauswahl. 13 Prozent befürworteten KI bei den Nachrichten, knapp 43 zeigten sich offen oder sehr offen für eine von einer KI moderierten Radiosendung.

Der Faktor Unmittelbarkeit

Für Radio-Bielefeld-Chef Timo Fratz leidet mit KI die Glaubwürdigkeit: „Radio ist ein unmittelbares Medium. Ein Moderator, der im Studio steht, kann jederzeit reagieren. Der kann auch mal sprachlos sein, der kann sich auch mal versprechen. Das ist ein Mensch, der alles direkt erklären und zu allem Stellung nehmen kann. Das ist etwas Unmittelbares, und das braucht es für Glaubwürdigkeit."

Das sieht offenbar auch die Sendergruppe Energy so: Sie startete im Mai die Kampagne „100 % echte Menschen – Keine KI-Stimmen" und setzt damit auf „echte Menschen, echte Emotionen und echte Verbindungen".

Das wollen auch der WDR und Radio NRW trotz der schon eingesetzten Verkehrs-KI-Stimmen nicht missen: Beide verneinen den Einsatz von KI für Moderationen. Das Privatradio verweist auf die „starken Persönlichkeiten der Moderatoren und Moderatorinnen" und auf Authentizität und Glaubwürdigkeit.

Inwieweit vorproduzierte Inhalte und Sendestrecken die Glaubwürdigkeit beschädigen, wurde – wie anfangs erwähnt – bislang nicht untersucht.||

Sascha Fobbe

ist freie Journalistin, Dozentin und Moderatorin. Für den DJV-NRW hostet sie unter anderem die Podcasts „Ohne Block und Bleistift" und „Auf einer Welle".



Foto: privat

ECHT JETZT?

Medien müssen besser erklären, wie sie arbeiten

von Corinna Blümel

Warum schreiben eigentlich alle Medien dasselbe? Sprechen wir uns etwa ab?“, fragt Alexandra Berlin, Auslandsreporterin beim Spiegel, auf Instagram. Kurz eingeblendet sind nahezu identische Schlagzeilen verschiedener Medien. „Nein“, antwortet sie und erklärt, welche Funktion Agenturen wie Reuters oder dpa etwa bei unvorhergesehenen Ereignissen im Ausland übernehmen. Wie Redaktionen sich im ersten Anlauf auf die Agentur-Meldungen stützen, parallel gegenchecken, an eigenen Beiträgen arbeiten und fachkundige Kolleginnen und Kollegen darauf ansetzen, das Thema zu vertiefen.

Fachwissen mit allen teilen

Worin unterscheiden sich Fakten und Meinungen? Warum ist Verdachtsberichterstattung trotz Unschuldsvermutung möglich und welche Regeln gelten dann? Wie erschweren Klagen die investigative journalistische Arbeit? Mit solchen Erklärungen macht die Journalistin ihren knapp 30 000 Followern transparent, wie Journalismus funktioniert.

Mit dem Anliegen ist Alexandra Berlin nicht allein. Weitere Kolleginnen und Kollegen zeigen im Netz, aber zunehmend auch in der klassischen Berichterstattung, was hinter ihren Beiträgen steckt. Etwa ZDF-Reporterin Karin Eigendorf, die 2025 Teil der Social-Media-Aktion #StopptFakeNews des DJV war. Sie zeigt unter anderem, wie sie mit Zugangsbeschränkungen und Risiken vor Ort umgeht.

Aber Transparenz ist nicht nur für die Arbeit in den Krisenregionen der Welt angezeigt. So legt zum Beispiel der WDR auf seiner Website unter einem Text über die Überlegungen zur Rentenreform detailliert offen, welche Quellen die Redaktion genutzt hat (siehe Screenshot rechts).

Damit erfüllt er ein Bedürfnis, dass beispielsweise die Krankenschwester Daniela Giertz in der kleinen Publikumsbefragung des JOURNALs formuliert (siehe Seite 22): „Es ist mir sehr wichtig, nachvollziehen zu können, woher die Informationen genau stammen.“ Genauso gibt die Friseurmeisterin Melina Maria Oder an, dass verlinkte Studien und Quellen für sie die Glaubwürdigkeit der Berichterstattung erhöhen (siehe Seite 19). Auch die Statements von Polizist Jonas Klingelmann (Name geändert; Seite 21) und Verkäuferin Xiaojun Henke (Seite 20) zeigen, dass sie klare Vorstellungen davon haben, wie Journalistinnen und Journalisten arbeiten sollten. Etwas einfach nur glauben, weil es so berichtet wird, wollen alle vier nicht.

Zwischen Vertrauen und Skepsis

Warum ist das so? Zeigen die diversen Studien zum Thema Medienvertrauen nicht – bei einem gewissen Auf und Ab – ein relativ stabiles Verhältnis der Bevölkerung zum Journalismus? Je nach Studie geben zwischen der Hälfte und zwei Drittel der Befragten an, dass sie Medien voll und ganz oder größtenteils vertrauen (siehe beispielhaft: Mainzer Langzeitstudie zum Medienvertrauen, Kasten Seite 30). Der Anteil derer, die klassische Medien grundsätzlich ablehnen, ist leicht, aber nicht dramatisch gewachsen. Allerdings zeigt eine aktuelle Studie („Die Vertrauenslücke. Was Menschen in Deutschland von Journalismus erwarten“, siehe Grafik Seite 32 – 33) auch ein wachsendes Misstrauen gegenüber Journalistinnen und Journalisten. In dieser repräsentativen Befragung äußert jeder Zweite Zweifel an der Unabhängigkeit der Berichterstattung.

Es ist also notwendiger denn je, Journalismus zu erklären. Denn nur wenn er vertrauenswürdig bleibt, kann er auch



Hinweis auf wdr.de unter einem Text zur Rentendiskussion.

seine Kontrollfunktion ausüben. Anders als mancher vermutet, liegen die Zweifel nicht vorrangig an der Künstlichen Intelligenz, sie haben lange vor ChatGPT, Gemini, Claude und Co. angefangen. Zu den äußeren Faktoren gehören der generelle Vertrauensverlust in Institutionen, die Nachwirkungen von „Lügenpresse"-Narrativen, die veränderte Mediennutzung sowie die Rolle von Plattformen und ihren Algorithmen. Intern kämpfen die geschrumpften Redaktionen mit Zeitdruck, immer knapperen Ressourcen und steigenden Anforderungen. Fehler passieren schneller und „versenden" sich längst nicht mehr. Dabei gehört eine gute Fehlerkultur zu den Faktoren, die Menschen für Medien einnehmen.

Bewusst untergraben

Egal ob große Fehler oder Kleinigkeiten, die bewusst skandalisiert werden: Auf Social Media wird Medienversagen gerne immer wieder neu ins Gedächtnis gerufen – bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit. Suggeriert wird damit, dass es eine Kette von Fehltritten gibt. Und daraus wird schnell auch die Vermutung, dass das betreffende Medium oder alle (traditionellen) Medien bewusst manipulieren. Emotional aufgeladene Themen wie Migration, Gendern, Kriminalität, Nahost oder innenpolitische Konflikte ziehen dabei besonders gut. Im Laufe der Zeit wächst bei manchen der Zweifel, ob denn alles stimmt, was unter dem Label Journalismus veröffentlicht wird.

Und jetzt eben noch die Künstliche Intelligenz, die Redaktionen an vielen Stellen längst ganz selbstverständlich zur Unterstützung und Effizienzsteigerung nutzen (siehe auch „Mit Know-how mehr rausholen", Seite 7). Klar ist: Beim Umgang mit KI-generierten Inhalten sollten Redaktionen sich klare, interne Regeln für Erkennung, Verifikation und Offenlegung von KI-Nutzung geben. Für die Glaubwürdigkeit sollten sie diese auch nach außen kommunizieren.

Denn beim Publikum sorgt KI mit ihren Halluzinationen, mit immer perfekter generierten „Fotos", gefälschten „historischen" Aufnahmen und nicht zuletzt mit den Möglichkeiten für Deepfakes und Desinformationskampagnen eher für Verunsicherung.

Aktuell werfen Fälle KI-generierter Meinungstexte ein neues Schlaglicht auf den Einsatz der Large Language Models (LLM) im Journalismus (siehe Kasten „Branchendiskussion über die KI", Seite 31). Bei aller Hoffnung, dass die möglichen Effizienzgewinne den Raum für besseren Journalismus schaffen, geht es darum, wo die Grenzen für den Einsatz liegen und was wie zu kennzeichnen ist. Genau das knüpft an das

Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen

Die Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen untersucht seit 2015 mit repräsentativen Befragungen, wie und warum sich das Medienvertrauen verändert und welche Folgen das hat. Durchgeführt wird sie vom Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) und dem Institut für Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.
Die jüngsten Daten (Erhebung 2024, Veröffentlichung Mai 2025) zeigen: Das Medienvertrauen in Deutschland ist weitgehend stabil, aber die Minderheit, die besonders kritisch bis feindselig auf etablierte Medien schaut, ist zuletzt leicht gewachsen. Danach vertrauen 47 Prozent der Befragten den etablierten Medien eher oder vollkommen „wenn es um wirklich wichtige Dinge geht", etwa etwa ein Drittel vertraut ihnen „teils, teils". 20 Prozent geben an, den Medien nicht zu vertrauen.

■ **Öffentlich-rechtlicher Rundfunk**
Wie in den Vorjahren liegen die Öffentlich-Rechtlichen vorne: 61 Prozent vertrauen deren Berichterstattung überwiegend oder vollkommen. Im Jahr zuvor waren es 64 Prozent. Allerdings ist das der niedrigste Wert, der bisher für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gemessen wurde. 2019 lagen die Vertrauenswerte bei 67 Prozent, während der Pandemie zeitweise bei 70 Prozent.

■ **Lokal- und Boulevardzeitungen**
Den Lokalzeitungen vertrauen 56 Prozent (Vorjahr 59 Prozent). Das Vertrauen in überregionale Tageszeitungen liegt bei 55 Prozent (Vorjahr 52 Prozent). Die Veränderungen liegen innerhalb der statistischen Fehlertoleranz. Unverändert gering – bei drei Prozent – bleibt das Vertrauen gegenüber Boulevardzeitungen.

■ **Privater Rundfunk**
Einen klaren Vertrauensschwund verzeichnet der private Rundfunk: Der aktuelle Wert liegt bei 17 Prozent gegenüber 22 Prozent im Vorjahr.

■ **Vergleich zu anderen Institutionen**
Im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Institutionen liegen die Medien damit – wie in vorangegangenen Wellen – etwa im Mittelfeld. Mehr Vertrauen als den Medien schenken die Bürgerinnen und Bürger der Justiz (63 Prozent) und der Wissenschaft (72 Prozent). Deutlich schlechter schneiden zum Beispiel die Politik (19 Prozent) und die Kirchen (14 Prozent) ab.||

Thema Glaubwürdigkeit an: Auf welche Standards dürfen Menschen vertrauen, wenn sie journalistische Medienbeiträge vor sich haben? Und wie gut sind diese Standards bekannt?

Was für Glaubwürdigkeit sorgt

Journalistinnen und Journalisten ist nur zu bewusst, dass Glaubwürdigkeit ihr Kapital ist, aber dass sie auch entscheidend ist für die Zukunft demokratischer Öffentlichkeit. Was also sollten sie tun? Unsere vier Statements ganz normaler Mediennutzerinnen und -nutzer zeigen, was auch Forschung belegt: Glaubwürdigkeit entsteht dort, wo journalistische Arbeit für das Publikum nachvollziehbar und überprüfbar ist.

Das ist das Pfund, mit dem lokale Medien wuchern können: Vor Ort kennen die Menschen die Probleme. Sie sehen das heruntergekommene Schwimmbad, die Straßenbaustelle, bei der es ewig nicht weitergeht, oder den verdreckten Spielplatz mit kaputten Geräten. Sie trauen sich die Bewertung zu, ob ihre Lokalzeitung oder ihr Lokalradio darüber angemessen berichten. Zugleich haben diese Themen für sie eine hohe Relevanz, weil sie das Leben vor Ort direkt betreffen.

Die Statements mit den kurzen Einblicken in den Alltag von Mediennutzerinnen und -nutzern zeigen auch: Alle vier werden kritischer, wenn über ein Thema berichtet wird, mit dem sie sich auskennen, sei es der Alltag in der Pflege oder die Arbeit von Polizeieinsatzkräften.

Als weiteren Konsens zwischen Forschung und Alltagsbeobachtung lässt sich festhalten: Emotionalisierung schafft vielleicht Reichweite, aber sie schadet der Glaubwürdigkeit. Die leidet auch, wenn Berichterstattung als parteiisch, übertrieben oder fremdgesteuert wahrgenommen wird.

Luft nach oben ist in vielen Fällen noch bei der Fehlerkultur: Das fängt dabei an, Fehler sofort einzuräumen und sie dann schnell und nachvollziehbar zu korrigieren. Für beides, sowohl das Zugeben als auch das Berichtigen, sollte hohe Sichtbarkeit selbstverständlich sein.

Nicht zuletzt: erklären und immer wieder aufs Neue erklären, wie Journalistinnen und Journalisten arbeiten. Natürlich kostet das Zeit, die gerade in Redaktionen eine äußerst knappe Ressource ist. Aber wer diese Zeit nicht investiert, verliert auf längere Sicht sein Publikum.||

Branchendiskussion über die KI

Längst hat die Medienbranche sich mit KI eingerichtet, auch wenn die Regeln teils noch ausgehandelt werden. Im Juni allerdings schaute auch die Öffentlichkeit genauer hin: Wegen KI-generierter Meinungsartikel entband der Tagesspiegel seinen früheren Chefredakteur und Herausgeber Stephan-Andreas Casdorff von den Aufgaben.

Wenige Tage zuvor hatte die FAZ bereits einen Gastbeitrag von Thüringens Ministerpräsident Mario Voigt depubliziert, den offenbar ebenfalls eine KI geschrieben hatte. Und damit nicht genug, ließ Springer-Chef Mathias Döpfner eine KI dazu einen Kommentar verfassen und legte darunter vergnügt (oder hämisch?) offen, dass die Erzeugung „ungefähr eine Sekunde“ gedauert habe.

Einen „Bärendienst“ habe Döpfner dem Journalismus damit erwiesen, beklagte der DJV-Vorsitzende Mika Beuster. „Döpfners Botschaft lautet: Wozu noch bezahlter Journalismus, wenn Künstliche Intelligenz selbst leitartikelfähig formulieren kann?“

Aus Gründen der Transparenz und der Glaubwürdigkeit plädiert der DJV schon lange für eine deutliche Kennzeichnung, wenn journalistische Inhalte von KI erstellt werden, und macht sich für eine Ergänzung des Pressekodex stark.

Eine grundsätzliche Kennzeichnungspflicht für KI-generierte Texte lehnt der Presserat allerdings ab. So erklärte Moritz Döbler, Chefredakteur der Rheinischen Post, in seiner Funktion als Sprecher des Presserats gegenüber der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA), der Presserat habe „nicht darüber zu befinden, welche Technologie eingesetzt wird“. Das Gremium müsse nur sicherstellen, dass die ethischen Maßstäbe eingehalten würden, und dafür reiche der aktuelle Pressekodex aus.

Neben denen, die um Wert und Glaubwürdigkeit des Journalismus fürchten, meldeten sich auch die zu Wort, die die Debatte überzogen finden und vor einer Verweigerungshaltung warnen. So mokierte sich Gabor Steingart, Chef von The Pioneer, über „Holzkopf-Journalismus“ und ein „Klima einer vorsätzlichen Technologiefeindlichkeit“.

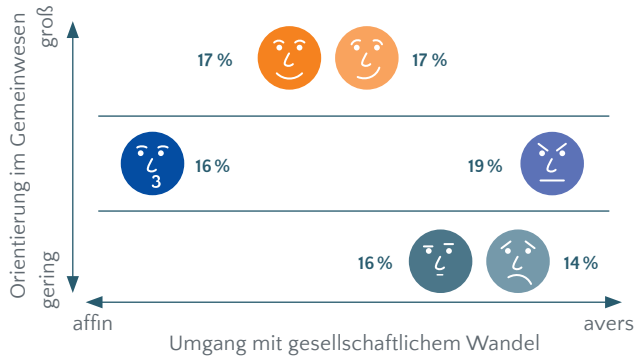
Für einen verstärkten KI-Einsatz im Journalismus warb Markus Knall, Chefredakteur von Ippen.Media, dem Redaktionsnetzwerk von Ippen Digital, das intensiv mit KI experimentiert (siehe auch *journalist* 1/26). Mit der KI lasse sich die Qualität von Journalismus steigern, erklärte er gegenüber der taz. „Wenn eine KI für einen Artikel Hunderttausende Texte aus unserem Archiv auswertet, bringt das mehr analytische Tiefe, als ein einzelner Redakteur je könnte.“

So wichtig die öffentlich geführte Diskussion für die Branche selbst ist: Für das Publikum bleibt sie unübersichtlich. Bei vielen Menschen dürfte vor allem hängenbleiben, dass man selbst den großen Leitmedien immer weniger trauen kann und dass man Medieninhalte grundsätzlich kritisch beäugen sollte./

WO MEDIENVERTRAUEN DA IST – UND WO ES FEHLT

Eine aktuelle Studie zeigt: Für die überragende Mehrheit der Menschen in Deutschland sind unabhängige Medien wichtig. Sie erwarten Orientierung, Abbildung und Moderation. Aber die Ergebnisse zeigen auch gravierende Vertrauenslücken: Jeder Zweite hält den Journalismus für nicht unabhängig in der Berichterstattung und hat das Gefühl, von Medien in die Irre geleitet zu werden. Das Misstrauen gegenüber Medienschaffenden steigt.

SECHS GESELLSCHAFTLICHE TYPEN





Die Involvierten: Bürgersinn, Miteinander, Verteidigung von Errungenschaften

Die Etablierten: Zufriedenheit, Verlässlichkeit, gesellschaftlicher Frieden

Die Offenen: Selbstentfaltung, Weltoffenheit, kritisches Denken

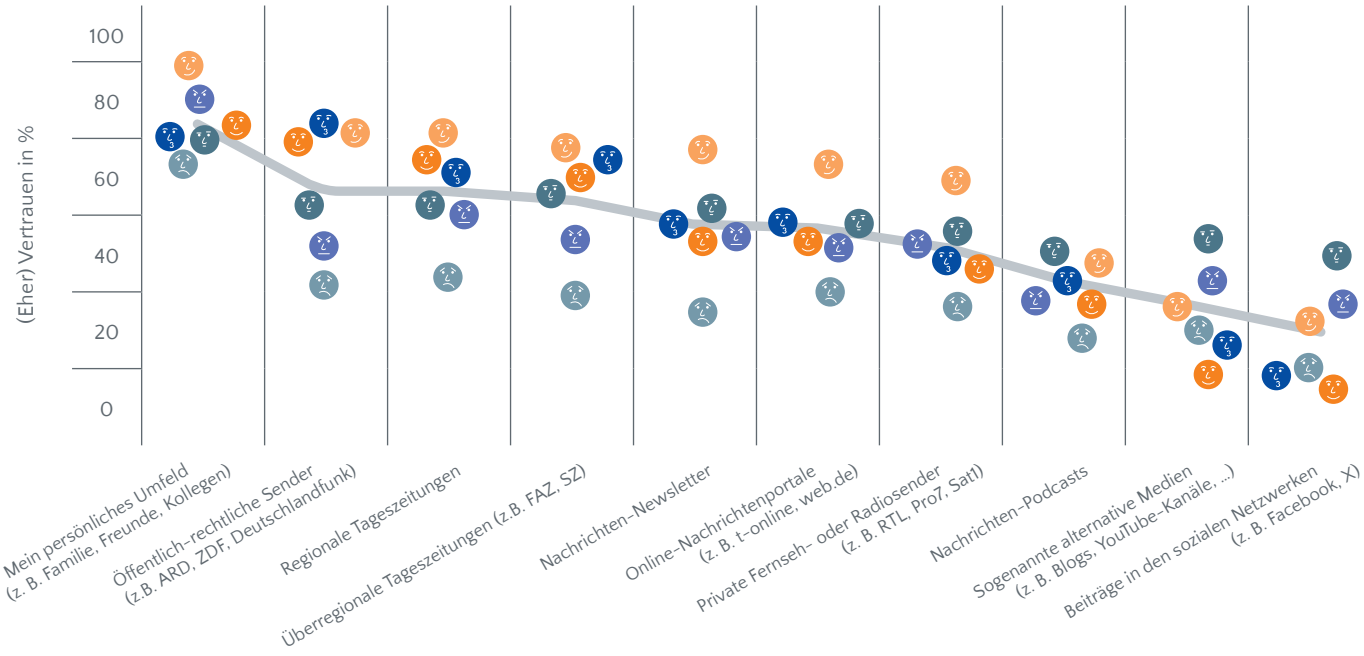
Die Wütenden: Nationale Ordnung, Systemschelte, Misstrauen

Die Pragmatischen: Erfolg, privates Fortkommen, Kontrolle vor Vertrauen

Die Enttäuschten: (verlorene) Gemeinschaft, (fehlende) Wertschätzung, Gerechtigkeit

VERTRAUEN IN QUELLEN IST JE NACH GESELLSCHAFTLICHER PERSPEKTIVE UNTERSCHIEDLICH AUSGEPRÄGT

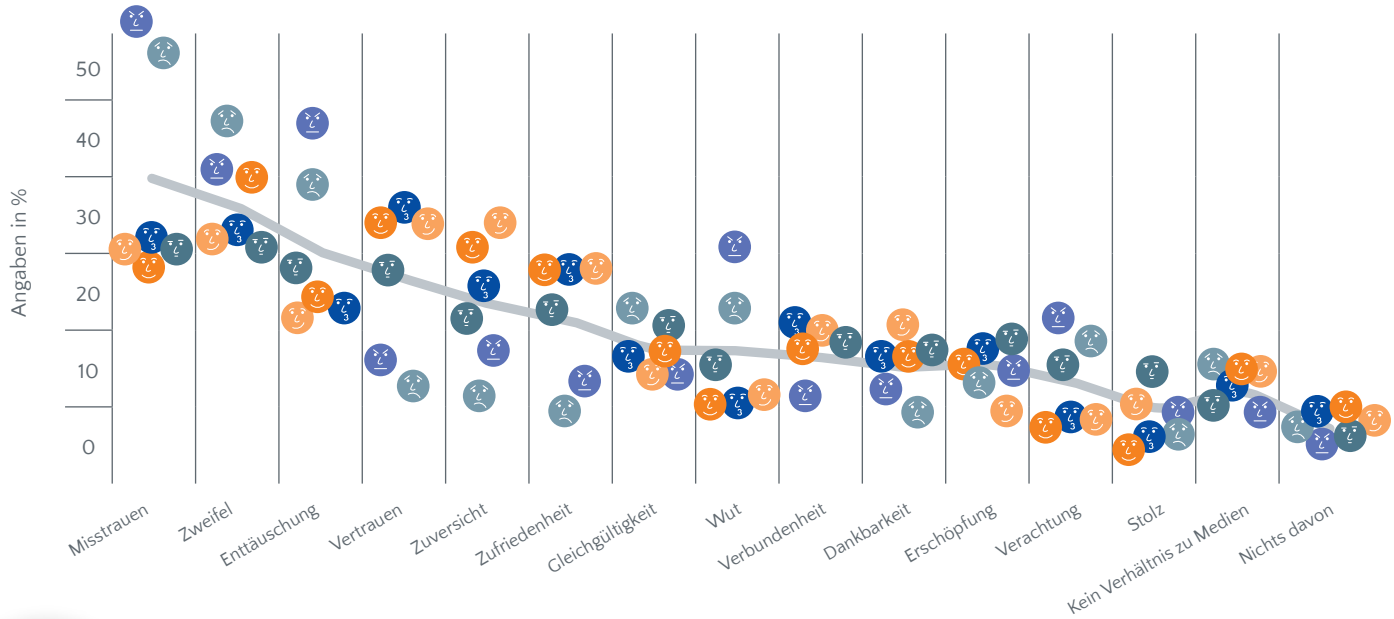
Wenn es darum geht, sich zu Politik und Gesellschaft zu informieren:
Inwiefern vertrauen Sie persönlich dabei den folgenden Medien oder Informationsquellen?



Quelle: More in Common: „Die Vertrauenslücke. Was Menschen in Deutschland von Journalismus erwarten." Mai 2026. Projektmitarbeit Anna Lob und Falco Hüsson. Datenbasis: 2.070 im August 2025 befragte Personen über 18 Jahre in Deutschland. **www.moreincommon.de**

MISSTRAUEN UND ZWEIFEL SIND DERZEIT DIE AM HÄUFIGSTEN GENANNTEN GEFÜHLE GEGENÜBER MEDIEN

Wenn Sie einmal ganz grundsätzlich an Ihr persönliches Verhältnis zu den großen Medien in Deutschland denken: Was fühlen Sie dabei? Bitte wählen Sie bis zu drei Ihrer stärksten Gefühle aus.

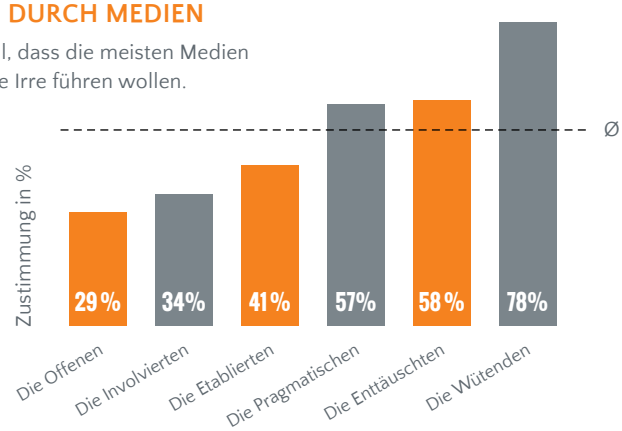


72 % glauben, dass sie gut unterscheiden können, welchen Medien sie vertrauen können und welchen nicht.

63 % finden, dass Journalistinnen und Journalisten sich in den sozialen Medien mit ihrer privaten Meinung zurückhalten sollten.

JEDER ZWEITE GLAUBT AN GEZIELTE IRREFÜHRUNG DURCH MEDIEN

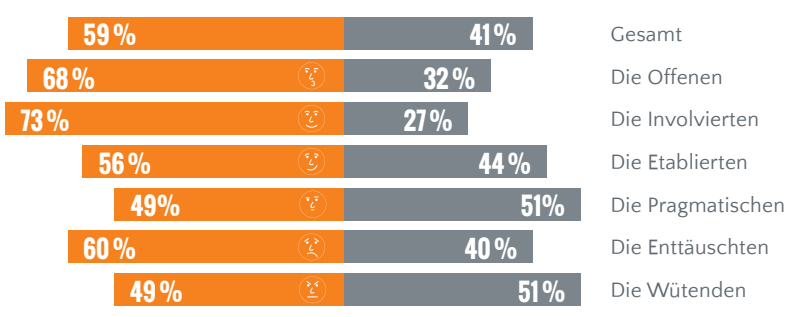
Ich habe das Gefühl, dass die meisten Medien mich bewusst in die Irre führen wollen.



DIE MEHRHEIT EMPFINDET BERICHTERSTATTUNG GUT, WENN SIE EIGENE ANSICHTEN HINTERFRAGT

Ich erkenne gute Berichterstattung in den Medien daran, dass sie mich regelmäßig in meinen Ansichten herausfordert.

Ich erkenne gute Berichterstattung in den Medien daran, dass sie meinen Ansichten in der Regel entspricht.



87 % der Befragten finden es wichtig, dass es unabhängige Medien gibt.

60 % vertrauen den öffentlich-rechtlichen Sendern nicht mehr so sehr wie früher.

52 % finden, dass die meisten Medien einen positiven Beitrag zur Demokratie leisten.

Illustration: Karl-Hermann Hildebrandt

TABUBRUCH BEIM WDR

Abschluss mit dem VRFF spaltet Belegschaft und Gewerkschaften

von Volkmar Kah und Corinna Blümel

Ein Tarifvertrag, der ausschließlich mit einer (eher kleinen) Gewerkschaft und nur für einen Teil der Belegschaft abgeschlossen wird? So ein Vorgang war im öffentlich-rechtlichen Rundfunk bisher beispiellos. Und doch ist es beim WDR passiert. Der Sender hat am 9. Juni mit der Gewerkschaft VRFF – und nur mit ihr – eine Einigung getroffen. Dabei hatten die drei anderen Gewerkschaften – DJV, ver.di und Unisono – zuvor deutlich gemacht, dass sie mit dem vorliegenden Angebot noch reichlich Probleme hatten und viele Fragen offen waren.

Die Vereinigung der Rundfunk-, Film- und Fernsehschaffenden – so der komplette Name der VRFF – organisiert im WDR vorwiegend technisches Personal. Das heißt: Freie Mitarbeitende sind ebenso wie Musikerinnen und Musiker bei diesem Abschluss außen vor. Und Festangestellte müssen befürchten, zu bedenklichen Konditionen in andere ARD-Anstalten ausgeliehen zu werden.

„Ein echter Skandal"

Das spaltet nicht nur die Belegschaft. „Für den DJV ist das auch ein klarer Versuch, die Gewerkschaften gegeneinander auszuspielen – ein echter Skandal", stellte Volkmar Kah, Geschäftsführer des DJV-NRW und Verhandlungsführer für den DJV, direkt nach Verkündigung des Abschlusses klar. Auch viele der Beschäftigten wollen diesen Tabubruch nicht akzeptieren. Das zeigte der zweitägige Streik am 17. und 18. Juni, der spürbare Lücken in der Regionalberichterstattung hinterließ. Aufgerufen hatte der DJV-NRW gemeinsam mit ver.di und Unisono.

In der sechsten Verhandlungsrunde am 1. Juli mauerte der WDR allerdings. Das magere Angebot in Anlehnung an den VRFF-Abschluss: Für die Freien soll es eine noch nicht bezifferte Einmalzahlung geben. Ab Oktober bietet der WDR dann 1,23 Prozent plus auf die Effektivhonorare, ab Februar 2027 zwei Prozent mehr und ab Februar 2028 noch ein Prozent drauf, Laufzeit unverändert 35 Monate. Die Festangestellten in den Klangkörpern sollen rückwirkend ab Februar 1,23 Prozent mehr erhalten, danach gilt für sie das gleiche Angebot wie für die Freien.

Sorge vor Tarifdumping

Weitere 1,5 Prozent für alle könne es laut WDR geben, wenn das Bundesverfassungsgericht rechtzeitig die Erhöhung des Rundfunkbeitrags ermöglicht. Und wenn die Gewerkschaften eine Regelung zur Personalgestellung zwischen den ARD-Anstalten akzeptieren. Die allerdings lädt aus Sicht des DJV zum Tarifdumping ein.

Genau diese Entsenderegelung ist denn auch ein zentrales Konfliktthema in den Verhandlungen. Die vom Sender gewünschten Konditionen lehnen sich an den öffentlichen Dienst an. Danach könnten WDR-Beschäftigte künftig dauerhaft in anderen ARD-Anstalten oder sogar bei dritten Unternehmen eingesetzt werden. Umgekehrt könnte das Haus Beschäftigte aus anderen Anstalten mit niedrigerem Tarifniveau „entleihen". Die VRFF, die zum Deutschen Beamtenbund (dbb) gehört, hatte trotz dieser Möglichkeit zum Tarifdumping keine Vorbehalte und stimmte zu.

Dagegen setzen sich die anderen drei Gewerkschaften für Schutzstandards ein, die den Missbrauch von Versetzung, Personalgestellung und Abordnung ARD-weit unterbinden. Denn unterschiedliche Tarife und Bezahlungen innerhalb der ARD-Anstalten dürfen nicht zulasten der Beschäftigten gehen.

Wie schädlich die Tarifeinigung zwischen WDR und VRFF ist, erwies sich sofort in anderen ARD-Anstalten: So orientierte sich der Abschuss beim SWR vom 30. Juni stark an der voreiligen Lösung aus NRW. Und in die Verhandlungen im NDR am 26. Juni kehrte der Arbeitgeber zur (schlechten) Idee zurück, eine lineare Gehaltssteigerung an die Zustimmung zu Entleihregelungen zu koppeln.

Die gläserne Decke zerschlagen

Und wie geht es im WDR weiter? Um der „Friss-oder-stirb"-Strategie des Hauses etwas entgegenzusetzen, brauchen die Gewerkschaften ein klares Signal der Beschäftigten. Kah: „Der VRFF-Abschluss hat de facto eine gläserne Decke über die Verhandlungen gezogen. Die können wir nur durch einen machtvollen Warnstreik zerschlagen." Ob es eine ausreichende





Fotos (4): privat



Impressionen vom zweitägigen Streik Mitte Juni (von oben links im Uhrzeigersinn) – aus Bielefeld, Köln, Bonn und aus dem Homeoffice.



Foto:

Streikbereitschaft in der Belegschaft gibt, will der DJV-NRW zusammen mit ver.di und Unisono mit einer Umfrage herausfinden. Das Ergebnis steht bei Drucklegung des JOURNALs noch aus. Der nächste Verhandlungstermin ist am 29. Juli.

Längerfristige Wirkungen nicht bedacht

Nicht nur wegen den offenen Fragen zur Entsenderegelung forderte der DJV-NRW den WDR-Verwaltungsrat dringend dazu auf, dem vorliegenden Abschluss mit der VRFF nicht zuzustimmen. Das sei auch eine Frage im Interesse des Betriebsfriedens im WDR, sagte Kah und machte deutlich, dass das nicht nur für den Augenblick gelte: „Verwaltungsdirektorin Stefanie Drinhausen mag das Gefühl haben, dass sie als Verhandlungsführerin einen echten Coup gelandet hat, der dem WDR in Tariffragen gerade eine Vorreiterrolle in der ARD verschafft hat." Aber nach seiner Einschätzung hat sie dabei etwas Wesentliches übersehen – die längerfristige Wirkung. Der Abschluss schafft im WDR eine neue Konkurrenzsituation unter den Gewerkschaften, vergleichbar mit der in Verkehrsunternehmen, wo jede Gewerkschaft versucht, noch radikaler zu sein, um den besseren Abschluss für ihre Mitglieder zu erreichen. Kah ist überzeugt: „Dadurch werden die Tarifkämpfe im WDR härter und künftige Abschlüsse teurer."||

Was in Sachen Tarife bei anderen Häusern läuft

Deutsche Welle: Unter den aktuell schwierigen finanziellen Bedingungen (siehe Seite 40) stimmen sich die Gewerkschaften derzeit intern über die Forderungen ab. Mit dem Beginn der Verhandlungen ist für Herbst zu rechnen.

Deutschlandradio: In den vergangenen Monaten haben Gewerkschaften und Arbeitgeber unterhalb der Tarifvertragsebene über das Thema Bestandsschutz für Freie gesprochen. Die Gehaltstarifverhandlungen starten hier im Herbst.

Lokalfunk: Nach einem Jahr Pause ist hier wieder ein wenig Bewegung zu verzeichnen: Am 11. Juni haben sich die Sozial- und Tarifpartner im Lokalfunk getroffen: die Tarifgemeinschaft Lokalfunk (TGL) und der DJV. In kleiner Runde wurde konstruktiv über tarifliche Perspektiven gesprochen, aber auch über die schwierige wirtschaftliche Situation im Lokalfunk und die Herausforderungen der kürzlich angestoßenen Systemreform. Die Tarifparteien haben vereinbart, die Gespräche im Herbst fortzusetzen. Der Termin dafür steht bereits fest. Dann soll es um drei Themenbereiche gehen, die den jeweiligen Parteien wichtig sind:

1. wie der derzeit offene Gehaltstarifvertrag wieder in Kraft gesetzt werden kann;
2. wie und unter welchen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine Entwicklung der Gehälter im NRW-Lokalfunk möglich ist und
3. wie die Sozialpartner die Sender in der finanziell angespannten Lage erhalten und bei der Sanierung des Systems unterstützen können./



Foto: Carmen Molitor

Medienpolitisches Gespräch mit Bülend Ürük (oben r.) und Volkmar Kah. Sascha Fobbe moderierte.

REGULIERUNG, ABER FÜR ANDERE

Diskussion anlässlich der Wahlversammlung am 10. Juni

von Corinna Blümel

Wenn sich viele Menschen in einer Videokonferenz versammeln und dabei ausreichend Zeit zur Abwicklung zweier Wahlverfahren gewährt sein muss, braucht es etwas, um die Anwesenden bei der Stange zu halten. Der DJV-NRW nutzte diese Gelegenheit für einen Austausch: Unter der Moderation von Sascha Fobbe sprachen DJV-NRW-Geschäftsführer Volkmar Kah und Bülend Ürük (Leiter Corporate & Public Affairs und Mitglied des Executive Boards der Funke Medien Gruppe), über Herausforderungen und Veränderungen in der Medienlandschaft.

Einigkeit – aber nicht überall

Ein medienpolitisches Gespräch mit Einigkeit an vielen Stellen, aber auch einigen deutlichen Unterschieden, vor allem bei Fragen nach der Regulierungskraft des freien Markts gegenüber der Notwendigkeit, Lokaljournalismus durch geeignete Fördermöglichkeiten abzusichern.

Anlass für das Gespräch war die virtuelle Wahlversammlung am 10. Juni. Der Landesvorstand hatte eingeladen, um die Mitglieder der Fachausschüsse (siehe Seite 37) sowie die Delegierten für den Bundesverbandstag am 8. bis 10. November in Wiesbaden (siehe Seite 38) wählen zu lasssen. Seit 2025 findet der Gewerkschaftstag in Präsenz nur in ungeraden Jahren statt, wenn der Landesvorstand gewählt wird. Fachausschüsse und Delegierte werden in geraden Jahren digital gewählt.

Rund 90 Mitglieder nahmen an der Videokonferenz teilt und verfolgten das Gespräch mit Bülend Ürük, der bei Funke seit September 2025 für die Unternehmenskommunikation und für die politische Vernetzung zuständig ist. In der Stunde, in der noch Bewerbungen für die Fachausschüsse möglich waren und die Wählenden die Informationen über die Kandidatinnen und Kandidaten für beide Wahlgänge studieren konnten, widmeten sich Kah und Ürük den Fragen nach der Zukunft des Journalismus, gerade im Lokalen und in einer digitalisierten Welt. Das Gespräch ist auch als Podcast in der Reihe „Ohne Block und Bleistift“ erschienen.

Kampf für einen fairen Markt

„Wir müssen dafür kämpfen, dass Qualitätsjournalismus eine Zukunft hat“, forderte Ürük. „Das funktioniert nur, wenn die Politik faire Rahmenbedingungen schafft.“ Deutsche Medien seien „überreguliert“, während Plattformen „alles machen können, weil sie in anderen Ländern sitzen“.

Dabei graben Google und Co. den traditionellen Medien zunehmend das

FACHAUSSCHÜSSE

Die virtuelle Wahlversammlung am 10. Juni wählte turnusgemäß die Mitglieder der NRW-Fachausschüsse. Für den Fachausschuss Bild hatte niemand kandidiert. Bei Fachausschüssen, die nicht voll besetzt sind (maximal neun Mitglieder), kann der Gesamtvorstand zwischen den Wahl-Gewerkschaftstagen weitere Mitglieder bestimmen.

Betriebs-/Personalräte
Corinna Nohn
Stefan Lenz
Jürgen Primus
Kristian van Bentem
Carsten Vogel
Jost Wolf

Bild
–

Freie
Andreas Artmann
Birgitt Euting
Stephan Hackenbroch
Pascal Hesse
Britta Wagner

Junge Journalist:innen
Richard Brandt
Laurie Dreesch
Michael Hartke
Dominik Jäger
Melvin Schwertel
Veerle Seelig

Online
Ulrike Dümpelmann
Fabian Felder
Pascal Hesse
Ute Korinth
Harriet Langanke
Frederik von Lonski

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Saskia Eversloh
Gunther Fessen
Karin Hendrysiak
Jasmin Khatami
Michael Milewski
Kirsten Reinhardt
Daniel Rustemeyer

Rundfunk
Sharam Ahadi
Christian Bannier
Dorothee Blome-Müller
Stephanie Funk-Hajdamowicz
Bert Grickschat
Thomas Münten

Tageszeitungen
Lutz Blumberg
Nina Estermann
Annette Kalscheur
Oliver Kühn
Laura Oswald-Jüttner
Kristian van Bentem
Carsten Vogel

Zeitschriften
Michael Bollschweiler
Katrin Breitenborn
Katrin Kroemer
Christina von Wrede-Raback



Foto: Fabian Strauch

Wasser ab, ziehen schon länger wachsende Teile der Werbegelder auf sich und entscheiden mit ihren Algorithmen über die Sichtbarkeit von Medieninhalten.

Jetzt profitieren sie mit ihren AI-Zusammenfassungen noch stärker von den fremden Inhalten, während die Zugriffszahlen auf originäre Medienseiten und andere Quellen einbrechen. Diese Zusammenfassungen seien doch eine redaktionelle Tätigkeit, erklärt Ürük: „Das sind ja neue Produkte, die auf der Startseite dieser Webseiten erscheinen." Trotzdem bräuchten Plattformen keine Chefredaktion, die in Verantwortung genommen werde. „Warum ist das Gesetz noch nicht angepasst?"

Gemeinsam nur für die Demokratie

Den oft beschworenen gemeinsamen Kampf der Traditionsmedien befürwortet der Funke-Sprecher nicht: „Dafür haben wir zu unterschiedliche Interessen. Das, was uns verbindet, ist der Kampf für die Demokratie." Darüber hinaus sollten Medienhäuser den „Wettstreit um die besten Geschichten suchen".

Falsch findet Ürük auch, dass der WDR stärker ins Regionale geht. Dazu gab es kritische Kommentare im Chat: Verlage hätten die lokale Berichterstattung doch mehr und mehr ausgedünnt. Auch Volkmar Kah wollte die Verlage da nicht ganz aus der Verantwortung entlassen und verwies auf unternehmerische Entscheidungen, auf den Rückzug aus der Region beziehungsweise immer mehr Monopole im Lokalen. Unter diesen Bedingungen sei ein zusätzlicher journalistischer Blick gut für Transparenz und Demokratie: Aber zugleich sei klar: Das dürfe keinesfalls die verbliebenen Erlösnischen für Tageszeitungen kaputtmachen.

Eine Berichterstattung wie in den 80er- oder 70er-Jahren gebe es nicht mehr, räumte Ürük ein. Dafür arbeite Funke an neuen Formen für digitalen Lokaljournalismus, etwa in Wuppertal (talzeit) und Dortmund (Wochendosis).

Förderung oder nicht

Bleibt die erwähnte Frage der Förderung: Während Ürük nur auf den fairen Markt setzen will, stellte Kah klar, dass das nicht reichen wird: „Um flächendeckende lokaljournalistische Informationen zu erhalten, müssen wir uns als Gesellschaft Gedanken über Fördermodelle oder Gemeinnützigkeit von Journalismus machen."

Einigkeit zeigten beide aber in der Überzeugung, dass es Medienbildung braucht, damit Menschen wieder für Medien zahlen. Nur so könnten diese ihre wichtige Rolle für die Demokratie spielen.||

UNSER TEAM FÜR WIESBADEN

Diese Delegierten entsendet der DJV-NRW zum DJV-Verbandstag vom 8. bis 10. November 2026 in Wiesbaden. Gewählt wurden sie bei der virtuellen Wahlversammlung am 10. Juni. Bei Stimmengleichheit entschied das Los über die Platzierung.

1. Corinna Blümel
   Kölner Journalisten-Vereinigung
2. Frank Stach
   Journalistenkreis Emscher-Lippe
3. Andrea Hansen
   Presseverein Münster-Münsterland
4. Marie Kirschstein
   Verein Düsseldorfer Journalisten
5. Alexandra Fobbe
   Presseverein Münster-Münsterland
6. Kristian van Bentem
   Presseverein Münster-Münsterland
7. Carmen Molitor
   Kölner Journalisten-Vereinigung
8. Jörg Prostka
   Märkischer Presseverein
9. Katrin Kroemer
   Presseverein Ruhr
10. Stefan Lenz
    Kölner Journalisten-Vereinigung
11. Brigitte Lieb
    Presseverein Münster-Münsterland
12. Norma Langohr
    Journalistenverband
    Ostwestfalen-Lippe
13. Harriet Langanke
    Kölner Journalisten-Vereinigung
14. Kai Heddergott
    Presseverein Münster-Münsterland
15. Bert Grickschat
    Kölner Journalisten-Vereinigung
16. Anja Zimmer
    Verein Düsseldorfer Journalisten
17. Pascal Hesse
    DJV Essen-Mülheim-Oberhausen
18. Stephanie Funk-Hajdamowicz
    Presseverein Niederrhein-Ruhr
19. Dorothee Blome-Müller
    Verein Düsseldorfer Journalisten
20. Ute Korinth
    Presseverein Ruhr
21. Dirk Groß-Langenhoff
    DJV Essen-Mülheim-Oberhausen
22. Daniel Rustemeyer
    Journalistenkreis Emscher-Lippe
23. Christian Frevel
    Presseclub Ruhr-Emscher
24. Frank Sonnenberg
    Bergischer Journalistenverein
25. Vivien Leue
    Verein Düsseldorfer Journalisten
26. Andreas Artmann
    Kölner Journalisten-Vereinigung
27. Laura Oswald-Jüttner
    Märkischer Presseverein
28. Alexandra Bartschat
    Bonner Journalistenvereinigung
29. Laurie Dreesch
    Presseverein Münster-Münsterland
30. Thomas Münten
    Presseverein Niederrhein-Ruhr
31. Richard Brandt
    Presseverein Ruhr
32. Birte Gernhardt
    Kölner Journalisten-Vereinigung
33. Christian Tobias Nehls
    Journalistenverband
    Ostwestfalen-Lippe
34. Steffen Heinze
    Bonner Journalistenvereinigung
35. Eberhard Wühle
    DJV Essen-Mülheim-Oberhausen
36. Veerle Seelig
    Presseverein Münster-Münsterland
37. Jost Wolf
    Journalistenverband
    Ostwestfalen-Lippe
39. Britta Wagner
    Kölner Journalisten-Vereinigung
39. Saskia Eversloh
    Verein Düsseldorfer Journalisten

Ersatzdelegierte

40. Jasmin Khatami
    Kölner Journalisten-Vereinigung
41. Markus Peick
    Journalistenkreis Emscher-Lippe
42. Susanne Lahr
    Journalistenverband
    Ostwestfalen-Lippe
43. Jürgen Primus
    Presseverein Münster-Münsterland
44. Anna Lena Meinheit
    Bergischer Journalistenverein
45. Tim Kühnel
    Presseverein Münster-Münsterland
46. Lutz Blumerg
    Kölner Journalisten-Vereinigung
47. Kirsten Reinhardt
    Kölner Journalisten-Vereinigung
48. Michael Hartke
    Kölner Journalisten-Vereinigung
49. Michael Bollschweiler
    Journalistenverband
    Ostwestfalen-Lippe
50. Christina von Wrede-Raback
    Presseverein Ruhr
51. Joshua Kipper
    Presseverein Ruhr
52. Birgitt Ulrike Euting
    Kölner Journalisten-Vereinigung
53. Likaus Pazzini
    Presseclub Ruhr-Emscher
54. Thomas Hohenschue
    DJV Aachen
55. Constanze Tillmann
    Verein Düsseldorfer Journalisten
56. Gordon Strahl
    DJV Essen-Mülheim-Oberhausen
57. Jens Tervooren
    DJV Aachen
58. Heinz Kerp
    DJV Aachen

REFORMEN MIT GEGENWIND

Cosmo und DLF: Das Publikum will das Bewährte

von Corinna Blümel*

Die Öffentlich-Rechtlichen stehen unter großem Reformdruck: Der Medienänderungsstaatsvertrag, der zum 1. Dezember 2025 in Kraft getreten ist (siehe JOURNAL 4/25), fordert deutliche Anstrengungen von ARD, ZDF und Deutschlandradio. Dazu gehören unter anderem die Reduzierung der ARD-Radiowellen und der Info-Spartenkanäle im Fernsehen, mehr Kooperationen sowie ein verstärkter Dialog mit dem Publikum. Um die Akzeptanz wahren und den Beitrag möglichst stabil zu halten, soll das System im Ganzen moderner, schlanker und digitaler werden.

Weil die Politik zugleich die Zustimmung zur von der KEF empfohlenen Beitragsanpassung verweigert, müssen die Anstalten sparen. Das erhöht den Druck und überlagert in der öffentlichen Wahrnehmung teils die Gründe für die Reformen.

Herausfordernd für alle

Klar ist: Bei den Anstalten stehen in den kommenden Monaten und Jahren nicht nur organisatorische, sondern auch viele programmliche Veränderungen an. Das wird den Mitarbeitenden viel abverlangen, aber auch dem Publikum, wie die ersten aktuellen Fälle – Cosmo beim WDR und die große Prgrammrefrom beim Deutschlandfunk (DLF) – zeigen. Beide Vorhaben werden von vielen als Gefahr für inhaltliche Tiefe, für kulturelle beziehungsweise thematische Vielfalt sowie für Kernaufgaben des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gesehen.

Was der DLF plant

In beiden Fällen handelt es sich nicht um Schnellschüsse, sondern um Projekte, die bereits über einen längeren Zeitrahmen verfolgt werden. Der DLF arbeitet seit zwei Jahren an seiner umfassenden Programmreform, die zum 30. November 2026 greifen soll: Dabei verschwinden klassische Sendungen wie „Tag für Tag“, „Forschung aktuell“, „Büchermarkt“, „Wirtschaft am Mittag“ oder „Campus und Karriere“ in ihrer bisherigen Form. Die fachspezifischen Inhalte sollen in längeren Magazinen unterkommen.

Der DLF nennt als Ziel die bessere Verzahnung von Radio und Digital, mehr Tiefe durch zusätzliche Hintergrundformate und mehr Raum für den Publikumsdialog. Eine Petition mit – Stand 8. Juli – knapp 5 300 Unterschriften fordert dagegen den Verzicht auf die geplanten Veränderungen, weil sie eine erfolgreiche, über lange Zeit gewachsene Sendestruktur zerstöre.

WDR: Streitpunkt Cosmo

Zwar ist das Vorhaben beim WDR längst nicht so umfassend wie die das beim DLF. Aber der Widerstand ist hier weit größer, emotionaler und lauter. Hintergrund sind tiefgreifende Veränderungen bei Cosmo, die im Rahmen einer Neuaufstellung der jungen Radiowellen geplant sind. Kritik gibt es am Wegfall fremdsprachiger Angebote und der anderen Musikfarbe. Viele befürchten zudem, dass die Welle die multikulturelle Ausrichtung und ihre besondere Perspektive verliert. Eine Petition mit knapp 110 000 Unterschriften (ebenfalls 8. Juli), ein offener Brief von mehr als 500 Organisationen aus Kultur, Wissenschaft und Medien und ein Gutachten im Auftrag der Neuen Deutschen Medienmacher:innen wollen den WDR überzeugen, dass er auf dem falschen Weg ist. Vom ursprünglich geplanten Namen 1LiveStreet hat sich der Sender wegen des Vorwurfs klischeebeladener Konnotationen wieder verabschiedet.

Wie sieht es der DJV-NRW?

Der DJV-NRW stellt vor allem die Interessen der betroffenen Kolleginnen und Kollegen in den Mittelpunkt, die er in dieser Situation begleitet. In einer Stellungnahme („Aus für Cosmo“) wägt der DJV-Betriebsgruppenvorstand im WDR die Notwendigkeit von Weiterentwickung gegen die Besonderheiten des „interkulturellen Leuchtturms“ Cosmo ab. Einen Einblick in die Situation Gefühlslage der betroffenen Kolleginnen und Kollegen gibt ein Meinungsbeitrag des Cosmo-Kollegen und DJV-Personalrats Miltiades Oulios (Meinung: Clash of Cosmo). Zu finden ist beides mit Datum vom 24. Juni unter djv-nrw.de/wdr-news.||

** Corinna Blümel ist stellvertretende Vorsitzende des WDR-Rundfunkrats.*



Foto: Başak Demir Caffi



Foto: Başak Demir Caffi

Gegen die Kürzungen des Deutsche-Welle-Etats protestierten Beschäftigte am 28. April 2026 vor dem Sender in Bonn. Im rechten Bild: Eugen Theise (3. v. r.).

NICHT AUSBLUTEN LASSEN!

Der Deutschen Welle drohen weitere Kürzungen

von Corinna Blümel

In einer Zeit der Multikrisen, in der sich international die Gewichte zugunsten autoritär geführter Staaten verschieben, sollte ein Auslandssender wie die Deutsche Welle (DW) höchste Wertschätzung genießen. Die Bedeutung wird auch von offizieller Seite gerne betont: Als „Deutschlands mediale Botschafterin im Ausland" trage die DW die Perspektiven auf universelle Werte wie Freiheit, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in die Welt, lobte Kulturstaatsminister Wolfram Weimer jüngst.

Sorgen um Zukunftsfähigkeit

Trotzdem zeichnet sich für 2027 eine erneute Kürzung des Bundeszuschusses ab. Bereits für das laufende Jahr muss die DW ein Einsparpaket in Höhe von 21 Millionen Euro umsetzen, weil der Zuschuss gekürzt und Tarifsteigerungen nicht ausgeglichen wurden. Im Juni schlugen die DW-Aufsichtsgremien deswegen Alarm: Der Verwaltungsrat fürchtet infolge der Kürzungen um die Zukunftsfähigkeit der Deutschen Welle. Der Rundfunkrat erinnerte die Bundesregierung an ihr Versprechen, den Auslandssender zu stärken. Jede weitere Kürzung werde massive Einsparungen im Programm nach sich ziehen, erklärte der Rundfunkratsvorsitzende Prälat Karl Jüsten.

Auch der DJV warnte vor einem Ausbluten des Senders. Zwar sei aktuell für 2027 ein Bundeszuschuss in Höhe von 425 Millionen Euro vorgesehen, also eine Rückkehr zur Höhe von 2025, und die Bundesregierung habe signalisiert, dass sie sich um einen Tarifausgleich bemühen werde. Aber zugleich drohe im Bereich öffentlicher Entwicklungshilfe eine Kürzung der sogenannten ODA-Mittel (Official Development Assistance), die mit einem Minus von 16,9 Millionen Euro auf den DW-Etat durchschlagen könnte.

Andere Aufgabenpriorisierung

Veränderungen plant Schwarz-Rot nicht nur bei den Mitteln: Aus der Stellungnahme der Bundesregierung zur Aufgabenplanung der Deutschen Welle für die Jahre bis 2029 geht hervor, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarte Novelle des Deutsche-Welle-Gesetzes mit einer umfassenden Neuausrichtung und einer neuen Aufgabenpriorisierung verbunden sein soll.

So soll sich der Auslandssender angesichts der sich zuspitzenden geopolitischen Dynamik nach den Worten von Kulturstaatsminister Weimer stärker auf Zielregionen konzentrieren, „die für Deutschland und Europa besonders relevant sind". Maßgeblich für die Arbeit der DW sei daher künftig nicht die größtmögliche globale Reichweite, son-

dern „dass sie mit ihrer Berichterstattung in eingeschränkten Informationsräumen die freie Meinungsbildung im Ausland stärkt, Desinformation durch autokratische Akteure entgegenwirkt und somit mittelbar auch zur Stärkung europäischer Resilienz beiträgt".

Die Bundesregierung erwartet, dass die DW ihre „Krisenreaktionsfähigkeit" ausbaut, um künftig ohne stetigen Mittelaufwuchs flexibel auf veränderte Anforderungen reagieren zu können. „Diese Priorisierung ist in erster Linie Angelegenheit des Senders, wird sich aber auch in der Reform des Deutsche-Welle-Gesetzes widerspiegeln", erklärte Weimer.

Mit den bereits umgesetzten und den weiteren befürchteten Kürzungen gerät die Deutsche Welle allerdings an ihre Grenzen. Das im Februar verabschiedete Sparpaket beinhaltet unter anderem den Abbau von 160 Vollzeitstellen, die Einstellung des Griechisch-Dienstes und die Reduzierung des journalistischen Angebots in weiteren Sprachen sowie eine erneute Reduzierung des deutschsprachigen Angebots (siehe „Gerade jetzt das falsche Signal", JOURNAL 1/26).

Öffentlichkeitsstarker Protest

Gegen die Kürzungspläne haben Beschäftigte im April und im Mai in Berlin und in Bonn protestiert. Für ein öffentlichkeitsstarkes Highlight hatte Eugen Theise gesorgt, Personalratsvorsitzender und DJV-Betriebsgruppenvorsitzender am DW-Standort Bonn: Ihm war es gelungen, Jacques Tilly für eine Aktion zu gewinnen. Der Düsseldorfer Satiriker, seit vielen Jahren für seine politisch zugespitzten Karnevalswagen bekannt, wurde wegen putinkritischer Darstellungen im April von einem Moskauer Gericht in Abwesenheit zu achteinhalb Jahren Haft verurteilt. Für die DW-Proteste fertigte Tilly eine Skulptur von Donald Trump, Wladimir Putin und Irans Führer Chamenei, die sich jubelnd in den Armen liegen. Die Kürzungen beim deutschen Auslandssender erleichtern ihnen ihr autokratisches Spiel.

Die Mittel für die Deutsche Welle kürzen? Das hält Tilly „politisch gesehen für nicht nur fahrlässig - sondern für wirklich dumm". Derzeit gebe es einen weltweiten Angriff auf liberale Werte durch totalitäre und autokratische Politiksysteme und Bewegungen. Die Deutsche Welle sei ein „wunderbares Gegengift" für verlogene Staatspropaganda. Sie sei für viele Menschen in autoritären Staaten die einzige Quelle für verlässliche Information.

Dass diese besondere Bedeutung der DW gerade jetzt keine Garantie für eine auskömmliche Finanzierung ist, ärgert Eugen Theise. „Die Wahrnehmung in der Politik, dass die Deutsche Welle noch Spielräume für Sparmaßnahmen hat, ist eine fahrlässige Selbsttäuschung", erklärt er. „Jeder Cent, der weiter gekürzt wird, geht auf Kosten unseres demokratischen Auftrags und des guten Journalismus. Die DW ist heute wichtiger denn je und darf nicht kaputtgespart werden."

Theise war im Frühsommer in Berlin, um bei Gesprächen im Bundestag zu schildern, was die Etatkürzungen für den deutschen Auslandsrundfunk bedeuten. Er setzt weiterhin auf viel Überzeugungsarbeit, um noch Schlimmeres zu verhindern.||

Foto: privat



Die Skulptur von Jacques Tilly kam am 22. April erstmals bei einer Protestaktion in Berlin zum Einsatz.

RTL: SKY-ÜBERNAHME ABGESCHLOSSEN

Zum 1. Juni hat die RTL Deutschland die Übernahme von Sky Deutschland formell abgeschlossen. Im April hatte die Europäische Kommission die Transaktion ohne Auflagen genehmigt. Sky Deutschland bleibt mit seinem Hauptsitz in München. Durch die Bündelung der Stärken beider Marken hofft RTL, im Wettbewerb mit den globalen Streamingplattformen besser zu bestehen. RTL+, Sky und der Streaminganbieter WOW kommen in Deutschland, Österreich und der Schweiz gemeinsam auf 12,3 Millionen Abonnentinnen und Abonnenten.

Die Fusion soll nach drei Jahren jährliche Synergien in Höhe von 250 Millionen Euro bringen, die sich durch programmatische Einsparungen und den Abbau von Doppelstrukturen ergeben sollen. Letztere werden sich in Verwaltung und Produktion finden sowie im redaktionellen Bereich. Dabei ist zu befürchten, dass es die Inhalte-Tochter RTL News, wie beim Stellenabbau im Frühjahr (siehe JOURNAL 1/26), besonders hart trifft. Erste Abbaumaßnahmen werden noch in diesem Jahr erwartet. Mögliche Betriebsübergänge, also ein Wechsel zu Sky unter Mitnahme bestehender Vertragskonditionen, stehen dann zum Stichtag 1. Januar 2027 an.

Mitte Juli will RTL Deutschland die Strategie für die kommenden Monate vorstellen. Aber bereits mit Abschluss der Übernahme wurden Zuständigkeiten neu sortiert. Dabei rückten die publizistischen Einheiten (RTL News, ntv und die Stern-Gruppe) in den Verantwortungsbereich von Stephan Schmitter.

Für die Redaktionen bei RTL News dürfte es eine gute Nachricht sein, dass Inga Leschek, die als Chief Content Officer jetzt die Bereiche Entertainment, Fiction, Sport und Studios verantwortet, nun nicht mehr für den News-Bereich zuständig ist. Leschek ließ die Beschäftigten gerne spüren, dass sie Nachrichten, aber auch andere journalistische Inhalte jenseits des Sports in erster Linie als Kostenfaktor sieht, der keine Erträge erwirtschaftet.

Stephan Schmitter betonte in der Pressemitteilung zum Neuzuschnitt der Verantwortlichkeiten dagegen, dass Journalismus für RTL Deutschland weit mehr sei als ein Programmbereich, er sei „das Rückgrat von RTL Deutschland“: Für ihn ist Journalismus „Haltung, Verantwortung, Orientierung. Und gerade in einer Zeit voller Unsicherheit, Polarisierung und permanenter Veränderung ist glaubwürdiger Journalismus wichtiger denn je.“ Schmitter äußerte „größten Respekt vor der täglichen Arbeit unserer Journalistinnen und Journalisten“ und betonte, die journalistischen Marken bei RTL bildeten „eines der stärksten publizistischen Kraftzentren Deutschlands. Darauf sind wir stolz. Und deshalb werden wir weiter konsequent in Journalismus, Qualität, digitale Transformation und Vertrauen investieren.“

Ziel: Ein „Informationsschutzschild“ für Osteuropa

Die Deutsche Welle (DW) und France Médias Monde (FMM) bauen ihre Zusammenarbeit aus, um unabhängige Informationen zu stärken und mit faktenbasierter journalistischer Berichterstattung der russischen Propaganda entgegenzutreten. Ziel dieser europäischen Medienallianz gegen Desinformation ist der Aufbau eines „Informationsschutzschilds“ mit Schwerpunkt Osteuropa. Im Sommer 2025 hatten die beiden Auslandssender im Vorfeld der Wahlen in der Republik Moldau eine gemeinsame Informationsoffensive als Pilotprojekt gestartet. Ihre Zusammenarbeit haben sie im Dezember 2025 mit einer Absichtserklärung (Memorandum of Understanding) institutionalisiert. Als erste Maßnahme haben DW und FMM im Büro von RFI Romania in Bukarest ein Co-Working-Office eröffnet. Die jetzt vereinbart vertiefte Zusammenarbeit am Informationsschutzschild ist ein weiterer Schritt dieser strategischen Partnerschaft.

Bei den Wahlen in Ungarn und der Republik Moldau habe es massive Versuche gegeben, mittels Desinformation Einfluss auf Abstimmungen zu nehmen, erklärte DW-Intendantin Barbara Massing. „Wer in diesen turbulenten Zeiten die Demokratie verteidigen will, muss freie Informationen und Zugang zu Fakten durch unabhängige Medien gewährleisten.“

Der Informationskrieg sei ein wesentlicher Bestandteil des gegenwärtigen hybriden Kriegs, erklärte Marie-Christine Saragosse, Vorstandsvorsitzende und Geschäftsführerin von FMM. Dies sei eine direkte Bedrohung für Demokratien. Deswegen wollten die beiden Auslandssender ihre Aktivitäten insbesondere in Europa und seinen Randgebieten koordinieren und stärken. Die internationalen öffentlich-rechtlichen Medien bezeichnete Saragosse als „Instrumente des demokratischen Widerstands und der demokratischen Resilienz“.



Foto: Anja Cord

Funke steigt (mal wieder) aus

Die Funke Mediengruppe hat im Juni ihren Austritt aus dem Medienverband der freien Presse (MVFP) angekündigt. Zum 30. Juni 2027 soll Schluss sein. Der MVFP verliert damit ein bedeutendes Mitglied. Als Grund nannte Funke Zweifel am nachhaltigen Reformwillen und der Zukunftsfähigkeit des Medienverbands. Man sei mit dem Vorgehen zur Festlegung der Wahlkandidaten und der dazu erfolgten Kommunikation nicht einverstanden, erklärte der Medienkonzern unter anderem gegenüber dem Branchendienst epd Medien.

Funke bezog sich darauf, dass Lars Joachim Rose, Verleger der Mediengruppe Klambt, als Nachfolger des bisherigen Vorstandsvorsitzenden Philipp Welte (ehemals Burda) vorgeschlagen war. Welte hatte angekündigt, nicht erneut zu kandidieren. Die MVFP-Delegiertenversammlung wählte Rose am 1. Juni einstimmig. Auch weitere Vorstandsposten wurden neu besetzt.

Funkes angekündigter Rückzug weckt Erinnerung an den Austritt der Funke-Gruppe aus dem Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger (BDZV). Diesem kehrte Funke Ende 2022 nach monatelangen Verbandsquerelen den Rücken, weil sie mit dem Agieren des geschäftsführenden Präsidiums unter Führung von Mathias Döpfner nicht einverstanden waren. Auch bei dieser Gelegenheit äußerte Funke Zweifel an der Veränderungsbereitschaft des Verbands.

Damals warb Funke für einen großen Verband, in dem der BDZV mit anderen Verlegerverbänden verschmelzen sollte: konkret mit dem VDZ (Verband der Zeitschriftenverleger), dem BVDA (Bundesverband Deutscher Anzeigenblätter) und dem VDL (Verband Deutscher Lokalzeitungen). Aus dem VDZ wurde – ebenfalls 2022 – im Zuge einer Strukturreform der Medienverband der freien Presse. Vielleicht ein Versuch, den erhofften Zusammenschluss im Namen schon mal vorzubereiten.

Geworden ist daraus bekanntlich nichts. Das dürfte auch daran liegen, dass die Interessen zu unterschiedlich sind. Nicht nur innerhalb des BDZV ist es schwer, einen gemeinsamen Nenner für kleine und große Medienhäuser zu finden.

LfM NRW fordert Podcaster nach Höcke-Interview zu Richtigstellung auf

Benjamin Berndt, Host des Podcasts {ungescriptet} aus Köln, hat angekündigt, gegen eine Korrekturaufforderung der Landesanstalt für Medien NRW (LfM NRW) zu einem Interview mit Björn Höcke im Zweifel bis zum Bundesgerichtshof zu klagen. Das erklärte Berndt gegenüber dpa.

Bundesweit bekannt wurde Berndt durch ein mehr als vierstündiges Interview mit Björn Höcke, dem Vorsitzenden der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag. Der Podcaster ließ diesen weitgehend ungestört reden, stellte keine kritischen Nachfragen und ordnete Höckes Äußerungen nicht ein. Ein Millionenpublikum sah das Gespräch auf YouTube.

Die für Medienaufsicht zuständige LfM NRW hat Berndt schriftlich dazu aufgefordert, einer von Höckes Falschaussagen im Gespräch nachträglich zu widersprechen – also der journalistischen Sorgfaltspflicht Folge zu leisten. Der AfD-Politiker hatte fälschlicherweise behauptet, dass Hitlers SA „kein Motto“ gehabt habe. Auch nicht den Slogan „Alles für Deutschland“, für dessen Gebrauch Höcke bereits zweimal verurteilt worden ist. Die LfM monierte, dass Berndt dem hätte widersprechen müssen. Da das im Gespräch unterblieb, müsse er die Falschaussage zumindest nachträglich noch richtigstellen. Zunächst wurde er um eine Stellungnahme gebeten.

Berndt weigert sich bisher, das Gespräch so zu ergänzen, weil er sich nicht als Journalist sondern als „Gastgeber“ sehe. Er habe „keine Ahnung von journalistischer Sorgfaltspflicht“ und erkenne deshalb eine Zuständigkeit der LfM, sein Interview zu regulieren, nicht an. (Übrigens obwohl er sich im Impressum des Podcasts selbst als „redaktionell verantwortlich“ bezeichnet, worauf Stefan Niggemeier in Übermedien hinweist.) Er wolle nicht „in Sippenhaft“ dafür genommen werden, was seine Gesprächspartner im Podcast sagen, erklärte Berndt. Die Aufforderung der LfM sieht er als behördlichen Versuch einer Zensur, was ihm viel Applaus aus der extrem rechten Ecke einbringt.

Die LfM pocht dagegen auf die Rechtslage: Es sei unerheblich, ob sich jemand selbst als Journalist bezeichne oder nicht. Vielmehr komme es darauf an, was er konkret tue: „Wer Themen auswählt, Gespräche führt, Rückfragen stellt, Inhalte aufbereitet und präsentiert, gestaltet ein Angebot journalistisch-redaktionell“, betonte ein Sprecher der LfM gegenüber dpa.

WDR-Gesetz: Ausnahmeregelung für die Landtagsbank sorgt für Ärger

Im März hat der NRW-Landtag mit den Stimmen der Regierungsfraktionen CDU und Grüne das 22. Rundfunkänderungsgesetz verabschiedet und damit das WDR-Gesetz und das Landesmediengesetz novelliert (siehe JOURNAL 1/26). Dabei hat die Politik für die Mitgliedschaft in den Aufsichtsgremien des WDR eine Ausnahmeregelung in eigener Sache geschaffen, die für Verärgerung sorgt: Seit 2021 galt für alle Mitglieder im Rundfunkrat und im Verwaltungsrat eine Begrenzung auf drei fünfjährige Amtsperioden (also höchstens 15 Jahre). Für die vom Landtag NRW entsandten Mitglieder, auch als Landtagsbank bezeichnet, wurde diese Amtszeitbegrenzung mit der aktuellen Gesetzesnovelle aufgehoben.

„Mit dieser Änderung stärkt die Politik ihren Einfluss auf den Landessender WDR durch die Hintertür", kritisiert Volkmar Kah, Geschäftsführer des DJV-NRW. „Mitglieder der Landtagsbank können damit unbegrenzt viele Amtszeiten im Rundfunkrat absolvieren, solange sie vom Landtag erneut entsandt werden. Sie bauen so einen deutlichen Erfahrungsvorsprung vor anderen Mitgliedern des Rundfunkrats aus, die von verschiedenen Institutionen und Verbänden entsandt werden und sich zunächst in die sehr komplexe Materie der Medienpolitik einarbeiten müssen."

Der NRW-Landtag entsendet 13 Personen in den WDR-Rundfunkrat, davon dürfen maximal neun einem Parlament angehören. Insgesamt hat der aktuelle Rundfunkrat 55 Mitglieder. Nach der Neukonstituierung im Dezember 2026 werden es 54 Mitglieder sein.

Zahlenmäßig werden zwar die Vorgaben aus dem sogenannten ZDF-Urteil von 2014 weiterhin eingehalten, mit dem das Bundesverfassungsgericht der politischen Einflussnahme in Aufsichtsgremien Grenzen gesetzt hatte. Aber die neue Regelung erlaubt es politischen Akteurinnen und Akteuren, über Jahrzehnte hinweg eine potenziell dominante Rolle in der Aufsicht über Programm, Haushalt und strategische Weichenstellungen des WDR zu spielen.

Bei den im März verabschiedeten Änderungen des WDR-Gesetzes ging es im Wesentlichen um Anpassungen an Anforderungen aus dem Reformstaatsvertrag, der seit 1. Dezember 2025 in Kraft ist (siehe JOURNAL 4/25). Außerdem wurden die Regelungen für Programmbeschwerden überarbeitet und das neue Instrument der Ermahnung eingeführt.

Der DJV-NRW hatte sich mit einer Stellungnahme und in der mündlichen Anhörung und ausführlich zur Novelle geäußert. Allerdings wurde die Regelung zur Abschaffung der Obergrenze für die vom Landtag entsandten Vertreterinnen und Vertreter erst nach der Anhörung ins Gesetz eingebracht, sodass Institutionen, Organisationen und Zivilgesellschaft keine Möglichkeit zu einer Äußerung hatten.

„Dieses Vorgehen dämpft das Misstrauen nicht gerade, das wir als DJV-NRW bei dem ganzen Vorgang empfinden", erklärt Kah. „Schon in der laufenden Amtszeit war zu beobachten, dass einige Vertreterinnen und Vertreter ihr Amt parteipolitischer ausgeübt haben, als das in der Vergangenheit üblich war. Um die Staatsferne zu sichern, fordern wir den Landtag auf, diese Regelung zurückzunehmen, die auch dazu beiträgt, das Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu untergraben."||

Gutachten: Suchmaschinen müssen für KI-generierte Übersichten haften

Suchmaschinen stellen zunehmend KI-generierte Antworten zur Verfügung, wie etwa die AI-Overviews bei Google. Wenn sie damit falsche Informationen verbreiten, müssen sie haften. Zu diesem Ergebnis kommt das Gutachten „Integration von KI-Anwendungen in Suchmaschinen", das die Professoren Jan Oster und Christoph Busch im Auftrag der Landesmedienanstalten erstellt haben.

Danach greift das europäische Haftungsprivileg für reine Suchmaschinen oder Hosting-Provider nicht für die KI-generierten Texte in den Übersichten. Denn in diesem Fall listen die Systeme nicht bloß Informationen Dritter auf, sondern generieren neue Texte. Es handelt sich also um eigene Inhalte. Die Landesmedienanstalten fordern nun eine neue Regulierung für die Haftung von KI-Übersichten in Suchmaschinen.

Bislang hat Google das Haftungsprivileg auch für die KI-Übersichten in Anspruch genommen. Dank dieses Privilegs können Suchmaschinen Inhalte, die sie im Internet zusammentragen, ohne Überprüfung für Nutzende als Ergebnisliste zur Verfügung stellen. Ohne diese rechtliche Sonderregel wären Suchmaschinen nicht denkbar, weil die Prüfung der Inhalte angesichts der Massen täglicher Suchanfragen nicht zu bewältigen wäre.

Ende Mai kam ein Urteil des Landgerichts München (Az. 26 O 869/26) zu einem ähnlichen Ergebnis wie das Gutachten der Medienanstalten. Geklagt hatten zwei deutsche Verlage, weil Googles KI-Übersicht Informationen über die Unternehmen verbreitet hatte, die aus ihrer Sicht rufschädigend waren. Das Gericht bestätigte, dass Google für die Inhalte der KI-Übersicht verantwortlich ist, und verhängte eine einstweilige Verfügung./



Foto: CDU/Jan Düfelsiek

Moderiert von Yana Eich (l.) und Niklas Klümper (r.) diskutierten (v. l). Nathanael Liminski, Markus Beckedahl, Andrea Hansen und Tobias Schmid darüber, wie auf Plattformen Zugang zu verlässlichen Informationen und ein fairer digitaler Diskurs gesichert werden können.

Wo Medienregulierung notwendig ist

„Wer kuratiert, haftet, und wer nutzt, zahlt" – diese beiden zentralen politischen Forderungen zur Plattformregulierung schrieb Andrea Hansen, Vorsitzende des DJV-NRW, der CDU Nordrhein-Westfalen für deren kommendes Wahlprogramm ins Stammbuch. Hansen nahm beim 48. Landesparteitag der CDU NRW am 4. Juli am Themenforum „(Soziale) Medien respekt- und verantwortungsvoll nutzen" teil. Sie diskutierte in Düsseldorf mit dem Chef der Staatskanzlei, Nathanael Liminski, Markus Beckedahl (Geschäftsführer Zentrum für Digitalrechte) und Tobias Schmid (Direktor der Landesanstalt für Medien NRW) darüber, wie sich Freiheit, Vielfalt und Verantwortung in Medien miteinander verbinden lassen und welche Rolle Plattformen, Regulierungen und der Zugang zu verlässlichen Informationen für einen fairen digitalen Diskurs haben. Die CDU hatte in zwölf Themenforen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Praxis und Fachwelt eingeladen, um die inhaltlichen Grundlagen für ihr Wahlprogramm 2027 zu legen.

Ein zentrales Problem der Pressefreiheit liegt für Hansen längst in der Frage, welche Inhalte im Netz überhaupt sichtbar werden. Algorithmen treffen als mächtige Gatekeeper mit der Auswahl eine redaktionelle Entscheidung – ohne Redaktion. „Transparenz ist deshalb das Minimum, nicht das Maximum", betonte Andrea Hansen. „Was Public Value ist, entsteht in unabhängigen Redaktionen, es lässt sich weder von Kalifornien aus programmieren, noch aus Düsseldorf verordnen." Sie pochte darauf, dass eine Plattform, die über Reichweite bestimmt, sich de facto verhält wie ein Medium. Deshalb sei eben klar: Wer kuratiert, haftet.

„Der Digitale-Medien-Staatsvertrag, Teil 2, wäre für die Politik die Gelegenheit, das Haftungsprivileg selbst aufzuheben", schlug Hansen vor. Auch KI fresse die Sichtbarkeit, von der der Journalismus lebt, und nutze journalistische Inhalte ohne Vergütung. Aber: Wer Inhalte nutze, müsse die Urheberinnen und Urheber dafür bezahlen, forderte Hansen: „Das könnte fair und kollektiv über die Verwertungsgesellschaften laufen und nicht über ein Leistungsschutzrecht, das die Verlage stärkt und die Urheberinnen und Urheber vergisst."|| **Carmen Molitor**

Informationsfreiheitsgesetz erhalten!

Die Bundesregierung plant eine Verschärfung des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG). Wie Anfang Juli bekannt wurde, soll der Kreis der Anfrageberechtigten verkleinert werden. Anfragen sollen zudem nur bei begründetem Interesse möglich sein.

Verbände, Journalistenorganisationen und Datenschützer haben diese Pläne scharf kritisiert. So appellierte der DJV an die Abgeordneten des Bundestags, den von den Koalitionsspitzen beschlossenen Änderungen am IFG die Zustimmung zu verweigern. Der DJV-Bundesvorsitzende Mika Beuster sagte: „Es ist am Deutschen Bundestag, die Informationsfreiheit am Leben zu erhalten."

Als einen schwerwiegenden Schlag gegen den investigativen Journalismus bezeichnet das Netzwerk Recherche die Pläne. Wenn diese durchkämen, werde es deutlich schwieriger, die Vorgänge in deutschen Behörden zu durchleuchten. Die Nichtregierungsorganisation Frag den Staat bezeichnete das Vorhaben als „größten Angriff auf staatliche Transparenz in der Geschichte der Bundesrepublik". Sie kritisierte unter anderem, dass die Namen aller Behördenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter geschwärzt werden sollen. So ließe sich nicht mehr prüfen, wer für behördliche Entscheidungen Verantwortung trägt. Ihre Petition gegen die Reform hatte mehr als 300 000 Unterschriften gesammelt./**CM**



Foto: Antonioguillem/fotolia.de

HOCHSCHULEN IN NRW

Studieren wird bei jungen Leuten immer beliebter. Das ist das Ergebnis einer Studie des Landesamts für Statistik. In Nordrhein-Westfalen sind seit Beginn des Wintersemesters 2025/26 rund 707.000 Studierende immatrikuliert. Die Auswahl ist vielfältig: 14 Universitäten, 16 Fachhochschulen, sieben staatliche Kunst- und Musikhochschulen, 28 private und kirchliche Hochschulen sowie fünf Verwaltungshochschulen haben hier ihren Hauptsitz. Rund 9,39 Milliarden Euro gaben die Hochschulen in NRW im Jahr 2024 für Lehre und Forschung aus. Ohne Zuschüsse der Hochschulträger beliefen sich die Einnahmen im gleichen Jahr auf rund 2,6 Milliarden Euro.

Im laufenden Wintersemester 2025/26 sind an den nordrhein-westfälischen Hochschulen rund 707.000 Studierende eingeschrieben. Wie Information und Technik Nordrhein-Westfalen als Statistisches Landesamt anhand vorläufiger Ergebnisse mitteilt, sind das rund 5.700 bzw. 1 % mehr Studierende als im Wintersemester 2024/25. Damit verzeichnen die Studierendenzahlen erstmals seit fünf Jahren wieder einen leichten Anstieg.

In den vergangenen Jahren starteten die Studienanfänger immer jünger ins Studium. 2024 waren 58.750 Neuanfänger*innen im Alter von 20 oder 21 Jahren. 51,4 Prozent davon waren Frauen, 48,6 Prozent Männer. Früher mit dem Studium zu beginnen, zeichnet sich als Trend ab: Durch die verkürzten Abiturzeiten war es Schülerinnen und Schülern möglich, sich früher in einen Studiengang einzuschreiben. Rund 42,6 Prozent der Studierenden im Jahr 2022 waren zu Beginn des Studiums 18 und 19 Jahre alt. Im Jahr 2023 liegt das Durchschnittsalter von Studienanfängerinnen und -anfänger bei 24 Jahren. 2024 ist die Zahl der Studienanfänger*innen auf etwa 90.000 gesunken, was einem Rückgang von rund 1,2 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Frauen und auch Männer haben in den vergangenen Jahren das Studium einer Ausbildung vorgezogen. Im ersten Hochschulsemester stieg die Zahl der weiblichen Studierenden etwas schneller an. Das führte dazu, dass der Frauenanteil insgesamt langsam anstieg. 2011, mit dem Wegfall des Wehr- und Zivildiensts, gab es einen besonders hohen Wert an männlichen Studienbewerber zu verzeichnen. Binnen zehn Jahren stieg der Anteil an weiblichen Studierenden im ersten Semester, mit 50,4 Prozent stellten sie 2016 erstmals die Mehrheit in Nordrhein-Westfalen.







VERSICHERUNGEN IN NRW



Foto: sepi/fotolia.de

Die Versicherungsbranche ist eine der umsatzstärksten Branchen in ganz Deutschland. Statistiken der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) messen eine Zahl von 253,6 Milliarden Euro Beitragseinnahmen (Stand 2025). Zudem ist die Branche einer der größten Arbeitgeber bundesweit. Mehr als 480.300 Mitarbeitende arbeiten für ein Versicherungsunternehmen oder befinden sich im Vermittlergewerbe. Für den Nachwuchs ist im Versicherungsbereich ebenfalls gesorgt: Insgesamt 11.700 junge Leute wurden 2025 von den Versicherungsunternehmen ausgebildet.

Die Versicherungsbranche leistet einen entscheidenden Beitrag, die Risiken der Bürgerinnen und Bürger sowie vieler Unternehmen abzusichern: Die Branche verzeichnete 501,5 Millionen Verträge ihrer Versicherten. In Nordrhein-Westfalen kümmern sich rund 79.340 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Versicherungsgewerbe darum, den Belangen ihrer Kundschaft gerecht zu werden. Die vier größten und wichtigsten Zentren der Versicherungsbranche in Nordrhein-Westfalen sind in Köln, Düsseldorf, Dortmund und Münster. Köln belegt bundesweit den zweiten Platz im Ranking mit einer Zahl von 26.070 Mitarbeitern. Düsseldorf landet auf Platz 6 mit 12.090 Beschäftigten.

Organisiert ist die Branche im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. ***(www.gdv.de)*** und im Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen in Deutschland e. V. ***(www.agv-vers.de)***.

Branchenspecial: Banken & Sparkassen in NRW

JOURNAL Ausgabe 3/2026
Anzeigenschluss: 14.09.2026

Bei Fragen steht Ihnen gerne
Meinhard Drucks, RDN Verlags GmbH,
zur Verfügung
Tel.: 02361 490491-13
Mail: m.drucks@rdn-online.de

SIGNAL IDUNA Pressestelle:

Edzard Bennmann
Pressesprecher, Leiter Unternehmenskommunikation
Telefon 0231 135-3539
edzard.bennmann@signal-iduna.de

Ann-Kathrin Löchtefeld
Pressesprecherin (Stellvertreterin)
Schwerpunkte: Private Krankenversicherung
Telefon 0231 135-2514
ann-kathrin.loechtefeld@signal-iduna.de

Claus Rehse
Pressesprecher (Stellvertreter)
Schwerpunkte: Unfall- und Sachversicherungen
Telefon 0231 135-4245
claus.rehse@signal-iduna.de

Thomas Wedrich
Pressesprecher (Stellvertreter)
Schwerpunkte: Lebensversicherungen, Finanzdienstleistungen
Telefon 040 4124-3834
thomas.wedrich@signal-iduna.de

SIGNAL IDUNA Gruppe, 44121 Dortmund oder 20351 Hamburg

SIGNAL IDUNA

ENTSORGUNGSWIRTSCHAFT IN NRW



Nordrhein-Westfalen – ein eng besiedeltes und industriell geprägtes Bundesland. Sowohl in den über 8,5 Millionen privaten Haushalten als auch bei Bau- und Abbruchmaßnahmen entstehen regelmäßig viele Abfälle. 454,2 Kilogramm Haushaltsabfälle zählte der Landesbetrieb IT.NRW pro Person im Jahr 2024 – im Jahr 2022 waren es pro Person 441 kg. Entsorgung von Abfällen ist daher besonders wichtig. Die Nutzung der in den Abfällen enthaltenen Rohstoffe und Energie erfolgt über ein flächendeckendes Netz an Anlagen im NRW. Diese werden dort umweltverträglich verwertet und beseitigt.

Etwa 31 Prozent der deutschen Sortieranlagen haben ihren Standort in Nordrhein- Westfalen. Auch in Sachen Umsätzen aus der Abfallverwertung führt Nordrhein-Westfalen das Ranking an.

Dank einer Marktgröße von etwa 33 Milliarden Euro (gemessen am absoluten Umsatz), setzt sich das Bundesland von den anderen ab und trägt damit die Bezeichnung „Kreislaufwirtschaftsland" in der Republik. Mit rund 315.000 Erwerbstätigen ist Nordrhein-Westfalen der größte Standort der Kreislaufwirtschaft in Deutschland. Das gab der BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft e. V." in der Studie „Statusbericht der deutschen Kreislaufwirtschaft" an. Für Sonderabfälle, oder auch als „Gefährliche Abfälle" bekannt, gelten bestimmte Regelungen. Die Entsorgung dieser ist in Nordrhein-Westfalen privatwirtschaftlich organisiert. Das Bundesland bietet ein breites Spektrum an Anlagen, um Sonderabfälle ordnungsgemäß zu behandeln, zu beseitigen und zu verwerten. Der Abfallwirtschaftsplan regelt, dass die Entsorgung aller in NRW anfallenden gefährlichen Abfälle gesichert ist. Dieser stellt die Strukturen der Sonderabfallwirtschaft sowie ihre zukünftige Entwicklung und Ziele dar.

REMONDIS®
IM AUFTRAG DER ZUKUNFT
REMONDIS SUSTAINABLE SERVICES GMBH
Michael J. Schneider
Pressesprecher
Unternehmenskommunikation
Brunnenstraße 138 · 44536 Lünen
Telefon: 02306-106515
michael.schneider@remondis.de

Sozialwirtschaft/ Wohlfahrtsverbände in NRW
JOURNAL Ausgabe 3/2026
Anzeigenschluss: 14.09.2026
Bei Fragen steht Ihnen gerne
Meinhard Drucks, RDN Verlags GmbH,
zur Verfügung
Tel.: 02361 490491-13
Mail: m.drucks@rdn-online.de



Ihr Ansprechpartner für Themen der Kreislaufwirtschaft

Die AGR Gruppe betreibt seit 1982 mit dem Abfallkraftwerk AGR RZR Herten eine Anlage zur thermischen Behandlung von Abfällen. Mit der hieraus gewonnenen Energie liefert das Abfallkraftwerk jährlich Strom für umgerechnet über 50.000 Haushalte. 25.000 Haushalte versorgt es zusätzlich mit klimafreundlicher Wärme. Die AGR arbeitet mit rund 950 Mitarbeitenden in den vier Geschäftsfeldern Thermik, Deponiemanagement, Abfalllogistik & Wertstoffgewinnung sowie Energiegewinnung. Damit leistet die AGR einen wichtigen Beitrag zur Entsorgungssicherheit in der Region.
AGR Gruppe – Für Mensch und Umwelt in der Region. **www.agr.de**

Pressekontakt:
AGR Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet mbH
Im Emscherbruch 11
45699 Herten

Markus Jablonski
Pressesprecher
Telefon: 02366 300- 820
E-Mail: markus.jablonski@agr.de

Nina Hasenkamp
Stellvertretende Pressesprecherin
Telefon: 02366 300- 823
E-Mail: nina.hasenkamp@agr.de

Pressestellen: Branchenspecials im DJV-JOURNAL

Das JOURNAL ist das Medienmagazin für NRW und erreicht 9.000 Journalistinnen und Journalisten sowie sämtliche Redaktionen des Landes. Zeigen Sie Gesprächsbereitschaft mit Ihrer Pressestellen-Anzeige:

JOURNAL 3/2026:
Sozialwirtschaft/Wohlfahrtsverbände in NRW | Banken & Sparkassen in NRW | Verkehrsunternehmen in NRW | Krankenkassen & Krankenversicherungen in NRW
Anzeigenschluss: 14.09.2026

1/8-Seite	(88B x 59H mm)	s/w	155,– Euro	1/4-Seite	(88B x 123H mm)	4c	395,– Euro
1/8-Seite	(88B x 59H mm)	4c	250,– Euro	1/4-Seite	(180B x 59H mm)	s/w	310,– Euro
1/4-Seite	(88B x 123H mm)	s/w	310,– Euro	1/4-Seite	(180B x 59H mm)	4c	395,– Euro

Druckvorlagen & Gestaltung – Sie haben die Wahl:
1. Gestaltung durch den Verlag nach einheitlichem Muster mit allen wichtigen Informationen (Ansprechpartner mit Themengebieten innerhalb der Pressestelle, Kontaktdaten, Unternehmenslogo).
2. Übersendung einer gestalteten Anzeige (pdf-Datei).

Info & Buchung: RDN Verlags GmbH
Meinhard Drucks · 02361 490491-13 · E-Mail: m.drucks@rdn-online.de

Deutsche Rentenversicherung Rheinland

Mehr Durchblick bei Reha und Rente

Francesco Fronholt
Leiter Referat Presse und Information
Königsallee 71, 40215 Düsseldorf
Telefon: 0211 937-2926
francesco.fronholt@drv-rheinland.de
Ausbildung bei uns: www.perfekt-starten.de
www.deutsche-rentenversicherung-rheinland.de



Deutsche Rentenversicherung Westfalen

Fragen zu Rente, Reha oder Prävention?

Sara Schwedmann
Pressesprecherin
Gartenstraße 194, 48147 Münster
Telefon 0251 238-2049
sara.schwedmann@drv-westfalen.de
www.deutsche-rentenversicherung-westfalen.de



Sparkassenverband Westfalen-Lippe

Kommunikation:
Andreas Löbbe
Tel.: 0251 2104-609
presse@svwl.eu
www.svwl.eu



Rheinischer Sparkassen- und Giroverband

Kommunikation und Medien

Notker Becker
Postfach 10 42 64
40033 Düsseldorf
Tel. 0211 38 92-232
presse@rsgv.de
www.rsgv.de

BKK Landesverband NORDWEST

Partner und Interessenvertretung der Betriebskrankenkassen gegenüber Presse, Politik und Öffentlichkeit

Georg Stamelos
Pressesprecher

Postfach 99 01 22
47298 Duisburg
Fon 0201-179-1516
Mobil 01522-88 75 975
Georg.Stamelos@bkk-nordwest.de

www.bkk-nordwest.de

Auf alle Fragen eine gute Antwort.
Weil du wichtig bist.

BarmeniaGothaer AG
Externe Kommunikation & Social Media
Telefon 0202 438 3649
presse@barmenia.de
presse@gothaer.de

Barmenia Gothaer

Krankenkassen & Krankenversicherungen in NRW

JOURNAL Ausgabe 3/2026
Anzeigenschluss: 14.09.2026

Bei Fragen steht Ihnen gerne
Meinhard Drucks, RDN Verlags GmbH,
zur Verfügung
Tel.: 02361 490491-13
Mail: m.drucks@rdn-online.de

SEIT 1803

Krombacher

Unternehmenskommunikation

presse@krombacher.de
www.krombacher.de/presse

Peter Lemm
Leiter Unternehmenskommunikation
Telefon: +49 (0) 2732 880 813
E-Mail: p.lemm@krombacher.de

Pia Munschek-Jung
Abteilungsleiterin Unternehmenskommunikation
Telefon: +49 (0) 2732 880 499
E-Mail: p.munschek-jung@krombacher.de

Krombacher Brauerei Bernhard Schadeberg GmbH & Co. KG
Hagener Straße 261 · 57223 Kreuztal

VELTINS

Brauerei C. & A. Veltins

Ulrich Biene
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
☎ 0 29 34 / 959 325 @ ulrich.biene@veltins.de

Kerstin Raschke
Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
☎ 0 29 34 / 959 327 @ kerstin.raschke@veltins.de

Julia Schuchardt
Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
☎ 0 29 34 / 959 326 @ julia.schuchardt@veltins.de

An der Streue
59872 Meschede-Grevenstein
Medienservice: www.bierpresse.de

Branchenspecial: Aus- & Weiterbildung für Journalisten

JOURNAL Ausgabe 4/2026
Anzeigenschluss: 07.12.2026

Bei Fragen steht Ihnen gerne
Meinhard Drucks, RDN Verlags GmbH,
zur Verfügung
Tel.: 02361 490491-13
Mail: m.drucks@rdn-online.de

Corporate Communications

DEICHMANN

Für alle Medienanfragen erreichen Sie uns unter:

E-Mail:
presse@deichmann.com

Christopher Zurheiden
Leitung

Sonja Schröder
Internationale Presse

Katharina Martin
Produkt-/Mode-PR

DEICHMANN SE, Deichmannweg 9, 45359 Essen

GESUNDHEIT



Bei Fragen rund um die Apotheke und die Versorgung mit Arzneimitteln stehen wir jederzeit gern zur Verfügung.



Jens A. Krömer
Apothekerkammer
Nordrhein
0211 8388-119
j.kroemer@aknr.de



Sebastian Sokolowski
Apothekerkammer
Westfalen-Lippe
0251 52005-82
s.sokolowski@akwl.de

Als Körperschaften des öffentlichen Rechts sind die Apothekerkammern Teil der berufsständischen Selbstverwaltung. In NRW vertreten sie die Interessen der rund 20.700 Kammerangehörigen, die in öffentlichen Apotheken, Krankenhäusern, Wissenschaft, Industrie und Verwaltung oder bei der Bundeswehr tätig sind. Die Apotheke vor Ort übernimmt eine hoheitliche Aufgabe: die sichere, vom Heilberuf getragene, wohnortnahe Versorgung der Menschen mit Arznei und Hilfsmitteln, 365 Tage im Jahr, rund um die Uhr.

WEIL ES UM MENSCHEN GEHT.
DIE APOTHEKE.

VERBÄNDE & VERSORGER



GELSENWASSER

Wasser, Abwasser, Kreislaufwirtschaft, Energie

WIR HELFEN WEITER.

Heidrun Becker
Pressesprecherin
Telefon: +49 209 708-247
presse@gelsenwasser.de
www.gelsenwasser.de

André Ziegert
Stellvertretender Pressesprecher
Telefon: +49 209 708-714
www.gelsenwasser-blog.de

Branchenspecial: Energieversorger in NRW

JOURNAL Ausgabe 4/2026
Anzeigenschluss: 07.12.2026

Bei Fragen steht Ihnen gerne
Meinhard Drucks, RDN Verlags GmbH,
zur Verfügung
Tel.: 02361 490491-13
Mail: m.drucks@rdn-online.de

KÜNFTIG BESSER ERKENNBAR

Kennzeichnungspflicht für bestimmte KI-Inhalte kommt

von Corinna Blümel

Künstliche Intelligenz ist im Alltag angekommen und wird von vielen genutzt. Aber die Kompetenz hält nicht immer mit, und auch das Vertrauen ist in der Bevölkerung unterschiedlich verteilt. Das gilt gerade auch für Medien, bei denen Befragte schwer unterscheiden können, ob Inhalte von Menschen oder Maschinen erstellt wurden (siehe Kasten). Der DJV fordert schon lange, dass KI-generierte oder -manipulierte Inhalte in den Medien gekennzeichnet werden.

Auf Basis des europäischen AI-Acts müssen Medienhäuser künftig bestimmte KI-generierte oder KI-manipulierte Inhalte klar erkennbar kennzeichnen – Stichtag ist der 2. Dezember 2026. Bis Ende August will die EU-Kommission dazu Guidelines vorlegen.

Die Pflicht wird vor allem für Inhalte gelten, die täuschend echt wirken oder die dazu dienen, die Öffentlichkeit zu informieren. Die Kennzeichnung muss transparent und verständlich sein, sie muss direkt am Inhalt selbst oder in unmittelbarer Nähe platziert sein, sodass die Zuordnung klar ist. Rein technische oder versteckte Hinweise reichen nicht.

Ausnahmen von der Pflicht

Redaktionell geprüfte und verantwortete Texte sollen von der Kennzeichnungspflicht ausgenommen sein, auch wenn sie ursprünglich mit KI erstellt wurden. Die redaktionelle Prüfung muss allerdings mehr sein als ein einfaches „Drüberschauen".

Im Umkehrschluss heißt das: KI-generierte Texte mit öffentlichem Informationsgehalt sind kennzeichnungspflichtig, wenn sie ohne ausreichende Prüfung durch einen Menschen veröffentlicht werden. Über die Abgrenzung, ab wann für Texte jenseits redaktioneller Seiten ein „öffentlicher Informationsgehalt" festzustellen ist, wird in Zukunft sicher noch gestritten werden.

Visuelle und Audio-Inhalte

Da visuelle Deepfakes und realistische Manipulationen eine hohe Wirk- und Überzeugungskraft haben, müssen vor allem sie als KI-generiert oder KI-manipuliert gekennzeichnet werden. Das gleiche gilt für synthetische Stimmen sowie für KI-generierte Audio-Inhalte. Je nachdem wie eng die Verpflichtung künftig ausgelegt wird, kann die akustische Kennzeichnung Radiowellen vor Probleme stellen, weil solche Hinweise beim Hören viel stärker als Störfaktor wahrgenommen werden.

Transparenzpflichten entstehen im Übrigen auch, wenn Nutzerinnen und Nutzer mit einem KI-System interagieren, also etwa bei Chatbots oder automatisierten Assistenten.

Um die Kennzeichnungspflicht für Redaktionen und Einzelpersonen handhabbar zu machen, arbeitet der DJV derzeit an FAQ. ||

KI in Medien und Werbung: schwer zu unterscheiden

Ist erkennbar, wenn KI in der Berichterstattung eingesetzt wird? Einer Studie zufolge sind 65 Prozent der Befragten häufig unsicher, ob Inhalte von Menschen oder Maschinen erstellt wurden. 73 Prozent haben den Eindruck, dass KI zunehmend zum Einsatz kommt. Das zeigt eine repräsentative Studie zur Nutzung von KI in Medien und Werbung, die ARD Media, Tochtergesellschaft der ARD-Werbegesellschaften, im Mai veröffentlicht hat.
Den Einsatz von KI im Journalismus sehen danach 54 Prozent negativ. Allerdings wird entlang der Produktionskette differenziert: KI-gestützte Recherche und Datenanalyse stoßen auf vergleichsweise hohe Zustimmung (64 Prozent). Vollständig generierte Inhalte – insbesondere visuelle Formate wie Bilder oder Videos – werden mehrheitlich abgelehnt (66 Prozent). Skepsis lösen auch automatisierte Personalisierung und algorithmische Selektionslogiken aus. Das gilt besonders, wenn keine redaktionelle Verantwortung erkennbar ist.
Ein ähnliches Bild ergibt sich für Werbung, bei der 61 Prozent der Befragten nach eigenen Angaben häufig unsicher sind, ob sie mit KI erstellt wurde.
63 Prozent finden, dass KI-generierte Werbung schwer von klassischer Werbung zu unterscheiden ist./**cbl**

DIE STARKEN SOLLEN DEN SCHWACHEN HELFEN

Der U-Verein kann in Notlagen einspringen

von Raphael Balke

Der Unterstützungsverein im DJV steht Kolleginnen und Kollegen in finanziellen Krisen zur Seite. Die Starken sollen den Schwachen helfen: Diese Idee prägt den Verein, und das ist auch die Überzeugung des Vorsitzenden Frank Stach. Damit das so bleibt, ist der Verein selbst auf Unterstützung angewiesen.

Zehn bis fünfzehn Kolleginnen und Kollegen hilft der U-Verein, wie er meist genannt wird, jährlich. Seit 1960 springt er ein, wenn staatliche Hilfen nicht ausreichen. Ein Gremium aus zwei bis drei Mitgliedern entscheidet über die Anträge. „Wir helfen dabei, Notsituationen zu überbrücken", erklärt Stach. Er nennt Beispiele: wenn freie Journalistinnen oder Journalisten plötzlich langjährige Auftraggeber verlieren, wenn Zahlungen ausbleiben oder bei langfristigen Erkrankungen. Also immer dann, wenn Kolleginnen und Kollegen unverschuldet in Krisensituationen geraten.

Manche können keine Rücklagen bilden

Schon die Beispiele zeigen, dass Freie besonders gefährdet sind. „Man sollte immer vorsorgen", erklärt Stach, „aber wenn das Schicksal einen mit einer Notsituation trifft, ist der U-Verein da." Zudem sei bei manchen Kolleginnen und Kollegen der Verdienst schlicht nicht hoch genug, um Rücklagen bilden zu können. Je nach Einzelfall vergibt der U-Verein dann beispielsweise zinslose Darlehen oder Einmalhilfen. Andere erhalten eine kleine regelmäßige Unterstützung, etwa, weil die Rente nicht ausreicht.

Obwohl der U-Verein anderen seit mehr als 60 Jahren solidarisch hilft, ist er auch selbst auf Unterstützung angewiesen. „Wir merken, dass die Bedürftigkeit so groß ist, dass es auf lange Sicht unser Kapital aufzehrt", sagt Stach. Ohne zusätzliche Spenden sei die Arbeit langfristig nicht möglich. „Mir bereitet das große Sorgen. Wir brauchen eine Lösung, wie wir dauerhaft mehr Spenden generieren", erklärt der Vorsitzende.

Suche nach neuen Einnahmequellen

Dafür versucht der U-Verein, zwei neue Einnahmequellen zu erschließen. Dazu gehören zum einen Bußgelder, die von Gerichten angeordnet werden. Weil der U-Verein gemeinnützig ist, können Richterinnen oder Richter ihn als Empfänger von Bußgeldzahlungen auswählen. Im April musste beispielsweise ein Student aus Düsseldorf ein Bußgeld von 500 Euro an den U-Verein zahlen.

Zum anderen versucht der Verein, Menschen zu erreichen, die den Verein in ihr Testament aufnehmen. „Das sind Menschen mit einem starken Solidaritätsgedanken, die etwas weitergeben möchten", sagt Stach.

Besonders könnte allerdings noch eine weitere Gruppe helfen, wenn sich das Potenzial ausschöp-

Der U-Verein

Der Unterstützungsverein (kurz U-Verein) ist mit dem DJV-NRW eng verbunden, aber eigenständig. Er steht Journalistinnen und Journalisten in finanzieller Not zur Seite. Die Grundlage dafür bilden unter anderem die Mitgliedsbeiträge und Spenden. Für einen Jahresbeitrag von 15 Euro – gerne auch mehr und steuerlich absetzbar– kann man Mitglied werden. Infos unter **djv-nrw.de/u-verein** oder dem QR-Code rechts.

Vorstand verjüngt

Seit mehr als anderthalb Jahren ist WDR-Redakteur Frank Stach aus Recklinghausen Vorsitzender des Unterstützungsvereins NRW (kurz U-Verein). Bei seiner Wahl im November 2024 hat sich der ehemalige Landesvorsitzende des DJV-NRW das Ziel gesetzt, den Vorstand weiter zu verjüngen.

Das ist auf der Mitgliederversammlung am 18. Dezember 2025 gelungen. Stach wurde im Amt bestätigt. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wählte die Versammlung Kay Bandermann aus Dortmund, er arbeitet als freier Journalist für den WDR und hat bis vor kurzem den Presseverein Ruhr Dortmund/Kreis Unna geleitet.

Schatzmeister bleibt Christian Herrendorf, Redaktionsleiter und Geschäftsführer bei VierNull, dem unabhängigen lokaljournalistischen Portal aus Düsseldorf. Als Beisitzerinnen im Amt bestätigt wurden Ursula Posny aus Düsseldorf und Petra Grünendahl, freie Journalistin aus Duisburg. Als neue Beisitzerin ist Jennifer Ketteler zum Team gestoßen, stellvertretende Leiterin Redaktion Krefeld bei der Westdeutschen Zeitung.



Foto: Uwe Völkner / FOX Fotoagentur

Frank Stach, ehemaliger Landesvorsitzender des DJV-NRW, hat Ende 2024 den Vorsitz im U-Verein übernommen.

fen ließe: die DJV-Mitglieder. „Man muss einfach mal vergleichen, wie viele Menschen im DJV Mitglied sind und wie viele davon im U-Verein", sagt Stach. Während der DJV-NRW rund 5 000 Mitglieder zählt, hat der U-Verein des Landesverbands nur rund 200.

Die Mitgliedschaft im U-Verein kostet jährlich 15 Euro. Möglich ist es natürlich auch, einen höheren Jahresbeitrag zu entrichten oder eine Einzelspende zu leisten. Ob 15 Euro oder ein höherer Betrag: Die gesamte Summe ist steuerlich als Sonderausgabe absetzbar.

Wer sich beim U-Verein engagieren möchte, kann das beispielsweise bei der jährlichen Jahreshauptversammlung tun. „Neue Mitglieder sind herzlich willkommen", sagt Stach und ergänzt: „Wir haben das gleiche Problem wie viele Vereine: Die Zahl der Leute, die sich engagieren möchten, ist eher rückläufig." Erfreulicherweise ist es aber in den vergangenen Jahren gelungen, den Vorstand zu verjüngen (siehe oben).

Mehr Nutzwert geplant

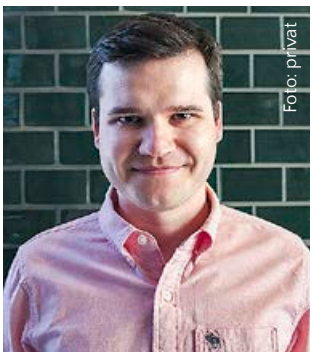
Aktuell arbeitet der Verein daran, die Website auszubauen (Link und QR-Code siehe links). So ist angedacht, dort Informationen in Richtung Finanzbildung anzubieten – beispielsweise einen Rentenrechner. „Dann könnte die Website mehr Service-Charakter erhalten, ganz nach dem Motto ‚Wie baue ich meine Rente auf?'", erklärt Stach. Das könne die Marke „U-Verein" stärken.

Für die Zukunft hat Stach außerdem einen paradoxen Wunsch: „Am besten wäre, dass es den U-Verein gar nicht braucht." Dann hätten alle Menschen ein entsprechendes Einkommen und seien geschützt. „Wenn keiner mehr auf die Leistung angewiesen ist, dann ist die Gesellschaft besser geworden", sagt Stach.||

SEMINARE

VIDEO-PRODUKTION MIT KI/ FOTO-PRODUKTION MIT KI

KI-generierte Bilder und Videos sind aus der redaktionellen Arbeit und der Massenproduktion kaum wegzudenken. Mit zwei getrennten Seminaren bietet der DJV-NRW einen kompakten Einstieg. Referent ist Oskar Vitlif.


Foto: privat

Video/Bewegtbild

Bewegtbild dominiert den digitalen Journalismus – und künstliche Intelligenz verändert gerade grundlegend, wie Videos geplant, produziert und verbreitet werden. Vom automatisierten Skript über KI-gestützte Recherche bis hin zur vollständigen Generierung von Videosequenzen eröffnen sich Redaktionen neue Möglichkeiten, schneller und effizienter zu arbeiten.
Dieses Onlineseminar gibt einen praxisnahen Überblick über den aktuellen Stand der KI-Videotechnologie. Teilnehmende lernen, welche Tools bereits produktionsreif sind und wie sie sinnvoll in redaktionelle Workflows integriert werden können. Sie bekommen Tipps für die KI-gestützte Planung und erfahren etwas über das Prompting in der Videogenerierung. Nicht zuletzt befasst sich das Seminar mit der Qualitätsbewertung und den Grenzen KI-generierter Videos sowie mit ethischen Fragen.

Seminar-Info

Videoproduktion mit KI

Datum: 3.9.2026 / Zeit: 9:30 – 16:30 Uhr
Mitglieder: € 99,00 |
Nichtmitglieder: € 149,00

Anmeldung bis 20.8.2026
www.djv-nrw.de/seminare

Bild

KI-generierte Bilder haben in kurzer Zeit eine Qualität erreicht, die klassische Stockfotos in vielen Bereichen ersetzen kann. Für Redaktionen entstehen damit neue Möglichkeiten, aber sie müssen auch ethische und praktische Grenzen kennen und entscheiden, wie sie mit den Risiken für Glaubwürdigkeit und visuelle Wahrhaftigkeit umgehen.
Dieses Onlineseminar gibt einen fundierten Überblick über den aktuellen Stand der KI-Bildgenerierung und zeigt, wo der Einsatz im journalistischen Alltag sinnvoll ist, etwa für Illustrationen, Symbolbilder oder Social Media. Teilnehmende lernen, wie sie Prompts aufbauen, aber auch, wie sich KI-generierte Bilder erkennen lassen und was das für die Bildrecherche und Verifikation bedeutet.

Seminar-Info

Fotoproduktion mit KI

Datum: 14.10.2026 / Zeit: 9:30 – 16:30 Uhr
Mitglieder: € 99,00 |
Nichtmitglieder: € 149,00

Anmeldung bis 30.9.2026
www.djv-nrw.de/seminare

Journalistische Workflows automatisieren

Künstliche Intelligenz kann viel mehr als Texte schreiben und Bilder generieren. Mit den richtigen Tools lassen sich ganze Arbeitsabläufe automatisieren – vom eigenen Rechercheur über den täglichen individuellen Nachrichtenüberblick bis zum selbst gebauten Tool, das neue Texte automatisch bei ihrem Erscheinen in Social-Media-Posts umformuliert (siehe dazu auch Text von Referentin Bettina Blaß, Seite 7). Das alles und noch deutlich mehr ist mit Low Code/No Code oder Vibe Coding möglich – ohne dass man dafür programmieren können muss.



Wer sich das erste Mal damit auseinandersetzt, muss allerdings eine hohe Frustrationstoleranz mitbringen. Denn es klappt nicht alles, was man sich vornimmt. Und manchmal benötigt man viele Schleifen, um ein gutes Ergebnis zu erzielen. Die Teilnehmenden in diesem Halbtages-Workshop lernen, wie man in das Thema einsteigt, und erleben (hoffentlich) gemeinsam erste Erfolge.
Hinweis: Dieser Online-Workshop eignet sich nicht für Menschen, die erst in das Thema KI einsteigen.

Datum: 8.9.2026 / Zeit: 9:30 – 13:30 Uhr
Mitglieder: € 54,00 | Nichtmitglieder: € 82,00

KI und Leadership: Eine zukunftsfähige Kombination im Journalismus

In dem halbtägigen Onlineseminar von Referentin Ute Korinth erfahren Führungskräfte, wie sie KI-gestützte Tools und Methoden nutzen können, um Entscheidungsprozesse zu optimieren, die Effizienz zu steigern und Strategien zu entwickeln. KI kann unter anderem in Change-Prozessen unterstützen, etwa bei der Einführung von KI in der Redaktion. Praxisnahe Übungen und interaktive Diskussionen helfen, das Verständnis für die Synergien zwischen KI und innovativem Leadership zu vertiefen.



Datum: 21.9.2026 / Zeit: 9:30 – 13:30 Uhr
Mitglieder: € 54,00 | Nichtmitglieder: € 82,00

Mehr Informationen zu den Seminaren und zur Anmeldung

Böse Folgen vermeiden: Moderne Krisenkommunikation

Krisenkommunikation gilt als die Königsdisziplin der Kommunikation. Ist der Notfall erst einmal eingetreten, kommt es auf schnelles und effektives Handeln an. Planung, Organisation und Durchführung von Maßnahmen stellen dabei alle Beteiligten vor große Herausforderungen. Aber was macht moderne Krisenkommunikation aus und wie kann man sich vorbereiten? Was ist im Notfall als Basis allen Handelns zu beachten? Und wie schafft man es, ohne Schaden durch die Krise zu kommen? Das zeigt Referentin Eva Werner in diesem halbtägigen Onlineseminar.



Datum: 30.9.2026 / Zeit: 9:30 – 13:30 Uhr
Mitglieder: € 54,00 | Nichtmitglieder: € 82,00

Bloggen – aber richtig

Eigene Themen setzen, unabhängig berichten und eine treue Leserschaft aufbauen – all das ist möglich mit einem persönlichen Blog. Gerade in der heutigen Medienwelt mit ihren Abhängigkeiten von Big Tech, Verschiebungen am Werbemarkt und KI-Disruptionen bietet ein journalistisches Blog neue Perspektiven – auch in Sachen Monetarisierung. Referent Thomas Riedel zeigt, warum Bloggen für Journalistinnen und Journalisten heute wichtiger ist denn je und wie sie mit einem eigenen Blog eine Nische besetzen können.



Datum: 7.10.2026 / Zeit: 9:30 – 13:30 Uhr
Mitglieder: € 54,00 | Nichtmitglieder: € 82,00


Foto: Archiv JOURNAL

BONNER JOURNALISTENVEREINIGUNG

Prof. Dr. Hermann Meyn

Der DJV-NRW trauert um Prof. Dr. Hermann Meyn, Ehrenmitglied des DJV, der im Alter von 91 Jahren in Bonn verstorben ist.

Hermann Meyn war von 1989 bis 1998 Bundesvorsitzender des DJV-Bundesverbands. Er war Journalist aus Berufung und ein Wanderer zwischen den Welten. Er studierte Politologie, Geschichte und Publizistik an der Freien Universität Berlin und promovierte über die Geschichte der Deutschen Partei. Sein beruflicher Weg führte ihn danach von der Nachrichtenredaktion des RIAS Berlin über den Südwestfunk bis in die politische Redaktion des Spiegel, bevor er von 1979 bis 1981 Sprecher des Berliner Senats war.

Darüber hinaus war er Dozent für Journalistik an der Universität Hamburg und Autor des Standardwerkes „Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland", welches seit 1968 in regelmäßiger aktualisierter Neuauflage erscheint.

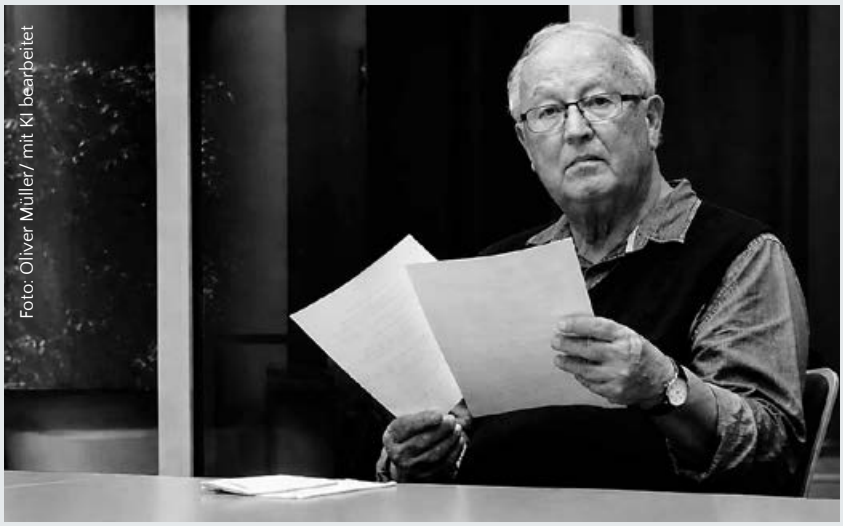
Als passionierter Gewerkschafter trat Hermann Meyn bereits im September 1961 in den DJV ein – zunächst in Berlin. Von 1969 bis 1972 gehörte er dem Landesverband in Hamburg an. Von 1972 bis 1979 in NRW. In dieser Zeit war er auch verantwortlicher Redakteur der Verbandszeitschrift *journalist*, die sich unter seiner Ägide zu einem medienpolitischen Magazin entwickelte. Mit dem Wechsel zurück nach Berlin wurde er erneut Mitglied im dortigen Landesverband, bevor er sich 1998 endgültig in Nordrhein-Westfalen niederließ und wieder dem DJV-NRW angehörte, dem er treu blieb. In Rheinbach, wo er seinen Lebensabend verbrachte, überreichte die Bonner Journalistenvereinigung (BJV) ihm 2021 die Ehrennadel für 60 Jahre Mitgliedschaft. Der BJV-Vorsitzende Lambert-Sebastian Gerstmeier erwähnte im JOURNAL die „Redegewandtheit und auch eine gewisse Spitzbübigkeit" des Jubilars und seinen Einsatz für die Pressefreiheit.

Zu den Schwerpunkten in seiner Zeit als Bundesvorsitzender gehörte es, in den damals wirklich noch neuen Bundesländern die Gründung der DJV-Landesverbände anzustoßen und so die Kolleginnen und Kollegen aus der ehemaligen DDR in den Verband zu integrieren. Dafür kann ihm nicht genug gedankt werden.

Seine Tätigkeit als Bundesvorsitzender war zunächst – wie der damalige Landesvorsitzende Michael Kroemer es im Jahr 2000 schrieb – eher eine Vernunftehe als eine „Liebesheirat". Meyn war ein streitbarer Intellektueller, der doch immer für die gute Sache brannte. Bei seinem Abschied als Bundesvorsitzender zeigte sich, wie viel ihm „sein" DJV verdankte: Man zeigte die Anerkennung mit langanhaltenden Standing Ovations und in dem Bewusstsein, einen großen Bundesvorsitzenden erlebt zu haben.

Wir verneigen uns in Dankbarkeit vor einem großen Journalisten und Gewerkschafter.||

Landesvorstand und Geschäftsführung


Foto: Oliver Müller/ mit KI bearbeitet

DJV ESSEN – MÜLHEIM – OBERHAUSEN

Werner Alberts

Viele Kolleginnen und Kollegen haben bei ihm den Radio-Journalismus von der Pike auf gelernt, nicht wenige von ihnen brachte er in den DJV: Am 15. April 2026 ist Werner Alberts, langjähriger Vorsitzender und verdienter Ehrenvorsitzender des DJV Essen – Mülheim – Oberhausen, im Alter von 87 Jahren verstorben.

1938 in Dortmund geboren, wächst Werner Alberts inmitten von Kriegswirren, Bombardierungen und Mangel im Ruhrgebiet auf. Mit 20 Jahren kommt er zum Journalismus – und wird DJV-Mitglied: engagiert, motiviert und mit dem klaren Anspruch, sich zunächst schreibend bei der WAZ, dann im öffentlich-rechtlichen Rundfunk journalistisch zu entwickeln. Dieses Credo soll ihn fast 40 Jahre begleiten, bis in den Ruhestand.

1964 etablierte WDR-Intendant Klaus von Bismarck in Essen ein kleines Regionalstudio mit Werner Alberts als Reporter der ersten Stunde. Was als Ein-Mann-Studio startete, wächst über die Jahre zum Redaktionsteam mit weit mehr als 100 festen und freien Kolleginnen und Kollegen.

37 Jahre bleibt Alberts dem Studio am III. Hagen und dem Hörfunk treu, springt in der Vakanz kurzzeitig für die Studioleitung ein, fördert und fordert Kolleginnen und Kollegen und bleibt dem Sender nach Renteneintritt als freier Autor verbunden.

An der heutigen Universität Duisburg-Essen bringt Werner Studierenden den Lokaljournalismus nahe – eine Aufgabe, die er sehr geliebt hat.

Den DJV-Bezirksverein Essen, der später zum DJV Essen-Mülheim-Oberhausen (EMO) fusioniert, prägt Werner Alberts als Vorsitzender fast 20 Jahre lang.

Nach der Jahrtausendwende wird er Ehrenvorsitzender des DJV EMO. Als ihm zur Feier des Tages „kurz“ das Wort erteilt wird, hält der rüstige Rentner einen halbstündigen Monolog über die „gute alte Zeit“ in der Redaktion und im Ruhrgebiet. Die Erinnerungen sprudeln. Und natürlich landet die Runde am Ende bei seinem Lieblingsthema: dem blauen Himmel über der Ruhr. Diesen will er im Alleingang „gerettet“ haben, indem er etliche Sendungen über die Luftverschmutzung im Revier produziert habe.

Werner Alberts hat immer eine Geschichte parat. Auch sein „Schreibtisch beim WDR“ bleibt noch lange nach seinem Ruhestand Gesprächsthema. Darin habe er angeblich die Annalen des DJV-Bezirksvereins Essen aufbewahrt. Vergeblich suchen Generationen von Kolleginnen und Kollegen danach – bis heute. Zuletzt soll der Schreibtisch auf dem berühmt-berüchtigten Dachboden gesichtet worden sein. Geblieben sind vor allem seine Erzählungen von den dicken Ordnern, unzähligen Fotografien und so manchem verschollenen Protokoll.

Der DJV EMO verneigt sich vor seinem Ehrenvorsitzenden, Kollegen und Weggefährten. Möge Werner seinen Frieden finden – im blauen Himmel über der Ruhr, dem er sich zeitlebens verbunden fühlte. ||

Pascal Hesse

TEAMPLAYER UND GESTALTER

Prof. Dr. Ulrich Pätzold

Er war ein profunder Impuls- und Ratgeber, wenn es um Qualität, um Aus- und Weiterbildung, um Medienethik ging: Auf Ulrich Pätzold war Verlass. Als Wissenschaftler, Kollege, Freund, als feiner Mitmensch.

Sein Engagement galt der Professionalisierung des Berufs, der systematischen Ausbildung in Theorie und Praxis. Getreu seiner Ausgangsfrage 1975 am Berliner Publizistik-Institut der FU mit seinen Lehrmeistern Harry Pross und Fritz Eberhard: „Warum Ausbildung für Journalisten?“. Als Mann der Wissenschaft und der Praxis suchte er die Antwort im Verbindenden.

Und fand sie 1978 – zwei Jahre nach Gründung des ersten Modellstudiengangs – am Institut für Journalistik in Dortmund, wo er als Journalistik-Professor eine hochschulgebunde Journalistenausbildung mit integrierter Praxis entwickelte. 30 Jahre lang, bis zu seiner Emeritierung 2008, lehrte, forschte und wirkte er in Dortmund. Ganze Journalistengenerationen verdanken ihm die berufliche Grundausrüstung.

Ulrich Pätzold war und blieb Journalist. Wie in seinen Anfängen beim RIAS und im Feuilleton der Zürcher Weltwoche. Analytisch und lösungsorientiert, als es das Konstrukt des „konstruktiven Journalismus“ noch nicht gab. Ein Netzwerker, als der Begriff „Netzwerken“ noch nicht en vogue war. Zugewandt aus mitmenschlichem Interesse, das über Zweckorientierung hinauswies. Ein Teamplayer.

Uli Pätzold, wie er meist genannt wurde, übernahm auch medien- und berufspolitische Verantwortung. Als Mitgründer des Dortmunder Formatt-Instituts (1984) forschte und publizierte er mit Horst Röper über Medienstrukturen. Er entwickelte ab 1997 das Campus-Radio mit und die Lehrredaktion Radio+TV, die im TV-Lernsender NRW mündete, dem späteren NRWision.

Jedweder Elfenbeinturm war ihm fremd. So führte Uli Pätzold das Journalisten-Zentrum Haus Busch (Hagen) und das angeschlossene Rundfunkbildungszentrum (Dortmund) von 1989 bis 2003 als Direktor durch die wirtschaftlichen Aufs und Abs. In der AG Bildung und Qualität des DJV sowie am Berufsbild arbeitete er ebenso aktiv mit wie in der Initiative Qualität im Journalismus (IQ).

Außerhalb jeder Komfortzone dann sein Engagement in Krisenregionen: Mit seinem WDR- und DJV-Kollegen Jürgen Hoppe baute Uli Pätzold ab 2004 eine irakisch-kurdische Nachrichtenagentur in Erbil auf.

Vielfalt im Journalismus zu fördern war ihm auch ab 2008 in seinem Berliner „Ruhestand“ ein wichtiges Anliegen. 2009 gründete Pätzold den Verband Neue Deutsche Medienmacher*innen mit, er arbeitete am Nationalen Integrationsplan der Bundesregierung und konzipierte einen 15-monatigen Ausbildungskursus für journalistische Migrantinnen und Migranten am Bildungswerk in Kreuzberg.

Über den Journalismus hinaus fand er in Berlin neue Interessengebiete. Die Neurobiologie beispielsweise, der er sich wissenschaftlich zuwandte. Und die Schriftstellerei. Denn, so seine Erkenntnis: „Die Literatur öffnet Spielräume, die über die Möglichkeiten des Journalismus hinausreichen.“

Die Möglichkeiten des Journalismus hat Uli Pätzold zeitlebens als Forscher und Lehrer erweitert. Am 4. Juni ist Uli Pätzold im Alter von 82 Jahren in Berlin gestorben. Unser Mitgefühl gilt seinen Angehörigen. Sein Freund Horst Röper nannte ihn einen „wahren Philanthropen“: „Alle, die ihn kannten, werden ihn sehr vermissen.“ Wohl wahr.||

Ulrike Kaiser

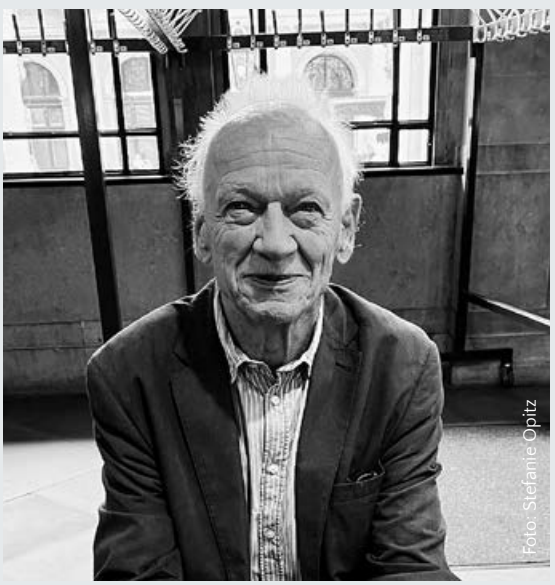


Foto: Stefanie Opitz



Der Presseclub Niederrhein besichtigte nach der Jahreshauptversammlung das Abfallentsorgungszentrum Asdonkshof. Kommunikationschefin Cornelia Bothen (3.v. l.) begrüßte die PCN-Teilnehmer und die PCN-Vorsitzende Sigrid Baum (vorne l.). | Foto: Andrea Dorau

PRESSECLUB NIEDERRHEIN

AKTIV FÜR DIE MITGLIEDER

Was passiert mit Abfall, nachdem die Müllabfuhr die Tonne vor der Haustür geleert hat? Eine Antwort auf diese Frage erhielten Mitglieder des Presseclubs Niederrhein (PCN) beim Blick hinter die Kulissen des Abfall- und Energiezentrums Asdonkshof in Kamp-Lintfort. Mehr als ein Dutzend Mitglieder nahm an der Führung teil. Geleitet wurde sie von Cornelia Bothen, Kommunikationschefin der Anlage und selbst Mitglied des PCN.

Nach einer Einführung in die Abläufe erfuhren die PCN-Mitglieder, wie aus Rest- und Gewerbeabfall Energie und Wertstoffe gewonnen werden und welche Rolle moderne Umwelttechnik dabei spielt. Im Anlieferbereich wurde deutlich, welche Mengen hier bewegt werden. Rund 260 000 Tonnen Abfall aus Haushalten und Gewerbe werden jährlich verbrannt, um Strom und Fernwärme zu erzeugen. Die gefilterten Rauchgase werden über einen 200 Meter hohen Schornstein – eine Landmarke unweit der A57 – abgeleitet, die Schlacke wird deponiert. Aussortierte Eisen- und Nichteisenmetalle gehen zurück in den Rohstoffkreislauf.

Besonders beeindruckend war der Müllbunker, in dem der Abfall mit großen Greifern durchmischt und weitertransportiert wird. In der rund um die Uhr besetzten Leitwarte erhielten die Gäste schließlich Einblicke in die Steuerung der gesamten Anlage, bei der zahlreiche Prozesse gleichzeitig überwacht werden.

Nach der Führung waren sich die PCN-Mitglieder einig: Der Besuch bot spannende Eindrücke und zugleich hilfreiches Hintergrundwissen für die journalistische Arbeit in der Region. PCN-Vorsitzende Sigrid Baum bezeichnete es als wichtige Aufgabe von Journalistinnen und Journalisten, „Zusammenhänge gut verständlich darzustellen. Dabei hilft ein solcher Blick hinter die Kulissen sehr. Wir danken den Verantwortlichen des Asdonkshofs für diese Möglichkeit."

Im Vorfeld der Besichtigung hatten die PCN-Mitglieder im Besucherzentrum des Asdonkshofs ihre Jahreshauptversammlung abgehalten – unter anderem mit Vorstandswahlen. Dabei bestätigten die anwesenden Mitglieder Sigrid Baum aus Issum als PCN-Vorsitzende ebenso im Amt wie die Beisitzer Rainer Döller (Wesel) und Gerd Klinkhardt (Moers). Neu im Vorstand sind Renate Wickenhöfer (Wesel) als Geschäftsführerin sowie die Beisitzer Holger Elfes (Krefeld) und Chrismie Fehrmann (Krefeld). Andreas Bischof (Krefeld) und Heike Gorres (Moers) wurden zu Kassenprüfern ernannt. Alle Wahlen erfolgten einstimmig. Die Mitglieder dankten Sigrid Baum für ihr langjähriges Engagement und lobten vor allem, dass sie sich persönlich für die Journalistinnen und Journalisten am Niederrhein einsetze und immer wieder interessante Veranstaltungen plane und durchführe. Dank galt auch Markus Helmich, Kerstin Röhrich und Mustafa Gülec für ihre langjährige Vorstandsarbeit. Eine der arbeitsintensivsten Aktivitäten des PCN ist der Konrad-Duden-Journalistenpreis, der alle zwei Jahre zusammen mit der Stadt Wesel und WeselMarketing verliehen wird. Die Bewerbungsphase für den 2028 ist bereits gestartet.

Im laufenden Jahr verleiht der PCN die Niederrhein-Leuchte an eine Person, die fair, offen und respektvoll mit Journalistinnen und Journalisten und deren Anliegen umgeht. Die Niederrhein-Leuchte wird alle zwei Jahre vergeben.

Auf dem Jahresprogramm des PCN stehen außerdem Besuche der Ausstellung „Mythos Wald" im Oberhausener Gasometer, der Landesgartenschau in Neuss und der „Kleinen Welten" von Christian Behrens. „Wir planen außerdem eine Art Medientreffpunkt", kündigt Sigrid Baum an. Vorgesehen ist ein Austausch, zu dem sowohl PCN-Mitglieder eingeladen sind als auch Journalistinnen und Journalisten sowie PR-Fachleute, die nicht dem DJV angehören. ||

PRESSECLUB NIEDERRHEIN

Vorsitzende: Sigrid Baum
Tel. 0 28 35 44 01 24
SigridBaum@gmx.de |
www.presseclub-niederrhein.de

PRESSEVEREIN MÜNSTER-MÜNSTERLAND

PRESSEVIELFALT SCHÜTZEN – BEVOR ES ZU SPÄT IST

von Anna von Garmissen

Die Schockwelle war deutlich zu spüren: Einen Tag nach Bekanntwerden des Verkaufs der Westfälischen Medien-Holding an die Rheinische Post Mediengruppe (siehe JOURNAL 1/26) traf sich der Presseverein Münster-Münsterland am 10. März zur Jahreshauptversammlung. Diese wurde erstmals hybrid durchgeführt: physisch in der Stadtbücherei Münster und virtuell auf Zoom.

Kristian van Bentem, Vorstandsmitglied und zugleich Betriebsratsvorsitzender der Westfälischen Nachrichten (WN) sowie stellvertretender Landesvorsitzender des DJV-NRW, berichtete von der Betriebsversammlung am Vortag, auf der die Verleger Benedikt und Eduard Hüffer die völlig überraschte Belegschaft über den Verkauf informiert hatten. „Nach der Verkündigung, dass dies ihre letzte Betriebsversammlung sei und das Zeitungsgeschäft komplett abgegeben wird, herrschte Totenstille", erzählte van Bentem. „Über 300 Jahre Aschendorff-Geschichte enden mit einem Schlag."

Übernommen werden neben den WN und der von der WN-Redaktion mitproduzierten Münsterschen Zeitung auch das Westfalen-Blatt in Bielefeld, das Westfälische Volksblatt in Paderborn sowie die Allgemeine Zeitung in Coesfeld. Auch die Lokalradio-Beteiligungen sind Teil des Deals. Was das konkret für die betroffenen Journalistinnen und Journalisten und den Medienstandort Münsterland-Ostwestfalen-Lippe heißt, war an diesem Tag noch nicht abzusehen.

„Der Schock weicht langsam dem Kopfkino", sagte Kristian van Bentem. Die Telefone stünden nicht still, Unsicherheit und Angst vor Stellenverlusten seien groß. Der Vorstand betonte, dass der Presseverein an der Seite der Kolleginnen und Kollegen in den Redaktionen steht und die Entwicklungen genau verfolgen wird. Nicht nur persönliche Schicksale, auch die regionale Pressevielfalt stünden auf dem Spiel.

Der Rückblick auf das vergangene Jahr zeigte, dass der Journalismus im Münsterland insgesamt weiter unter Druck gerät. So stellte das traditionsreiche Kulturmagazin Westfalenspiegel nach 75 Jahren die Printausgabe ein, die Allgemeine Zeitung in Coesfeld flüchtete aus dem Tarif, und im Lokalfunk werden die Weichen zunehmend auf übergreifende Strukturen gestellt – weg vom Lokalen, hin zum Regionalen. All diese Entwicklungen, so betonte es neben van Bentem auch die Landesvorsitzende Andrea Hansen, unterstrichen die Dringlichkeit einer funktionierenden Journalismusförderung. Diese dürfe nicht in



Die Jahreshauptversammlung in Münster fand erstmals hybrid statt – mit der Möglichkeit, sich digital zuzuschalten. | Foto: Anna von Garmissen

PRESSEVEREIN MÜNSTER-MÜNSTERLAND
Vorsitzende: Brigitte Lieb
info@presseverein-muenster-muensterland.de |
www.presseverein-muenster-muensterland.de

VEREIN DÜSSELDORFER JOURNALISTEN

POSITIVE BILANZ, GUTER AUSBLICK

von Stanley Vitte

die Margen der Eigentümer abfließen, sondern müsse dem Erhalt journalistischer Qualität und Arbeitsplätze dienen – ähnlich wie es etwa in Luxemburg gehandhabt wird. Der Presseverein werde in den kommenden Wochen mehr als ein Dutzend Bundestagsabgeordnete aus der Region auf das Thema ansprechen und mit ihnen in den Austausch gehen.

Nach ihrem ersten Jahr im neuen Amt konnte die Vorsitzende Brigitte Lieb auf eine ganze Reihe gut angenommener Formate zurückblicken. Dazu gehören regelmäßige Mitgliedermailings, ein Online-Seminar zu Gehaltsverhandlungen, die Teilnahme am Christopher Street Day in Köln, ein Kneipenabend in Münster und vor allem die vierteilige Kinoreihe „Perspektivwechsel – Journalismus im Cinema" mit anschließenden Podiumsgesprächen. Lieb zeigte sich besonders erfreut, dass viele Mitglieder die Einladung angenommen hätten und nach den Filmen in einen lebendigen Austausch gegangen seien.

Der Vorstand, bestehend aus Brigitte Lieb (erste Vorsitzende), Anna von Garmissen (erste Stellvertreterin), Kai Heddergott (zweiter Stellvertreter), Andreas Große Hüttmann (Schatzmeister), Maren Kampling (Schriftführerin), Marc A. Endres (Beisitzer) und Kristian van Bentem (Beisitzer), wurde einstimmig entlastet. Ein besonderer Dank und Applaus der Versammelten ging an Marc A. Endres und Christoph Lowinski, die nach langjährigem Engagement demnächst die Veranstaltergemeinschaften von Antenne Münster (Endres) und Radio WAF (Lowinski) verlassen.||

Bei der jährlichen Mitgliederversammlung des Vereins Düsseldorfer Journalisten (VDJ) am 4. März entstand nach den üblichen Formalia aus Jahresbilanz und Entlastung des Vorstands schnell eine konstruktive Diskussion über künftige Aktivitäten.

Der Vorstand des VDJ zog eine insgesamt positive Bilanz, denn trotz leicht rückgängiger Mitgliederzahl verbuchte der Verein eine relativ stabile Finanzlage. Und obwohl der Düsseldorfer Vorstand aus nur fünf Personen besteht, gehört der VDJ mit seinen diversen Aktivitäten weiterhin zu den aktivsten Ortsvereinen in Nordrhein-Westfalen. Mit großem ehrenamtlichen Engagement kümmerten die Vorstandsmitglieder sich um Nachwuchsförderung, Wertschätzung und Networking.

Zu den Aktivitäten im vergangenen Jahr gehörten die Verleihung des Heinrich-Heine-Journalismuspreises, diesmal für herausragende journalistische Texte, und der Praxistag Journalismus mit Talkrunde, Media-Safari, Job-Roulette und Speed-Dating. Seine Jubilarinnen und Jubilare ehrte der VDJ beim VDJ-Sommerfest 2025, und als Weihnachtsfeier 2025 lieferten die Mitglieder sich einen fröhlichen Wettkampf im Eisstockschießen.

Anfang 2026 wurde abermals der Heinrich-Heine-Journalismuspreis verliehen, in diesem Jahr im Bereich Wissenschaft (siehe JOURNAL 1/26).

Für die Delegiertenwahlen zum Verbandstag in Wiesbaden nominierte der VDJ-Vorstand Doro Blome-Müller, Saskia Eversloh, Constanze Tillmann und Marie Kirschstein.

Für das laufende Jahr plant der Vorstand bereits einige Termine, etwa einen Ausflug zum Museum Insel Hombroich, eine Fortsetzung des Praxistags Journalismus, ein erneutes Sommerfest mit Jubilarehrung, die Ausschreibung des Heinrich Heine-Journalismuspreises ab Herbst, einen Treff für Medienschaffende und Freelancer sowie eine erneute Weihnachtsfeier On Ice.



Foto: Constanze Tillmann

Damit sich das Engagement auf weitere Schultern verteilt, sucht der VDJ-Vorstand Unterstützung: eine Person für die Schriftführung, neue Beisitzerinnen und Beisitzer sowie eine Person für die Kassenprüfung. Genauso willkommen ist auch informelle Mitarbeit von Düsseldorfer DJV-Mitgliedern, die bei der einen oder anderen Aktivität punktuell unterstützen möchten. Interessierte können sich jederzeit beim VDJ-Vorstand melden unter vorstand@duesseldorferjournalisten.de.||

VEREIN DÜSSELDORFER JOURNALISTEN
Vorsitzender: Stanley Vitte
Tel. 0163 420 15 63
vorstand@duesseldorferjournalisten.de |
www.djv-duesseldorf.de



Nach dem Film sprachen (v. l.) Frank Überall, Benjamin Rost und Erec Brehmer über Dokumentarfilme und über Fälschungen in Vergangenheit und Gegenwart. | Foto: Corinna Blümel

KÖLNER JOURNALISTEN-VEREINIGUNG

GEFÄLSCHT WURDE IMMER

von Corinna Blümel

Warum glauben wir, was wir sehen? Wie wurde gefälscht, bevor es einfach zu bedienende Bildgeneratoren gab? Und welche Realität bilden Dokumentarfilme eigentlich ab? Diese Fragen behandelt die Dokumentation „Born to Fake“, die im Mai in verschiedenen Kinos in NRW lief. Im Rahmen einer Kooperation zwischen Filmfirma und DJV-NRW spendierte die Kölner Journalisten-Vereinigung (KJV) 30 Karten für Mitglieder.

„Born to Fake“ handelt von einem großen Medienskandal, der die Öffentlichkeit vor 30 Jahren erschütterte, als das Privatfernsehen noch jung war: Michael Born hatte seit 1990 mit Komparsen und einfachsten Hilfsmitteln zahlreiche Beiträge gefälscht. Bis das 1996 auffiel, liefen sie bei Stern TV, Spiegel TV, aber auch beim WDR-Magazin ZAK. Manches beruhte auf ins Sensationelle übertriebene Teilwahrheiten, anderes war nur absurd: Katzenjäger, Süchtige, die für einen kurzen Rausch an Kröten lecken, angebliche Ku-Klux-Klan-Treffen in der Eifel und Kinder, die in Indien für Ikea schuften.

Mit der Dokumentation „Born to Fake“ haben sich Erec Brehmer und Benjamin Rost auf die Spuren Michael Borns begeben, der 2019 verstorben ist. Ausgangspunkt der Doku waren Kisten aus dem Nachlass mit hunderten Stunden Rohmaterial, darunter auch solches von bisher nicht aufgedeckten Fälschungen. Zusammen mit den Erinnerungen ehemaliger Weggefährtinnen

BONNER JOURNALISTENVEREINIGUNG

WENIGER MITGLIEDER, WENIGER GELD

von Monika Freitag-Doering

Weniger Mitglieder, weniger Geld – mit dieser einfachen Formel veranschaulichte der Vorsitzende Lambert-Sebastian Gerstmeier die Entwicklung in der Bonner Journalistenvereinigung (BJV), als er während der Mitgliederversammlung im Haus der Deutschen Welle auf die Aktivitäten des vergangenen Jahres zurückblickte. Dabei zogen sich die Fragen „Was interessiert die Mitglieder eigentlich, und wovon haben sie einen Nutzen?“ wie ein roter Faden durch das Treffen.

Von 506 im Januar 2025 sank die Mitgliederzahl auf 470 im Dezember. Rückläufige Zahlen verzeichnen der DJV bundesweit. Als Austrittsgründe wurden oft Berufswechsel, Umzug oder der Eintritt ins Rentenalter genannt. Aber auch eine gewisse Unzufriedenheit über die Aktivitäten des Bundesverbands spiele hin und wieder eine Rolle, sagte der Vorsitzende.

Das Geld, das die Ortsverbände vom Landesverband bekommen, werde treuhänderisch verwaltet und solle den Mitgliedern etwa bei Streiks sowie in Form von Veranstaltungen und Seminaren zugutekommen. Im vergangenen Jahr schaute die BJV hinter die Kulissen der Telekom und machte sich ein Bild vom Exzellenzcluster der Uni Bonn.

BONNER JOURNALISTENVEREINIGUNG
Vorsitzender: Lambert-Sebastian Gerstmeier
Tel. 0228/976 394 81
DJV-Bonn@DJV-Bonn.de | www.djv-bonn.de

und -gefährten ergab sich – ganz ohne Kommentare der Filmemacher – das unterhaltsame Porträt eines Underdogs und Fälschers, der behauptete, nur auf Anforderungen der Auftraggeber reagiert zu haben. Damit verhandelt der Film auch medientheoretische Fragen zum Filmemachen, zu Realitätsebenen und zu Fake News.

Das anschließende Filmgespräch mit den beiden Filmemachern und Frank Überall, KJV-Mitglied und ehemaliger Vorsitzender des DJV, vervollständigte den Bezug zur Gegenwart. Klar ist: Gefälscht wurde schon immer. Nur ist es heute so viel einfacher – und die Distribution hängt nicht mehr am Fernsehen. Wem also noch vertrauen?

Vielleicht könnte der Vertrauensverlust genau deswegen auch kippen, sagte Überall und äußerte die Hoffnung, dass „das Bewusstsein für verlässliche Medien eine Renaissance erlebt".||

KÖLNER JOURNALISTEN-VEREINIGUNG
Vorsitzende: Corinna Blümel
Tel. 02 21/81 67 67
corinna.bluemel@gmx.de | www.djv-koeln.de



Der neue Vorstand bei der konstituierenden Sitzung im Kupferhof Stolberg (v. l.): Katharina Isabel Franke, Frank Fäller, Jens Tervooren, Thomas Hohenschue, Mira Otto, Heike Eisenmenger und Heinz Kerp. | Foto: DJV Aachen.

DJV AACHEN

NEUES VORSTANDSTEAM IN AACHEN

Der DJV Aachen, der Mitglieder in der Region zwischen Aachen, Heinsberg, Euskirchen und Eifel vernetzt und begleitet, hat seinen Vorstand neu aufgestellt. Aus persönlichen Gründen zogen sich der langjährige Vorsitzende Hubert Vom Venn, die 2. Vorsitzende Stefanie Tyroller und Beisitzer Michael Klarmann zurück. Die Würdigung der ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder folgt zu einem späteren Zeitpunkt.

Mit dem Rückenwind einer einstimmigen Wahl durch die Mitgliederversammlung tritt nun ein neues Vorstandsteam an. Neuer 1. Vorsitzender ist Thomas Hohenschue, 2. Vorsitzende Katharina Isabel Franke. Die weiteren Mitglieder sind Schriftführerin Heike Eisenmenger und Schatzmeister Heinz Kerp sowie die Beisitzerinnen und Beisitzer Mira Otto, Frank Fäller und Jens Tervooren.

Der neue Vorstand hat sich im Mai konstituiert und geht die Arbeit mit Elan und Gestaltungsfreude an. So will das Team neue Initiativen starten und den Austausch unter den Mitgliedern stärken. ||

DJV AACHEN
Vorsitzender: Thomas Hohenschue
kontakt@thomas-hohenschue.de |
Der DJV Aachen ist auf Linkedin, Instagram und Facebook vertreten.

Gut angenommen wurde ein Seminar zum Thema Künstliche Intelligenz in Redaktionen und Pressestellen. Beim Sommerfest gab es überraschende Einblicke in sonst nicht öffentliche Bereiche der Bundeskunsthalle, beim traditionellen Gänseessen hat die BJV ihre Jubilarinnen und Jubilare geehrt sowie eine Spende an den Unterstützungsverein des DJV-NRW für in Not geratene Kolleginnen und Kollegen überreicht. Mit Erstaunen erfuhren die Anwesenden in diesem Zusammenhang, dass solche Spenden an Dritte seit vergangenem Jahr vom Gesamtvorstand des Landesverbands genehmigt werden müssen.

In der regen Aussprache lobten die Kolleginnen und Kollegen die Stammtische, die sechsmal im Jahr in verschiedenen Bonner Stadtteilen stattfinden. Diese Treffen, bei denen man immer wieder Neues erfahre, würden „auf jeden Fall" weitergeführt, betonte Gerstmeier, der zum Abschluss den Vorstandsmitgliedern für ihre aktive Mitarbeit dankte.

Zu den bereits geplanten Veranstaltungen für 2026 gehören ein Seminar zum Thema „Gute Fotos mit dem Smartphone", zwei Bonner Begegnungen im Telekom Cyber Center und mit der DW-Intendantin Barbara Massing sowie das beliebte Gänseessen am 26. November.||



Alles ausprobieren: Melvin Schwertel als Moderator bei einer Veranstaltung der Kölner Journalisten-Vereinigung.

Foto: Jan Knoff

Mein Blick auf die (Medien)Welt – von Melvin Schwertel

EIN UNTERGEHENDES SCHIFF?

Ich werde oft gefragt, wieso ich mir gerade diese Branche ausgesucht habe. Journalismus sei ein untergehendes Schiff, das immer unwichtiger werde und noch dazu schlecht bezahlt sei. Mit 21 Jahren könne ich noch etwas Sinnhaftes lernen. Die Kritik ist berechtigt, denn vor allem der Berufseinstieg ist schwer. Ein Studium ohne Arbeitserfahrung scheint nichts wert zu sein, und es gibt gerade am Anfang der Karriere kaum Anerkennung, geschweige denn Geld. Menschen, die keine finanzielle Unterstützung von den Eltern haben, können sich diesen Beruf und die damit einhergehenden unbezahlten Praktika kaum leisten. Das ist dramatisch, weil der Journalismus im Zeitalter von Social Media immer wichtiger wird und dieses Schiff jede helfende Hand gebrauchen kann. Gerade in Zeiten eines US-Präsidenten, der von alternativen Fakten spricht, brauchen wir Menschen, die hinterfragen, einordnen und diskutieren. Am Anfang musste ich viel über die Strukturen der Branche lernen. Arbeitserfahrung und Kontakte sind das Wichtigste. Noch wichtiger ist aber Neugierde auf die Welt. Zum Beispiel bin ich einmal zu einer Lesung der ZDF-Moderatorin Katty Salié gefahren, um sie fürs Kölner Hochschulradio Kölncampus zu interviewen. Sie gehört zu den Hosts der Kultursendung aspekte und ist ein großes Vorbild für mich. Es war ein gelungenes Interview, und danach gestand ich ihr meine Liebe für die Kultursendung. Sie gab mir darauf den Tipp, mich für ein (bezahltes) Praktikum bei der Redaktion in Berlin zu bewerben. Zwei Jahre später war ich als Hospitant für aspekte unterwegs und durfte sogar eine Reportage mit ihr produzieren. Wir waren gemeinsam auf der Berlinale – dem größten internationalen Publikumsfestival der Welt. Diese Erfahrung hat mir gezeigt, dass die Möglichkeiten unbegrenzt sind, wenn Neugierde über unsere Arbeit bestimmt.

Es gibt einen Ort zwischen Kultur und Politik. Dort treffen wir uns.

Ich arbeite beim WDR hauptsächlich für Politik-Redaktionen. Dabei diskutiere ich über nationales und internationales Weltgeschehen. Die allermeiste Zeit beschäftige ich mich mit negativen Entwicklungen oder zumindest herausfordernden Ereignissen. Diese Art von Berichterstattung ist sehr wichtig, gleichzeitig braucht es auch konstruktive Ansätze, die uns im Glauben an die Menschheit stärken. Aus diesem Grund liebe ich Kulturjournalismus. Menschen kreieren etwas, ob es ein Theaterstück oder ein Handwerksbetrieb ist, ganz egal, aber sie setzen sich mit der Gegenwart auseinander und verarbeiten die düsteren Schlagzeilen. Das hat eine hoffnungsgebende Kraft, die noch nicht erkannt wurde. Vor allem Menschen, die an Nachrichtenmüdigkeit leiden, können durch Kulturberichterstattung berührt werden. Eine gute Freundin von mir schaut seit längerer Zeit keine Nachrichtenangebote mehr, weil sie darin keinen Sinn sieht. Der Kulturjournalismus kann hier ein konstruktives Angebot sein, das inspirierende Menschen zeigt. Mein journalistisches Interesse liegt zwischen Politik und Kultur, weil sich der Zustand einer Gesellschaft nur an beiden Bereichen beobachten lässt. An diesem Ort ist die Spannung.||

Melvin Schwertel steht am Anfang seiner journalistischen Karriere. Er arbeitet als Freier und berichtet hier von herausfordernden und schönen Momenten.



Foto: Stefan Kuberka

Irgendwas mit Medien…

… passiert in diesem Haus immer.

- Corporate Publishing: Kunden- & Mitarbeitermagazine
- PR: Kampagnen, Events, Presse- & Öffentlichkeitsarbeit
- Online: Websites, Newsletter, Social Media
- Print: Bücher, Zeitschriften, Broschüren
- Produktion: Grafik, Layout, Satz & Litho

VERLAG

VERLAG

AGENTUR FÜR PR

AGENTUR FÜR PR

Typoliner media
druckvorstufe · grafik · print · neue medien

Medienhaus Vest · Anton-Bauer-Weg 6 · 45657 Recklinghausen · fon 02361 49049110

Helaba



MITEINANDER MEHR

TRANSFORMATION VORANTREIBEN.

Transformation ist das Zukunftsprojekt für die gesamte Gesellschaft. Nur wenn sich alle miteinander auf ein Ziel fokussieren, können nachhaltiges Wachstum und wirtschaftliche Stabilität entstehen. Damit dies gelingt, sind die Modernisierung der Infrastruktur sowie Digitalisierung und die erfolgreiche KI-Integration genauso essentiell wie gelebte Nachhaltigkeit. Wir stehen unseren Kundinnen und Kunden zur Seite, um ihnen die erfolgreiche Umsetzung zu ermöglichen – lösungsorientiert, verantwortungsvoll und immer mit der Welt von morgen im Blick.

MITEINANDER MEHR MÖGLICH MACHEN!